

— Bucherei —

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM **STATISTISCHEN REICHSAMT**, BERLIN, LUTZOW-UFER 6/8
VERLAG REIMAR HOBING, BERLIN, GROSSBEERENSTR. 17

Jahrgang 1

20. Januar 1921

Nummer 1

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

ZUR EINFÜHRUNG

Mit der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ stellt sich das Statistische Reichsamt die Aufgabe, über die Zustände und Vorgänge im Wirtschaftsleben auf Grund zahlenmäßiger Unterlagen in gemeinverständlicher und aktueller Weise zu berichten.

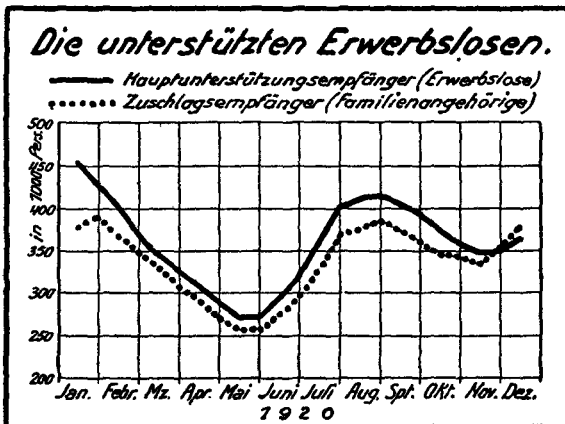
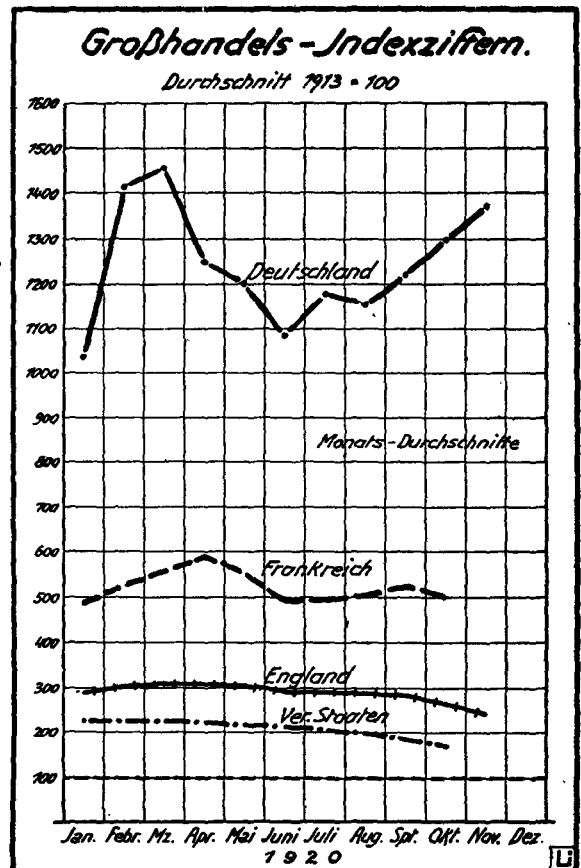
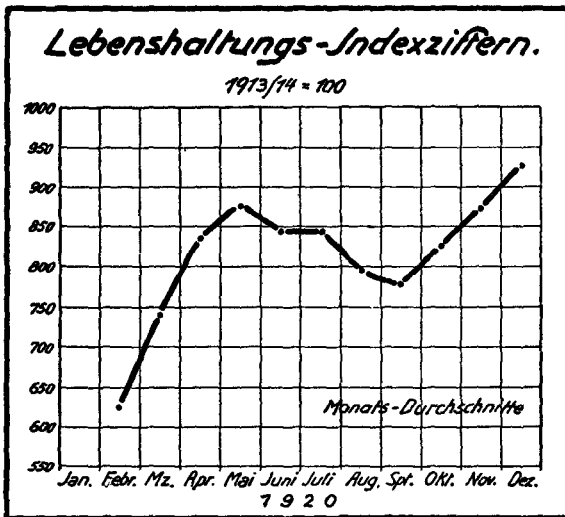
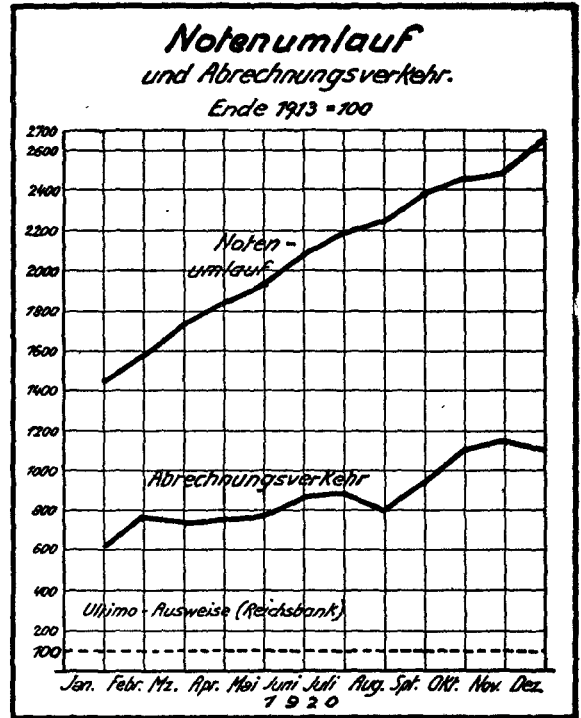
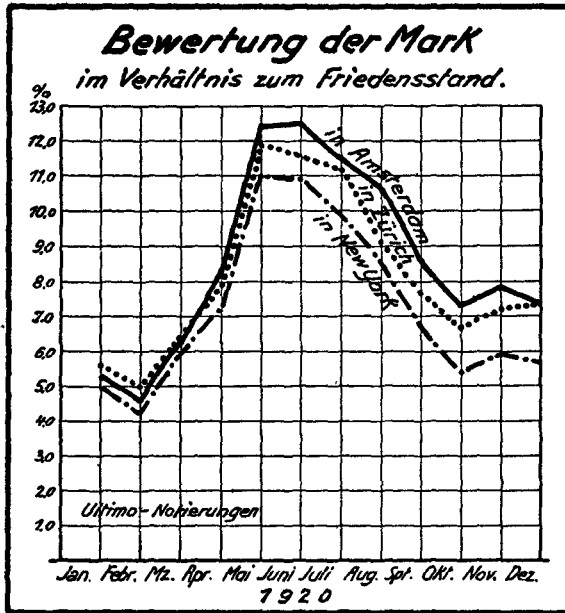
Der Wiederaufbau unseres Volks- und Wirtschaftslebens, an dem alle Kreise des Volkes mitzuarbeiten berufen sind, verlangt vor allem eine Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Diese Kenntnis soll die Statistik vermitteln und verbreiten und an die Stelle willkürlicher Meinungen eine richtige Einschätzung der Wirklichkeit und der daraus zu ziehenden Folgerungen setzen. Die bisherigen Veröffentlichungen der Reichsstatistik können diese Aufgabe nur teilweise erfüllen, weil sie in der Hauptsache als Quellenwerke das umfangreiche Zahlenmaterial auch für eingehendere wissenschaftliche Untersuchungen darzubieten haben und nach der Art der Darstellung, der Zeit ihres Erscheinens den praktischen Bedürfnissen nach rascher, knapper, und übersichtlicher Orientierung nicht Rechnung zu tragen vermögen.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird deshalb aus den reichsstatistischen Arbeiten jeweils die wichtigsten allgemein interessierenden Ergebnisse sogleich nach Abschluß veröffentlichten und dabei versuchen, vor allem durch textliche Ausführungen und Erläuterungen, auch durch graphische Darstellungen ihre wirtschaftliche und soziale Bedeutung klarzulegen. Neben den Ergebnissen der eigentlichen Reichsstatistik wird die Zeitschrift aber auch die bei anderen Stellen vorhandenen zahlenmäßigen Unterlagen verwerten, um zu allen Fragen des wirtschaftlichen Lebens möglichst vielseitiges Material bereitstellen zu können. Sie wird deshalb auch zahlenmäßige Feststellungen anderer Reichsstellen in übersichtlicher Weise wiedergeben, über wichtige Ergebnisse der Landes- und Städte-Statistik, sowie der nichtamtlichen Statistik berichten und weiterhin auf eine möglichst eingehende Verwertung der für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens besonders wichtigen internationalen Statistik bedacht sein. In der Sammlung aller für unsere Wirtschaft wertvollen Zahlenangaben und ihrer zweckmäßigen Bereitstellung für alle Kreise des Wirtschaftslebens, der Verwaltung und der Politik, der Wissenschaft und der Presse sieht die Zeitschrift ein Ziel, dem sie, ohne die großen ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten zu verkennen, immer näher zu kommen hofft.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird zunächst monatlich einmal erscheinen, ihre spätere Herausgabe als Halbmonatsschrift ist jedoch in Aussicht genommen.

Statistisches Reichsamt.

Deutsche Wirtschafts-Kurven.



GUTERERZEUGUNG u. VERBRAUCH

Oberschlesien als wirtschaftliches Produktionszentrum.

Von Oberschlesien ist durch den Friedensvertrag von Versailles ein kleiner Teil des Kreises Ratibor ohne Abstimmung an Polen und die Tschecho-Slowakei übergegangen (mit 504 und 286 qkm); der größte Teil einschließlich des zum Regierungsbezirk Breslau gehörenden Kreises Namslau ist zum Abstimmungsgebiet erklärt worden. Mit Oberschlesien würde Deutschland sein nächst Rheinland-Westfalen wichtigstes Industriezentrum einbüßen. Zwar ist auch die Land- und Forstwirtschaft in Oberschlesien nicht unbedeutend. Neben 347 000 ha forstwirtschaftlicher Fläche würden wir 684 000 ha landwirtschaftlicher Nutzungsfläche verlieren, auf der im Jahre 1913

882 178	dz Weizen,
2 929 480	dz Roggen,
948 428	dz Gerste,
2 495 225	dz Hafer,
16 642 564	dz Kartoffeln,
3 515 429	dz Zuckerrüben,
2 882 053	dz Futterrüben,
2 376 470	dz Klee,
3 146 662	dz Wiesenheu

geerntet wurden. Der landwirtschaftliche Viehbestand betrug im gleichen Jahre

99 587	Pferde,
377 551	Rindvieh,
14 105	Schafe,
415 785	Schweine,
101 828	Ziegen.

Aber die land- und forstwirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens tritt hinter der überragenden Bedeutung seines Bergbaus und der auf ihm beruhenden Industrie in den Hintergrund. Auf Oberschlesien entfällt vor allem ein Viertel der gesamten Steinkohlen- und drei Viertel der gesamten Zinkerzproduktion Deutschlands. Darauf aufgebaut besitzt es eine gut entwickelte Eisenindustrie, wenn auch die Eisenerzgruben ihrer Erschöpfung entgegengehen und das Eisenerz im wesentlichen aus anderen Gebieten bezogen werden muß, sowie eine beträchtliche Koks- und Brikettfabrikation, vor allem aber eine hochentwickelte Zinkindustrie (Rohzinkgewinnung und Zinkverarbeitung, insbesondere Zinkblechwalzwerke). In Verbindung damit besteht als ertragreiche Nebenindustrie eine Bleigewinnungsindustrie; auch Silber wird in nicht unerheblichen Mengen gewonnen.

Nach der Produktionsstatistik wurden in Oberschlesien im Jahre 1913 an Montanprodukten folgende Mengen gewonnen:

Produktionszweige	Produktion in 1000 t	in % der Gesamtproduktion Deutschlands	Wert in 1000 M.
Steinkohlenbergbau . . .	42 804,1	23,1	388 284
Erzbergbau: Eisen (Roherz)	134,5	1,8	955
Zink (aufbereitetes Erz) .	521,1	78,3	30 295
Blei (aufbereitetes Erz) .	52,6	47,7	6 694
Kokereien	2 265,2	6,6	34 438
Steinpreßkohlenfabrikation	432,9	6,4	5 055
Hochofenwerke	994,6	7,7	67 730
Eisengießereien	95,9	3,0	15 671
Schweißisenwerke	67,9	32,1	6 282
Flußisenwerke	1 396,3	9,4	123 293
Walzwerke	1 066,5	8,9	164 524
Zinkhütten	167,9	60,2	73 835
Bleihütten	39,9	21,2	14 667
Schwefelsäurefabriken . .	163,0	9,7	4 299

Im ersten Halbjahr 1920 war die Produktion und die Arbeiterzahl der ober-schlesischen Montanindustrie nach der Statistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins folgende (die zum Vergleich für das ganze Jahr 1913 angegebenen Zahlen weichen von der Reichsstatistik etwas ab):

Produktionszweige	1000 t	Wert in 1000 M.	Arb.-Zahl Ende des Halbjahrs
Steinkohlengruben .	15 419,6	2 179 318	173 910
1913:	48 801,1	.	123 349
Eisenerzgruben . .	32,7	873	282
1913:	138,2	.	1 011
Zink- und Bleigruben	142,2	132 656	10 149
1913:	568,4	.	11 198
Koksanstalten und Cinderfabriken . .	1 184,6	294 478	7 017
1913:	2 201,9	.	4 697
Brikettfabriken . .	140,4	36 458	277
1913:
Hochöfen	258,9	308 848	6 685
1913:	994,6	.	6 153
Eisen- und Stahlgießereien	40,5	127 236	5 368
1913:	83,8	.	3 623
Fluß- und Schweißisenherzeugung . .	960,7	1 396 604	29 739
1913:	1 463,6	.	19 646
Zinkblenderösthütten (Schwefelsäure usw.)	89,4	37 240	2 598
1913:	255,6	.	2 875
Rohzinkdarstellung .	45,0	280 009	6 959
1913:	178,0	.	3 492
Zinkblechwalzwerke .	23,1	160 791	1 562
1913:	49,6	.	948
Blei- und Silberhütten	8,6	80 635	799
1913:	43,8	.	777

Ein Vergleich zwischen 1920 und 1913 zeigt, daß die Produktion in der ersten Hälfte 1920 hinter der Produktion des Jahres 1913 der Menge nach trotz erhöhter Arbeiterzahl noch erheblich zurückgeblieben und demnach bei zunehmender Arbeitsfreudigkeit noch eine wesentliche Erhöhung zu erwarten ist; die Zahlen geben aber auch so schon ein Bild von den ungeheuren Werten, deren Verlust uns droht. Fassen wir die Produktion der Brennstoffindustrie, Eisenindustrie und Zinkindustrie zusammen, so erhalten wir folgende Übersicht für 1913 und das 1. Halbjahr 1920:

	1913	1. Halbj. 1920
Brennstoffindustrie	t 46 002 955*)	16 744 566
	M.	2 510 254 635
Eisenindustrie	t 2 680 262	1 292 762
	M.	1 833 561 324
Zinkindustrie (einschließlich Blei und Silber)	t 1 095 342	308 235
	M.	691 331 985

Zur Eisenindustrie ist noch die Produktion der Verfeinerungsbetriebe hinzuzurechnen (Preß- und Hammerwerke, Drahtwerke, Kaltwalzwerke, Rohrwalzwerke, Konstruktionswerkstätten, Maschinen-, Kleineisen-, Eisenblechfabriken u. a.). Sie betrug i. J. 1919: 200 696 t (1913: 327 562 t) im Werte von 322,7 Mill. Mark. Den Jahreswert der Produktion der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie kann man demgemäß unter ungefäh-rer Schätzung der Produktionssteige-rung in der zweiten Hälfte des Jahres auf mindestens

5½ Milliarden Mark für die Brenn-stoffindustrie,
4½ Milliarden Mark für die Eisen-industrie,
1½ Milliarden Mark für die Zink-industrie,
also zusammen auf 11½ Milliarden Mark für das Jahr 1920 berechnen.

Die schlesische Kohle ist u. a. für die Versorgung Berlins von größter Wichtigkeit. Groß-Berlin bezog an Steinkohlen, Koks und Briketts in den Monaten Juli—September 1920: 810 907 t, 1919: 711 839 t, darunter:

	1920	1919
Westfälische	285 071 t	311 211 t
Sächsische	2 868 t	1 703 t
Oberschlesische	424 094 t	327 234 t
Niederschlesische	98 874 t	71 591 t

*) Ohne Brikettfabriken.

Der Anteil Oberschlesiens an der Montanproduktion Deutschlands 1913.

1. Steinkohlen



2. Eisenerz



3. Zinkerz



4. Kokereien etc.



5. Hochofenwerke



6. Eisengießereien etc.



7. Zinkhütten



8. Schwefelsäurefabriken



Das bedeutet, Groß-Berlin bezieht die Hälfte seiner Steinkohlen aus Oberschlesien; in normalen Zeiten betrug der Anteil sogar 60 v. H.

Zink wird in Oberschlesien seit über 100 Jahren hüttenmännisch im Großen gewonnen; die Industrie hat in den letzten Jahrzehnten einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Die Produktion an Rohzink betrug:

1913	169 439 t
1900	102 213 t
1890	88 699 t
1870	36 518 t
1850	24 800 t

Während des Krieges trat ein Rückgang ein, der sich nach der Beendigung des Krieges noch verschärfte. Im Jahre 1919 betrug die Produktion nur 74 023 t (gegen 122 961 i. J. 1918), im ersten Halbjahr 1920 fand aber wieder eine — allerdings noch ungenügende — Steigerung auf 41 883 t statt, so daß für das ganze Jahr 1920 eine Produktion von 90 000 t erwartet werden darf. Der Verkaufswert der Produktion der Zinkindustrie hat infolge der allgemeinen Geldentwertung gegen 1919 eine außerordentliche Erhöhung erfahren. Er betrug für

1. Halbjahr 1919	
Rohzink	. . . 46,7 Mill. M. für 38 048 t
Zinkblech	. . . 16,5 " " " 12 565 t
Schwefelsäure	. . . 4,0 " " " 52 887 t

1. Halbjahr 1920	
Rohzink	. . . 256,9 Mill. M. für 41 883 t
Zinkblech	. . . 159,3 " " " 22 990 t
Schwefelsäure	. . . 35,5 " " " 87 960 t

Von großer Bedeutung ist auch die ober-schlesische Bleiproduktion. Der Verkaufswert des in den Bleihütten gewonnenen Bleis ist sogar noch stärker gestiegen als der Verkaufswert des Zinks. Er betrug 6,6 Mill. M. für 7 294 t im 1. Halbjahr 1919, dagegen 75 Mill. M. für 8 220 t im ersten Halbjahr 1920.

Die Montanproduktion entfällt fast vollständig auf ein kleines Grenzgebiet, das die Kreise Tarnowitz, Tost-Gleiwitz, Gleiwitz-Stadt, Rybnik, Pleß, Beuthen Stadt und Land, Hindenburg, Kattowitz Stadt und Land, Königshütte Stadt und Land ganz oder teilweise umfaßt und im folgenden als Hauptindustriegebiet bezeichnet ist.

Einen Gesamtüberblick über die gewerbliche Tätigkeit der Bevölkerung Oberschlesiens vermittelt uns die gewerbliche Betriebsstatistik sowie die Berufsstatistik. Die nach der gewerblichen Be-

triebsstatistik von 1907 (neuere Zahlen liegen leider nicht vor) auf die wichtigsten industriellen Gewerbe entfallenden Hauptbetriebe und Personen sind in der umstehenden Übersicht wiedergegeben.



In der hier wiedergegebenen Karte ist die Verbreitung der wichtigsten Industrien graphisch zur Darstellung gebracht.

Die Bergbau- und Hüttenbetriebe fallen fast ausschließlich in das Hauptindustriegebiet,

von den Betrieben der Metallverarbeitung sowie der Industrie der Maschinen zwar nur 41 v. H., aber, wie man aus dem hohen Prozentsatz der darin tätigen Personen ersieht, die eigentlichen Großbetriebe. Die kleinere und

Gewerbebetriebe und Personen
nach der Betriebszählung von 1907.

Gewerbe- gruppen	Gesamtes Abst.-Geb.		Haupt- industriegebiet			
	Zahl d. Be- triebe	Gewerbe- tätige Personen	Zahl der Betriebe	%	Gewerbe- tätige Personen	%
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	227	130 344	221	97	127 848	98
Industrie d. Steine u. Erden	768	20 145	406	52	10 548	50
Metallverarbeit- ung u. Industrie d. Masch., In- strum. u. Appa- rate	3 399	33 920	1 622	41	27 839	78
Textilind. u. Be- kleid.-Gewerbe	13 194	27 804	5 431	41	10 204	37
Ind. d. Holz- u. Schnitzstoffe	2 938	11 450	1 197	41	5 401	47
Ind. d. Nahrungs- u. Genußmittel	6 057	25 999	3 202	53	10 838	42
Baugewerbe	1 948	38 626	1 198	61	28 512	74
Handelsgewerbe	13 921	30 892	8 571	62	20 122	65

Kleinindustrie ist dagegen auch im übrigen Ober-
schlesien verbreitet, insbesondere die Textil-
industrie, die Nahrungsmittelindustrie (Zucker-

industrie) sowie die Industrie der Steine und
Erden (Zement- und Kalkindustrie).

Wie sich die Zahl der Erwerbstätigen einschl.
ihrer Angehörigen und Dienstboten auf die
großen Berufsgruppen Land- und Forstwirtschaft,
Industrie und Bergbau, Handel und Verkehr ver-
teilt, ist aus der Berufsstatistik ersichtlich. Nach
ihr entfielen von der Gesamtzahl der Personen
auf die Berufsabteilungen:

	Gesamtes Abst.-Geb.	Hauptindustrie- gebiet überhaupt	in %
Land- u. Forstwirtschaft	481 182	156 008	32
Industrie und Bergbau	906 343	697 557	77
Handel, Verkehr, Gast- wirtschaft	160 225	98 831	62
Zus. einschl. sonstige Berufe und Berufslose	1 804 877	1 118 567	62

Diese Übersicht zeigt auch, daß gegen zwei
Drittel der Bevölkerung Oberschlesiens sich im
Hauptindustriegebiet zusammendrängen. Es ist
allerdings zu berücksichtigen, daß die Kreise, die
in das Hauptindustriegebiet hineinreichen (Pleß,
Rybnik, Tarnowitz, Tost-Gleiwitz), voll zum
Hauptindustriegebiet gerechnet sind.

Die deutsche See- und Bodenseefischerei.

Fangergebnisse Januar bis November 1920.

Zur Versorgung des deutschen Volkes mit
Fischnahrung tragen außer den Lieferungen des
Auslandes und der deutschen Binnenfischerei die
Fänge der deutschen Fischer an Seetieren im Ge-
biete der Nord- und Ostsee sowie im Bodensee bei.
Die Erträge des Fischereibetriebes in der Nord-
und Ostsee werden seit dem 1. März 1906, die im
Bodensee seit 1909 durch eine amtliche Statistik
erfaßt. Die Erhebungen für diese Statistiken er-
strecken sich allerdings nur auf solche Fänge, die
von deutschen Fischern und Mannschaften deut-
scher Schiffe an Land gebracht werden. Von
fremden Fischern gefangene und auf deutschem
Gebiete gelandete Seetiere erfaßt die deutsche
Seefischerei- und Bodenseefischereistatistik nicht.
Die Fänge dieser Fischer werden vielmehr als Ein-
fuhr in der Statistik über den deutschen Außen-
handel nachgewiesen.

Die Fischerei in der Nord- und Ostsee ist die
weitaus ergiebigste. Sie nahm von 1907 ab bis
1913 eine zunehmend aufsteigende Entwicklung.
In den Kriegsjahren gingen ihre Erträge stark
zurück. Zu dem Rückgange haben in der Haupt-
sache die militärischen Maßnahmen (Beschlag-
nahme von Fahrzeugen usw.) und die Blockade
beigetragen, wovon das Nordseegebiet erheblich
mehr als das Ostseegebiet betroffen war. Seit

dem Jahre 1919 steigt die Ausbeute wieder ganz
beträchtlich. Ein Bild über die Entwicklung der
Erträge zeigt nachstehende Zusammenstellung:

Kalender- jahr	Fische t	Schal- tiere t	Erzeug- nisse von Seetieren t	Zu- sammen t
1907	99 981	2 549	50 829	153 359
1910	103 558	2 682	61 458	167 698
1913	122 432	4 133	57 335	183 900
1914	79 540	2 597	15 535	97 672
1917	31 461	9 343	7	40 811
1919	104 464	6 602	4 364	115 430
Jan./Nov. 1920*)	154 879	4 108	24 899	183 886

(Die verhältnismäßig unbedeutenden, in der
Statistik nach Stück nachgewiesenen Fänge an Del-
phinen, Seehunden, Wildenten und anderen nicht zu
den Gattungen Fische oder Schalthiere gehörenden
Seetieren sind hier außer Betracht gelassen.)

Danach hatte der Ertrag im Friedensjahr 1913
die Menge von 183 900 t erreicht, d. s. 30 541 t
= 20 v. H. mehr als 1907.

Ein sehr ungünstiges Jahr war das Kriegsjahr
1917 mit einem Ertrag von nur 40 811 t. Es bleibt
hinter 1913 um 143 089 t = 78 v. H. zurück.

*) Für 1920 vorläufige Zahlen.

Deutsche Seefischerei und Bodenseefischerei im November 1920.

Von deutschen Fischern und von Mannschaften deutscher Schiffe gefangene und an Land gebrachte Fische, Robben, Wal- und andere Seetiere sowie davon gewonnene Erzeugnisse.

Seetiere und davon gewonnene Erzeugnisse	Nordsee ¹⁾		Ostsee		Seetiere und davon gewonnene Erzeugnisse	Nordsee		Ostsee	
	dz	1000 M.	dz	1000 M.		dz	1000 M.	dz	1000 M.
I. Fische.					II. Schaltiere.				
Schellfisch groß	1779	1410	—	—	Muscheln usw. . . . dz	7449	93	—	—
„ mittel	5001	3219	—	—	Krabben (Garnelen) „	192	41	0,01	0,02
„ klein	6090	3487	—	—	Hummer „	11	93	—	—
„ 4. Sorte	14296	6598	—	—	Taschenkrebse . Stck.	3260	2	—	—
„ Isländer	2369	1445	—	—	Austern „	1406	2	—	—
Weißling (Wittling) . .	1936	843	1	0,1	zusammen { dz	7652	231	0,01	} 0,02
Kabliau groß	7201	4566	—	—	{ Stck.	4666	—	—	
„ mitt., kl. (Dorsch)	4318	2186	2284	704	III. Andere Seetiere.				
„ Isländer	3112	1532	—	—	Delphine Stck.	—	—	—	—
Rochen	1801	300	—	—	Seehunde „	—	—	1	0,05
Seehecht (Hechtdorsch)	612	413	—	—	Wildenten „	—	—	2997	32
Scholle (Goldbutt)	—	—	—	—	Tordalken, Bommen „	70	1	—	—
„ groß, mittel . .	1669	1121	} 259	} 122	zusammen Stck.	70	1	2998	32
„ klein	1038	505			—	—	IV. Erzeugnisse von Seetieren.		
„ lebend	5	5	—	—	Salzheringe . Kantjes ²⁾	30674	16854	—	—
„ Isländer	5	3	—	—	Fischlebern dz	1542	277	—	—
Knurrhahn	813	304	—	—	Fischrogen „	—	—	—	—
Köhler und Pollack . .	5545	2872	—	—	Fischtran „	111	88	—	—
Leng	2054	1195	—	—	Seemoos „	3	4	—	—
Haifisch	565	252	—	—	zusammen { dz	1656	} 17223	—	—
Katfisch (Seewolf) . .	176	87	—	—	{ Kantjes	30674		—	—
Rotzunge	1128	705	—	—	zus. I—IV { dz	8005	} 56127	} 31901	} 7182
Stör	5	16	—	—	{ Stck.	4736			
Heilbutt	345	440	—	—	{ Kantjes	30674	—	—	
Seezunge, groß	143	350	—	—	hierzu { dz	31901	} 7182	—	—
„ mittel, klein	78	98	—	—	{ Stck.	2998		—	—
Steinbutt, groß, mittel.	464	637	} 34	} 11	Nord- u. Ostsee { dz	112706	} 63309	—	—
„ klein	102	90			—	—		{ Stck.	7734
Glattbutt (Tarbutt) . .	113	105	—	—	{ Kantjes	30674	—	—	
Lachs (Fluß-)	0,01	0,01	48	117	Novemb. 1919 { dz	77411	} 15508	—	—
Zander	—	—	560	603	{ Stck.	108671		—	—
Hecht (Fluß-)	0,04	0,04	620	522	{ Kantjes	5692	—	—	
Seestint	333	127	—	—	Bodensee und Rheingebiet.				
Stint, kleiner	—	—	11788	638	Fische				
Barsch (Fluß- u. Meer-)	16	2	733	377	Blaufelchen	—	8,0	8,3	—
Rotbarsch	4981	2319	—	—	Gangfische	—	26,9	26,3	—
Kaulbarsch	0,1	0,01	1156	126	Sand-(Weiß-)Felchen	—	35,3	34,7	—
Blei (Brachsen, Brasse)	—	—	1755	954	Kilche (Kropffelchen)	—	0,1	0,1	—
Scharbe (Kliesche, Platen)	454	199	21	4	Forellen: a) Bach-, Grund-, Regenbg.	—	—	—	—
Schleie	—	—	0,1	0,1	b) Schwab- oder Silber-	—	1,3	2,7	—
Hering	2350	853	1216	672	c) Rhein-	—	0,3	0,9	—
Sprotte (Breitling) . .	—	—	1002	192	Rheinlachs (Salmen)	—	0,8	2,4	—
Aal	2	4	185	285	Aeschen	—	3,0	4,3	—
Aalraupe (Quappe, Rutte)	—	—	179	90	Trütschen	—	1,0	0,6	—
Aalmutter	—	—	3	1	Hechte	—	3,2	3,3	—
Seeteufel	303	221	—	—	Barsche (Egli, Krätzer)	—	11,4	5,8	—
Makrele	91	88	0,1	0,1	Karpfen	—	—	—	—
Flunder (Struffbutt) . .	—	—	2,81	500	Brachsen	—	0,6	0,3	—
Neunauge	—	—	32	38	Schleie	—	0,1	0,1	—
Rotauge	—	—	2	1	Barbe	—	0,3	0,1	—
Plötze	37	27	2955	834	Weißfische (Alet, Nasen usw.)	—	8,8	2,5	—
Weißfisch (Giester) . .	—	—	150	42	Aale	—	—	—	—
Zärte	—	—	38	14	Sonstige Fische (Hasel, Rost usw.)	—	0,9	0,9	—
Seehase	11	6	—	—	zusammen	—	102,0	93,3	—
Verschiedene (Gemengfische)	96	42	4699	303	November 1919	—	126,0	81,3	—
zusammen	71497	38672	31901	7150					

¹⁾ Die Angaben von zwei Fischversteigerern und einer Fischereigesellschaft stehen noch aus.
²⁾ 1 Kantje = Seepackung zu durchschnittlich 115 kg.

Ein verhältnismäßig gutes Ergebnis lieferten wieder die Fänge von 1919. Noch günstiger waren die Fänge in den ersten 11 Monaten 1920. Mit 183 886 t übertreffen sie die Ergebnisse in den Friedensjahren 1907 und 1910 schon ganz erheblich und stehen hinter dem bisher höchsten Ertrag des Jahres 1913 nur noch um ganz wenige Tonnen (14) zurück. Das Fangergebnis im ganzen Jahr

1920 wird das im Jahre 1913 übersteigen.

Den für die Ernährung des deutschen Volkes wichtigsten Teil der Fänge bilden die Fische. Sie sind der Menge nach am gesamten Ertrage der deutschen Seefischerei am stärksten beteiligt. Die Entwicklung der Fänge an den für den Verbrauch hauptsächlich in Betracht kommenden Fischgattungen zeigt die folgende Übersicht:

Fische	1907 t	1910 t	1913 t	1914 t	1917 t	1919 t	1920*) Januar/ Novbr. t
Schellfisch	34 203	22 289	22 023	10 632	266	41 757	46 102
Kabliau	16 955	22 181	31 125	22 786	1 429	12 933	28 556
Frische Heringe	6 080	3 357	7 539	6 094	4 494	6 538	18 563
Gesalzene Heringe	46 145	57 392	51 935	11 850	—	2 871	20 368
Scholle	4 044	5 139	4 819	3 300	3 425	9 070	7 063
Flunder	5 832	7 368	7 482	6 113	5 643	5 533	6 208
Köbler und Pollack	4 205	5 818	9 671	5 968	0	1 622	9 105
Weißling	—	3 959	5 180	4 483	81	2 919	2 145

Vor dem Kriege standen der Menge nach die Erträge an Salzheringen (vor der Landung auf Schiff gesalzene frische Heringe) an erster Stelle. Die nächst bedeutenderen Fänge entfielen damals auf Schellfisch und Kabliau. Der Einfluß des Krieges macht sich mehr oder weniger bei allen Fischgattungen bemerkbar. Am beträchtlichsten waren die Ausfälle an Salzheringen.

Seit 1919 erbringen Schellfisch und Kabliau die höchsten Erträge.

Die Fänge im Monat November 1920 (vergl. die Tabelle Seite 7) sind äußerst befriedigend. Läßt man die erbeuteten in der Statistik nach Stück nachgewiesenen Delphine, Seehunde, Wildenten usw. außer Betracht, so ergibt sich gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der Menge nach um 6402 t = 76 v. H. Im Wert übertrifft die gesamte Ausbeute die im November 1919 um 47,8 Millionen Mark = 308 v. H.

Bei dieser Entwicklung kann erwartet werden, daß es der deutschen Seefischerei gelingen wird, die Einfuhr an Fischnahrung aus dem Auslande, die im Jahre 1913 etwas mehr als doppelt so groß war als der Ertrag des deutschen Fischereibetriebes in der Nord- und Ostsee, in der Folgezeit zugunsten der deutschen Volkswirtschaft mehr und mehr zu ersetzen.

Die nachstehende Zusammenstellung bringt ein Bild über die Entwicklung der deutschen Fischerei im Bodensee und Rheingebiet (zu diesem Fischereigebiete gehören der Bodensee, der Überlinger-See, der Unter-See bis Stein sowie die deutsche Grenzstrecke des Rheins von Stein bis Basel).

Kalenderjahr	Fische t	davon Blaufelchen t
1909	215	103
1910	292	166
1913	390	276
1914	271	181
1917	169	74
1919	319	198
Jan. 1920	280	173
Nov.		

Die Erträge bestehen nur in Fischen und zeigen ganz ähnliche Bewegung wie bei der Nord- und Ostseefischerei. Vor dem Kriege sind sie zunehmend, in der Kriegszeit abnehmend und nach der Kriegszeit wieder zunehmend. Den größten Teil des Ertrages liefern die Blaufelchen. Bei den Fängen im November 1920 (vergl. Seite 7) stehen die Sand-(Weiß-)Felchen an erster Stelle.

*) Für 1920 vorläufige Zahlen.

Die Kohlenproduktion des Saargebietes betrug nach der französischen Statistik im Jahre 1920 bis einschließlich Oktober 7 739 116 t. Die arbeitstägliche Förderung kam im Januar auf 27 979 t und stieg bis auf 31 853 t im Juli. Im August trat infolge des Eisenbahnerstreiks ein Rückgang auf 28 107 t ein; im September fand wieder eine Erhöhung auf 31 204 t statt. Im einzelnen wurden gefördert im

Januar	27 465 t	Juni	763 616 t
Februar	743 063 „	Juli	860 048 „
März	839 874 „	August	702 680 „
April	734 665 „	September	811 810 „
Mai	709 766 „	Oktober	846 629 „
		Zusammen	7 739 116 t

Die Gesamterzeugung im Jahre 1919 betrug 8 970 848 t.

Die deutsche Ernte 1920. Nach den November-Ermittlungen betrug der gesamte Ernteertrag im Deutschen Reich in 1000 kg

	1920	1919	1913
Weizen	2 255 055	2 169 138	4 061 099
Winter-Spelz	178 864	145 500	.
Roggen	4 971 800	6 099 426	10 219 607
Gerste	1 799 713	1 669 861	3 052 057
Hafer	4 870 126	4 493 688	8 718 485
Kartoffeln	28 248 765	21 478 995	44 766 104
Zuckerrüben	7 964 024	5 817 817	.
Klee- und Luzerne-Heu	11 419 406	9 308 248	14 572 657
Wiesenheu	23 656 436	20 551 503	26 062 563

Für die Zahlen von 1913 und 1919 ist der Gebietsumfang des Reichs vom 31. Dezember 1920 zugrunde gelegt.

Eine eingehendere Darstellung folgt in der nächsten Nummer.

Herstellung, Besteuerung und Ausfuhr von Leuchtmitteln.

Im Rechnungsjahre 1919 (i. April 1919 bis 31. März 1920) wurden an Leuchtmitteln, die nach dem Leuchtmittelsteuergesetz vom 15. Juli 1909 steuerpflichtig sind, folgende Mengen hergestellt, versteuert und ausgeführt:

Leuchtmittel	Her- gestellte Mengen	Vom Ausland ein- geführt	Ver- steuert	Unver- steuert ins Aus- land ausge- führt
1000 Stück				
Kohlenfadenglühl- lampen 1913	4 683 13 667	4 409	4 069 7 685	741 7 507
Metallfadenglühl- lampen 1913	59 515 92 756	459 767	43 733 33 064	13 367 54 549
Nernstbrenner usw. 1913	11 32	0 0	9 26	2 77
Brenner für Queck- silberdampf- lampen 1913	2 12	0 1	2 8	1 5
Glühkörper für Gas- lampen usw. 1913	48 029 133 599	2 32	38 437 45 489	8 756 70 659
1000 kg				
Brennstifte f. Bogen- lampen, Reinkohle 1913	638 7 803	0 55	465 2 352	205 5 479
Dasselbe mit Leucht- zusätzen 1913	457 2 976	0 110	412 1 461	52 1 607

Der Vergleich mit 1913 zeigt, daß die Herstellung von Metallfadenglühlampen im Jahre 1919 $\frac{1}{3}$, diejenige der Kohlenfadenglühlampen und Glühkörper dagegen nur etwa $\frac{1}{4}$ der Herstellung der Vorkriegszeit beträgt; noch geringer ist der Prozentsatz bei der Herstellung von Brennstiften. Auch bei der Ausfuhr schneiden die Metallfadenglühlampen verhältnismäßig am günstigsten ab; sie beträgt gleichwohl nur $\frac{1}{4}$ der Ausfuhr der Vorkriegszeit.

Für den inländischen Verbrauch geben die versteuerten Mengen einen Anhalt. Der Verbrauch an Metallfadenglühlampen hat dauernd zugenommen und war 1919 um 10,7 Mill. Stück höher als 1913. Dagegen ist der Verbrauch an Glühkörpern etwas, an Kohlenfadenglühlampen sehr stark zurückgegangen.

Beim Vergleich mit 1913 ist zu berücksichtigen, daß die Statistik des Jahres 1913 das gesamte damalige deutsche Zollgebiet, also das Deutsche Reich und Luxemburg, umfaßt.

Der Ertrag der Bergwerke und Steinbrüche Englands war im Jahre 1919 trotz erhöhter Arbeiterzahl nicht wesentlich größer als im Jahre 1918. Im Bericht des Chief Inspector of Mines von 1919, der zwar nicht den gesamten, aber doch den wesentlichen Teil der Bergwerks- und Steinbruchsindustrie umfaßt, nämlich die Betriebe, die den Bestimmungen der Coal Mines Act, der Metalliferous Mines Regulation Act und der Quarries Act unterliegen, betrug die Zahl der Arbeiter in den

	1918	1919
Kohlenbergwerken	1 008 867	1 191 313
Erzbergwerken	20 821	21 661
Steinbrüchen	43 215	57 076

In den Kohlenbergwerken war 1919 die höchste je beschäftigte Anzahl Arbeiter tätig (nächsthöchste 1914 mit 1 133 746), in den Erzbergwerken ist nur infolge der Demobilisation eine vorübergehende Erhöhung eingetreten, ebenso in den Steinbrüchen. In den Erzbergwerken waren in den Jahren 1873—82 durchschnittlich noch 55 388, in den Steinbrüchen in den Jahren 1895—1904 durchschnittlich noch 105 422 Arbeiter beschäftigt.

Erzeugt wurden in 1000 t:

	1918	1919
Kohle	227 749	229 780
Eisenerz (ohne Eisenpyrit)	14 613	12 254
Kreide	2 304	2 629
Ton und Schiefer-ton	6 004	7 766
Kies und Sand	2 022	2 048
Gips	179	220
Bausteine	3 961	4 388
Kalkstein (außer Kreide)	10 157	9 538
Ölschiefer	3 081	2 764
Steinsalz	114	91
Salinensalz	1 862	1 817
Sandstein	1 553	1 700
Schiefer	110	164

Gesamt (einschl. sonstiger Mineralien) 273 988 275 385

Auch im Jahre 1920 hat die Kohlenherzeugung infolge des großen Ausfalls der Produktion im Oktober/November anlässlich des englischen Bergarbeiterstreiks nur eine unwesentliche Steigerung erfahren. Nach Zusammenstellungen des „Economicist“ wurden im

1. Vierteljahr 1920	62 103 000 t
2. „ 1920	58 166 000 t
3. „ 1920	59 467 000 t und
im 4. Vierteljahr bis zum 18. Dezbr. 1920	45 657 000 t
gefördert, zusammen	225 393 000 t.

Die Welternte an Kakaobohnen belief sich (nach „Gordian“ Nr. 608/1920)

1913 auf 247 879 t	1917 auf 349 777 t
1914 „ 276 137 t	1918 „ 272 815 t
1915 „ 291 996 t	1919 „ 450 700 t
1916 „ 295 454 t	

Hauptproduzent war die Goldküste, wo 1919 178 986 t oder 40 v. H. der Gesamternte gewonnen wurden. An zweiter Stelle kam mit 51 861 t oder 12 v. H. Brasilien, an dritter mit 49 945 t oder 11 v. H. San Thomé. Die Welternte des Jahres 1919 übertraf bei weitem alle bisherigen Ernten dieses Jahrhunderts. Die stärkste prozentuale Zunahme gegenüber der Vorkriegszeit hat die britische Kolonie Lagos aufzuweisen, deren Ernte 1919 mit 25 806 t sechsmal so groß als im Jahre 1913 war. Der Weltverbrauch an Kakao ist von 252 909 t im Jahre 1913 auf 392 400 t im Jahre 1919 gestiegen.

Großbritanniens Eisen- und Stahlerzeugung hat im Jahre 1920 einen erheblichen Aufschwung ge-

nommen. Im Oktober fand allerdings gegen den Vormonat ein empfindlicher Rückgang infolge des Kohlenstreiks statt, in ähnlicher Weise wie im gleichen Monat des Jahres 1919 infolge des Eisenbahnerstreiks; auch im November konnte die Erzeugung weder ihren früheren Stand noch den vom Oktober wieder erreichen.

Nach dem „Economist“ betrug die Produktion in 1000 t:

Monat	Roheisen		Stahlknüttel und Gußeisen	
	1919	1920	1919	1920
Januar—Juni . .	3954	4145	4264	4877
Juli	641	751	618	790
August	521	752	474	709
September	581	741	718	885
Oktober	445	533	433	544
November	624	404	695	504
Januar—November	6766	7326	7202	8309

HANDEL UND VERKEHR

Deutschlands Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920.

Die Bedeutung des deutschen Außenhandels für die deutsche Gesamtwirtschaft vor dem Krieg ist bekannt. Die Entwicklung Deutschlands von einem sich im wesentlichen selbstgenügenden Agrarland zu dem hochentwickelten Industriestaat, als der es in den Krieg eingetreten ist, war, von einzelnen Ausnahmen, insbesondere einem Teil der chemischen Industrie, abgesehen, nur auf der Grundlage ausländischer Rohstoffe möglich. Außerdem ergab sich hieraus auch die Notwendigkeit, in immer steigendem Maße Nahrungsmittel zur Ernährung der ständig wachsenden Bevölkerung einzuführen.

Im Jahre 1913 erreichte zum ersten Male im reinen Warenverkehr die deutsche Ausfuhr nahezu den gleichen Wert wie die deutsche Einfuhr; 10,1 Milliarden Mark Ausfuhr standen 10,8 Milliarden Mark Einfuhr gegenüber. Vergleicht man damit die Zahlen früherer Jahre, so sieht man, daß Deutschland auf dem besten Wege zu einer aktiven Handelsbilanz war.

Für die Zahlungsbilanz eines Landes und damit für seine Stellung im internationalen Wirtschaftsleben ist das Ergebnis der Handelsbilanz naturgemäß schon in normalen Zeiten von grundlegender Bedeutung gewesen. In außerordentlich verstärktem Maße gilt das für das Deutschland von heute. Früher wurde die Passivität seiner Handelsbilanz durch eine ganze Anzahl von Posten ausgeglichen, die in der Zahlungsbilanz auf der Aktivseite zu buchen waren; hierher gehören die Erträge der deutschen Schifffahrt im internationalen Fracht- und

Personenverkehr, die Erträge der deutschen Kapitalanlagen im Ausland, die Gewinne der Auslandsdeutschen, die zu einem erheblichen Teil wieder dem alten Vaterlande zufließen. Diese die Passivität der Handelsbilanz ausgleichenden Posten fehlen heute gänzlich. Dabei ist Deutschland zur Aufrechterhaltung seines wirtschaftlichen Lebens mehr denn je auf die Einfuhr angewiesen. Durch den Verlust landwirtschaftlich wertvoller Gebiete im Osten ist die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln stark vermindert worden. Die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens ist infolge des Düngemittelmangels während des Krieges und infolge der teilweise ungenügenden Bearbeitung erheblich zurückgegangen. Diese Umstände machen große Nahrungsmittelfuhren um so notwendiger, als eine genügende Ernährung der Bevölkerung die erste Voraussetzung für die Wiedergewinnung ihrer früheren Arbeitsfähigkeit ist. Die Rohstoffvorräte waren nach den vier Kriegsjahren völlig erschöpft. Es gilt, die alten Lager wieder aufzufüllen. Der Verlust Lothringens hat Deutschland den größten Teil seiner Erzvorräte genommen. Wenn auch Frankreich den Anfall an lothringischen Erzen nicht selbst verarbeiten kann, sondern auf deren Absatz nach Deutschland mehr oder weniger angewiesen ist, so erscheinen diese Erze doch, wenn sie in die deutschen Hütten kommen, als Einfuhr aus dem Ausland, die bezahlt werden muß. Zur Bezahlung aller dieser Nahrungsmittel und Rohstoffe steht Deutschland im wesentlichen weiter nichts zur

Verfügung als seine Arbeit, die es in Form deutscher Industrieerzeugnisse ausführen muß. Nur mit deutscher Arbeit werden auch die Wiederherstellungsleistungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, beglichen werden können, sei es unmittelbar dadurch, daß deutsche Waren an unsere ehemaligen Gegner geliefert werden, sei es mittelbar durch Zahlung in Geld, das wir uns durch den Verkauf deutscher Waren ins Ausland verschaffen. Allerdings sind in dieser Ausfuhr auch Erzeugnisse des deutschen Bodens enthalten, erinnert sei an Kohle, Kali, Holz. Der Wert dieser Rohstoffe tritt jedoch hinter den Wert der Arbeit, der in der Ausfuhr steckt, weit zurück.

Deutschland muß demnach seine Produktion derart steigern, daß nach Deckung des Inlandsbedarfes möglichst große Warenmengen für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Weiter ist es aber auch, soll für das Endziel der größtmögliche Nutzen erzielt werden, notwendig, daß aus der Ausfuhr so viel als irgend möglich Erlöst wird. Da die Kaufkraft der Mark in Deutschland noch wesentlich stärker ist, als der Gegenwert in ausländischer Währung im Ausland, entsteht die Gefahr, daß die deutschen Waren nach dem Ausland zu billig verkauft werden. Dies bedeutet nicht nur eine Schädigung der deutschen Volkswirtschaft, sondern schließt auch die Gefahr in sich, daß die valutastarken Staaten zum Schutze ihrer eigenen Industrie Maßnahmen gegen die deutsche Einfuhr treffen, sei es in Form von Einfuhrverboten, sei es durch die Errichtung hoher, mehr oder weniger prohibitiv wirkender Zollmauern. Aus diesen Gründen hat Deutschland für die Ausfuhr die Außenhandelskontrolle eingeführt. Sie hat, soweit die Ausfuhrseite in Betracht kommt, die Aufgabe, die Handelsbilanz durch Erzielung möglichst hoher Erlöse möglichst günstig zu gestalten und dem deutschen Handel durch Verhinderung unangemessener Preisunterbietungen die fremden Märkte offen zu halten.

Neben diesem Ziel, die Aktivseite der deutschen Handelsbilanz zu verbessern, verfolgt die Außenhandelskontrolle den Zweck, durch Einschränkung der Einfuhr die Passivseite möglichst niedrig zu halten. So dringend auch die Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist, ist es doch ein Gebot der Selbsterhaltung, von Deutschland alles fern zu halten, was entbehrlich ist oder was im Inland selbst ebenso gut und ebenso billig hergestellt werden kann.

Ein Bild davon, welche Warenmengen Deutschland aus dem Ausland einführen muß, um seine Bevölkerung am Leben und seine Wirtschaft in Gang zu halten, und welche Werte aus seiner Ausfuhr zur Verfügung stehen, um die gegenüber dem Ausland bestehenden Zahlungsverpflichtungen zu decken, gibt die Handelsstatistik. Ihre

ausführliche Veröffentlichung steht wieder bevor¹⁾. Einige Hauptziffern für das erste Halbjahr 1920 werden nachstehend wiedergegeben.

Einfuhr. Zuverlässige Wertzahlen für die deutsche Gesamteinfuhr stehen zurzeit, aus den auf Seite 52 näher angegebenen Gründen, nicht zur Verfügung; es können deshalb nachstehend für die wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel und Rohstoffe nur die Mengen angegeben werden. Zum Vergleich sind daneben die Angaben für das 1. Halbjahr 1914 angeführt, und zwar unter gleichzeitiger Angabe der ausgeführten Mengen, die damals im Gegensatz zu heute auch für diese Waren vielfach recht erheblich waren.

I. Einfuhr der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel.

(Mengen in Tonnen zu 1000 kg.)

	1. Halbjahr 1920		1. Halbjahr 1914	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Weizen	104 028		1 223 458	365 561
Roggen	45 075		191 966	497 365
Roggen-u. Weizenmehl	23 303		8 656	163 067
Kartoffeln	451 068		91 321	332 430
Reis	38 078		244 016	76 169
Speisebohnen, Erbsen, Linsen	155 519		33 673	6 402
Mais	76 112		296 956	15
Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, frisch u. einfach zubereitet	72 079		14 994	788
Schweinespeck	39 405		368	31
Schweineschmalz	51 849		43 505	54
Butter	1 514		23 701	150
Margarine, pflanzl. Talg zum Genuß, Kunstspeisefett	45 534		97	26 064
Käse	4 685		11 769	388
Verbrauchszucker	29 854		773	305 214
Gesalzene Heringe	269 583		106 943	299

II. Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe.

Mineralöle	181 535	631 507	16 746
Rohstoffe der Metallindustrie:			
Eisen- u. Manganerze, eisen- u. manganhaltige Gasreinigungsmasse, Schlacken usw.	2 948 352	7 698 804	1 087 618
Bruch- u. Alteisen	69 365	72 312	88 617
Rohkupfer	34 453	113 713	2 690
Rohaluminium	5 555	7 017	787
Rohblei	15 775	28 226	18 199
Rohzinn	2 248	7 232	3 422
Rohstoffe der Textilindustrie:			
Rohbaumwolle und Abfälle	53 279	325 176	35 216
Flachs	981	58 835	18 673
Hanf	9 573	27 606	4 209
Jute	15 964	84 056	3 293
Rohwolle	28 341	150 697	8 637
Rohseide	575	1 961	64
Häute u. Felle zur Lederbereitung	20 023	115 022	35 966
Rohkautschuk	5 853	11 044	2 470

¹⁾ Vgl. die Ausführungen über die Wiederveröffentlichung der monatlichen Nachweisungen über den auswärtigen Handel Deutschlands S. 52.

Ausfuhr. Die Ausfuhr Deutschlands kann dem Werte nach angegeben werden. Sie betrug (in vorläufigen Zahlen) im reinen Warenverkehr, d. h. ohne Gold und Silber, nach Abzug des zunächst feststellbaren Teiles der Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages:

Januar	3 123	Mill. M.
Februar	4 128	" "
März	4 096	" "
April	5 209	" "
Mai	6 332	" "
Juni	5 654	" "

1. Halbjahr 1920 zusammen 28 542 Mill. M.

Den Höhepunkt hat also die Ausfuhr im Monat Mai erreicht. Der im Juni eingetretene Rückgang, der wohl in dem Steigen des Marktkurses seine Ursache hat, war jedoch verhältnismäßig gering. Der Wert der Juniausfuhr übertraf immer noch den zweitbesten Monat April. Im Juli zeigt sich bereits wieder eine Zunahme auf 6184, im August auf 6028 Millionen Mark.

Welche Warengruppen an diesen Werten in erster Linie beteiligt waren, zeigt die folgende Übersicht. Für den Vergleich mit dem letzten Friedensjahr muß auch hier wegen des gänzlich veränderten Geldwertes auf die Mengenzahlen zurückgegriffen werden.

Es betrug die Ausfuhr:	im 1. Halbjahr 1920		im 1. Halbjahr 1914
	Mill. M.	Tonnen	Tonnen
Eisen- und Eisenlegierungen und Waren daraus	5330	735 446	3 352 044
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbwaren	4560	1 482 421	2 415 550
Mineralische und fossile Rohstoffe; Mineralöle	2344	5 397 693	25 623 608
Waren der Textilindustrie	3288	27 759	208 975
Maschinen	1937	158 359	278 058
Fahrzeuge	1378	90 665	43 365
Papier, Pappe und Waren daraus	1015	91 667	296 943
Leder und Lederwaren	940	3 104	20 208
Elektrotechn. Erzeugnisse	841	25 357	66 424
Kinderspielzeug	492	14 317	18 627
Kupfer, Kupferlegierungen und Waren daraus	402	7 502	54 954
Holzwaren	399	43 199	37 725
Tonwerkzeuge	394	7 432	13 069
Waren aus anderen unedlen Metallen als Eisen, Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Nickel, Kupfer und Legierungen dieser Metalle	384	3 123	10 925
Tonwaren	372	128 886	347 233
Waren aus edlen Metallen	351	53	102
Kürschnerwaren	243	578	1 969
Uhren	218	2 822	4 221
Aluminium und Aluminiumwaren	195	2 533	3 854
Waren aus Steinen und anderen mineral. Stoffen	170	128 287	89 513
Zink, Zinklegierungen und Waren daraus	130	14 230	62 749
Kautschukwaren	106	1 138	10 528

Im einzelnen sei zu den wichtigsten dieser Warengruppen noch folgendes bemerkt:

Von der Ausfuhr der Eisenindustrie entfallen 970 Millionen Mark auf schmiedbares Eisen in Stäben (Träger und insbesondere Formeisen), wovon 215 183 t ausgeführt wurden; 506 Millionen Mark brachte die Ausfuhr von 102 509 t rohen Blechen.

Unter den chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen ist auch die Ausfuhr der Kaliindustrie inbegriffen. In den Monaten Januar bis Juni 1920 wurden ausgeführt:

Kalirohsalze	527 960 t	im Werte von	807 Mill. M.
Chlorkalium	71 972 t	" "	582 " "
Schwefelsaures Kali	19 460 t	" "	130 " "
Schwefelsaure Kalimagnesia	17 351 t	" "	41 " "

Die Teerfarbenindustrie hatte in ihren wichtigsten Produkten folgende Ausfuhr zu verzeichnen:

Anilinfarben	8850 t	im Werte von	849 Mill. M.
Indigo u. Indigo-karmin	4506 t	" "	257 " "
Alizarin u. Alizarin-farbstoffe	2004 t	" "	134 " "

Von der Ausfuhr mineralischer und fossiler Rohstoffe im Gesamtwert von 2,3 Milliarden Mark entfallen 2,1 Milliarden Mark auf die Ausfuhr fossiler Brennstoffe, insbesondere auf Steinkohlen und Koks.

In der Textilindustrie steht nach dem Ausfuhrwert an der Spitze die Seidenindustrie mit 946 Millionen Mark. Davon entfallen 363 Millionen Mark auf Seidengewebe und 148 Millionen Mark auf Bänder. Die Baumwollindustrie hatte eine Gesamtausfuhr im Werte von 874 Millionen Mark. Davon waren fast die Hälfte (406 Millionen Mark) baumwollene Wirk- und Netzwaren, 196 Millionen Mark baumwollene Gewebe und 146 Millionen Mark Spitzen und Stickereien. Die Wollindustrie kann ihre Ausfuhr auf 597 Millionen Mark beziffern. Davon treffen 177 Millionen Mark auf Wollstoffe (außer Möbelstoffen), 164 Millionen Mark auf Kammgarne und 112 Millionen Mark auf Kammzug.

Von der Ausfuhr der Maschinenindustrie (1937 Millionen Mark) entfallen auf Maschinen zur Bearbeitung von Metallen, Holz und Steinen, sowie auf Schmiedepressen, Nietmaschinen und dergl. 533 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Fahrzeugen (Gesamtwert 1378 Millionen Mark) enthält 777 Millionen Mark für Motorfahrzeuge aller Art, 297 Millionen Mark für Eisenbahnfahrzeuge (außer Dampflokomotiven) und 219 Millionen Mark für Fahrräder und Fahrradteile.

Man darf die Zahlen der deutschen Ausfuhr, so groß sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, auf keinen Fall überschätzen, da es sich um Papiermarkwerte handelt. Ein Blick auf die nach der Übersicht ausgeführten Mengen zeigt überdies, wie außerordentlich weit wir hinter der Ausfuhr vor dem Kriege zurückbleiben. Vor allem reicht aber der Wert der Ausfuhr noch bei weitem nicht aus, um die notwendige Einfuhr zu bezahlen. Unsere Handelsbilanz ist zweifellos heute noch stark passiv.

G. Seyboth.

Entwicklung des internationalen Handels 1920.

Allgemeine Übersicht.

Monate	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß
	Deutschland¹⁾ (Mill. M)			Belgien (Mill. Frs.)			Brasilien (1000 £)		
Januar	3 122,8	.	819,5	447,5	- 372,0	6 520	12 272	+ 5 752
Februar	4 128,1	.	904,8	590,8	- 314,0	8 641	10 930	+ 2 289
März	4 095,7	.	1 062,1	686,1	- 376,0	7 645	13 854	+ 6 209
April	5 208,9	.	1 930,5	1 578,9	- 351,6	8 278	10 621	+ 2 343
Mai	6 331,7	.				10 981	9 932	- 1 049
Juni	5 654,6	.	1 149,5	842,7	- 306,8	9 578	9 068	- 510
Juli	6 183,7	.	857,7	769,8	- 87,9	10 762	7 098	- 3 664
August	6 028,0	.	891,7	751,0	- 140,7	12 857	7 536	- 5 321
September	841,9	774,8	- 67,1	12 620	7 219	- 5 401
Oktober	896,2	760,6	- 135,6	12 944	7 472	- 5 472
November	885,4	727,7	- 157,7	.	.	.
Dezember
Insgesamt	.	40 753,5	.	10 239,3	7 929,9	- 2 309,4	100 826	96 002	- 4 824
	Dänemark (Mill. Kr.)			Finnland (Mill. Fmk.)			Frankreich (Mill. Frs.)		
Januar	221,7	119,8	- 101,9	2 54,6	43,3	- 211,3	2 002,2	722,4	- 1 279,8
Februar	250,5	97,8	- 152,7	2 54,3	97,7	- 156,6	2 641,9	1 323,8	- 1 318,1
März	298,0	167,1	- 130,9	2 13,0	59,7	- 153,3	3 122,8	1 337,7	- 1 785,1
April	184,9	87,9	- 97,0	2 73,7	97,8	- 175,9	2 887,6	1 376,9	- 1 510,7
Mai	181,0	164,9	- 16,1	2 05,0	197,5	- 7,5	2 386,7	1 210,0	- 1 176,7
Juni	267,0	164,4	- 102,6	2 92,9	290,8	- 2,1	2 588,7	1 809,4	- 779,3
Juli	259,4	158,0	- 101,4	3 38,9	355,0	+ 16,1	6 130,8	4 226,4	- 1 904,4
August	282,5	153,4	- 129,1	3 13,0	438,6	+ 125,6	2 800,5	2 399,5	- 401,0
September	340,2	178,5	- 161,7	3 93,8	366,9	- 26,9	2 627,9	2 151,6	- 476,3
Oktober	300,6	157,1	- 143,5	3 54,0	364,8	+ 10,8	2 595,4	2 332,6	- 262,8
November	261,9	176,7	- 85,2	3 45,1	336,4	- 8,7	2 672,2	1 883,6	- 788,6
Dezember
Insgesamt	2 847,7	1 625,6	- 12 22,1	3 238,3	2 648,5	- 589,8	32 456,7	20 773,9	- 11 682,8
	Groß-Britannien²⁾ (1000 £)			Italien (Mill. Lire)			Niederlande (Mill. Fl.)		
Januar	183 498	131 344	- 52 154	1 001,5	497,2	- 504,3	256,2	135,9	- 120,3
Februar	170 514	108 568	- 61 946	1 140,6	616,0	- 524,6	233,6	113,3	- 120,3
März	176 648	130 731	- 45 917	1 431,4	683,4	- 748,0	187,9	68,2	- 119,7
April	167 154	126 659	- 40 495	1 362,9	678,7	- 684,2	203,6	99,5	- 104,1
Mai	166 334	139 580	- 26 754	1 401,1	662,2	- 738,9	298,5	170,4	- 128,1
Juni	170 491	136 476	- 34 015	2 076,3	752,2	- 1 324,1	345,4	179,5	- 165,9
Juli	163 342	155 300	- 8 042	1 040,4	512,4	- 528,0	314,9	177,1	- 137,8
August	153 255	128 272	- 24 983	.	.	.	268,0	130,0	- 138,0
September	152 692	130 807	- 21 885	.	.	.	317,4	166,0	- 151,4
Oktober	149 889	128 429	- 21 460	.	.	.	337,3	148,1	- 189,2
November	144 260	132 480	- 11 780	.	.	.	270,8	156,7	- 114,1
Dezember	142 785	109 329	- 33 456
Insgesamt	1 936 742	1 557 975	- 378 767	9 454,2	4 402,1	- 5 052,1	3 033,6	1 544,7	- 1 488,9
	Schweden (Mill. Kr.)			Schweiz (Mill. Frs.)			Vereinigte Staaten (Mill. \$)		
Januar	238,0	126,8	- 111,2	1050	866	- 184	473,8	722,1	+ 248,3
Februar	282,1	106,0	- 176,1				467,4	645,1	+ 177,7
März	301,1	150,5	- 150,6	1095	899	- 196	523,9	819,6	+ 295,7
April	266,9	163,7	- 103,2				495,8	684,3	+ 188,5
Mai	314,2	227,1	- 87,1	1069	820	- 249	431,0	745,5	+ 314,5
Juni	283,3	223,6	- 59,7				552,6	629,4	+ 76,8
Juli	331,1	267,7	- 63,4	1069	820	- 249	537,1	651,4	+ 114,3
August	307,6	229,8	- 77,8				513,1	578,3	+ 65,2
September	324,5	232,8	- 91,7	363,7	605,3	+ 241,6			
Oktober	299,3	217,8	- 81,5	334,3	751,7	+ 417,4			
November	321,0	675,0	+ 354,0			
Dezember			
Insgesamt	2 948,1	1 945,8	- 1002,3	3 214	2 585	- 629	5 013,7	7 507,7	+ 2 494,0

¹⁾ Für die deutsche Einfuhr stehen zuverlässige Wertangaben noch nicht zur Verfügung. Vgl. im übrigen, auch für die Ausfußziffern, den Ansatz S. 12 und die Mitteilung über die „Monatlichen Nachweise über den Auswärtigen Handel Deutschlands“ S. 52.

²⁾ Vgl. Anm. 1, S. 14.

Der Außenhandel Großbritanniens. Großbritannien ist mit Erfolg bestrebt, seine Zahlungsbilanz, die während des Krieges sehr ungünstig geworden war, durch Verminderung der Einfuhr und Erhöhung der Ausfuhr wieder günstig zu gestalten. Auf eine aktive Handelsbilanz ist es zwar nicht angewiesen, da ihm außer dem Erlös aus seiner Ausfuhr noch bedeutende Einnahmen aus seiner Schifffahrt und seinen Kapitalanlagen im Auslande als Aktivposten zur Verfügung stehen. Da es aber

an Amerika erheblich verschuldet ist, ist eine hohe Zinsen- und Tilgungslast als Passivposten den genannten Aktivposten gegenübergetreten; es ist daher gezwungen, einer aktiven Handelsbilanz noch weiter zuzustreben.

Die Handelsbilanz in den einzelnen Monaten des Jahres 1920 ist aus der allgemeinen Übersicht auf Seite 13 zu ersehen. Die nachstehende Übersicht gibt eine Zusammenfassung nach Vierteljahren für 1913, 1919 und 1920.

Entwicklung des englischen Außenhandels (in 1000 £).

Zeitraum	1913			1919			1920		
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß
1. Vierteljahr	196 289	158 394	- 37 895	347 364	165 995	- 181 369	530 660	370 643	- 160 017
2. "	182 471	157 718	- 24 753	369 671	224 195	- 145 476	503 979	402 715	- 101 264
3. "	179 042	157 015	- 22 027	449 573	249 407	- 200 166	469 289	414 379	- 54 910
4. "	210 933	161 991	- 48 942	465 294	323 098	- 142 196	436 934	370 238	- 66 696
Jahr ¹⁾	768 735	634 820	- 133 915	1 626 156	963 385	- 662 771	1 936 742	1 557 975	- 378 767

Die größte Einfuhr hat England aus den eigenen Kolonien und aus den Vereinigten Staaten. Bezeichnend für die Verschiebung der Weltwirtschaft ist, daß England vor dem Kriege aus Europa mehr als doppelt so viel einfuhrte, als aus den Vereinigten Staaten, 1920 dagegen nur etwas mehr als die Hälfte. Auch die Einfuhr aus den eigenen Kolonien

hat ungewöhnlich stark zugenommen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England machen nach der englischen Außenhandelsstatistik gute Fortschritte, vor allem wächst Deutschlands Ausfuhr nach England schnell an. Die Ein- und Ausfuhrzahlen für das 1., 2. und 3. Vierteljahr 1920 ergeben sich aus der folgenden Übersicht.

Der Außenhandel Großbritanniens mit Deutschland (in 1000 £).

Zeitraum	1913			1919			1920		
	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr-Überschuß	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Ausfuhr-Überschuß	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Ausfuhr-Überschuß
	Deutschland			Deutschland			Deutschland		
1. Vierteljahr	19 220	14 963	- 4 257	1	392	+ 391	4 123	11 122	+ 6 999
2. "	19 860	15 378	- 4 482	8	4 623	+ 4 615	7 773	13 696	+ 5 923
3. "	19 566	14 627	- 4 939	109	8 225	+ 8 116	8 751	10 658	+ 1 907
4. "	21 865	15 605	- 6 260	875	9 947	+ 9 072	.	.	.
Jahr	80 511	60 573	- 19 938	993	23 187	+ 22 194	.	.	.

Nach Hauptwarengruppen gliedert sich die Ein- und Ausfuhr Großbritanniens folgendermaßen:

Warengruppen	Einfuhr vom Auslande und den Kolonien		Ausfuhr britischer Waren		Ausfuhr fremd-landischer u. kolonialer Waren	
	Mill. £		Mill. £		Mill. £	
	1913	1920	1913	1920	1913	1920
Jan.—Novemb.						
Nahrungs- u. Genußmittel	268,5	708,6	30,7	47,0	14,8	42,1
Rohstoffe und Halbfabrikate	242,4	662,9	60,4	133,4	57,8	118,1
Fertigfabrikate	184,7	420,3	381,5	1041,9	27,2	49,4
Tiere (außer Schlachtvieh)	0,4	0,4	2,0	4,4	0,1	0,1
Postkolli . . .	1,9	2,4	7,5	12,2	—	—
Summe	697,9	1794,6	482,1	1238,9	99,9	209,7

Unter den eingeführten Rohstoffen spielt die Rohbaumwolle die größte Rolle (1913: 59,1, 1920: 238,6 Mill. £), unter den ausgeführten Rohstoffen Kohlen (1913: 46,4, 1920: 90,3 Mill. £). Die Einfuhr von Fertigfabrikaten verteilt sich auf die verschiedenen Warengruppen, während bei der Ausfuhr die Textilwaren einen besonders großen Posten bilden (1913: 166,0, 1920: 551,2 Mill. £), vor allem Baumwollgarn und -waren, in zweiter Linie Woll- und Kammgarn sowie Waren daraus. Ferner spielen bei der Ausfuhr Eisen und Stahl sowie Waren daraus eine erhebliche Rolle. Von den eingeführten Nahrungsmitteln entfiel 1913 und 1920 gegen die Hälfte auf Getreide, Mehl und Fleisch.

¹⁾ Für 1913, 1919 und 1920 von der englischen Statistik korrigierte Jahressummen, die von den Summen der einzelnen Vierteljahre teilweise abweichen.

Der Außenhandel Frankreichs 1920. Der französische Außenhandel zeigt in den ersten elf Monaten des Jahres 1920 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres eine erhebliche Besserung. Während der Einfuhrüberschuß Frankreichs von Januar bis November 1919 noch 21 547,4 Millionen Frs. betrug, belief er sich 1920 nur noch auf 11 682,8 Millionen Frs., war demnach beinahe auf die Hälfte des vorjährigen Betrages gesunken. Diese Besserung der Handelsbilanz ist in erster Linie auf eine Zunahme der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen zurückzuführen, die 1920 7967,2 Millionen Frs. mehr beträgt als im Vorjahr, während die Ausfuhr von Rohstoffen nur um 2737,7 Millionen Frs. gestiegen ist; die Einfuhr an Nahrungsmitteln weist dagegen eine Abnahme um 1274,8 Millionen Frs. auf. Im einzelnen gliedert sich der Außenhandel wie folgt:

	Einfuhr Mill. Frs.	Ausfuhr Mill. Frs.	— Einfuhr, + Ausfuhr- Überschuß Mill. Frs.
Nahrungsmittel	7 945,3	1 992,7	— 5 952,6
Rohstoffe und Halbfabrikate	15 251,9	4 405,1	— 10 846,8
Fertigerzeugnisse	9 259,5	13 323,7	+ 4 064,2
Postkolli	.	1 052,4	+ 1 052,4
	<u>32 456,7</u>	<u>20 773,9</u>	<u>— 11 682,8</u>

Wie die Übersicht auf Seite 13 zeigt, ist die Einfuhr in den einzelnen Monaten des Jahres 1920 mit Ausnahme des Juli ziemlich gleich geblieben. Die Ausfuhr ist dagegen in der Zunahme begriffen; auch hier sind die Ziffern im Juli außerordentlich bedeutend. Es ist jedoch anzunehmen, daß das Anschwellen der Zahlen im Juli auf formalstatistische Gründe zurückzuführen ist.

Der Außenhandel Brasiliens zeigt nach dem „Commerce Extérieur du Brésil“ folgende Entwicklung:

	Einfuhr in 1000 £		
	1918	1919	1920
1. Vierteljahr	11 106	19 316	22 806
2. „	11 989	18 431	28 837
2. „	14 924	19 668	36 239
4. „	14 798	20 762	.
	Ausfuhr in 1000 £		
1. Vierteljahr	13 180	30 596	37 056
2. „	14 428	30 532	29 621
3. „	14 751	32 922	21 853
4. „	18 809	36 035	.

Die Ausfuhr hat demnach nach Kriegsbeendigung einen bedeutenden Aufschwung genommen, und zwar besonders deshalb, weil nach der Einstellung des Unterseebootkrieges die angehäuften Kaffeevorräte verschifft werden konnten. Die Ausfuhr von Kaffee betrug in der Zeit von Januar bis September der Jahre

1918	..	13 182	£ = 31,1 v. H. der Gesamtausfuhr
1919	..	55 699	„ = 59,2 „ „
1920	..	44 070	„ = 49,8 „ „

Im 2. Vierteljahr 1920 setzte der Rückgang der Ausfuhr wieder ein, im 3. Vierteljahr hatte Brasilien sogar infolge der gleichzeitigen Steigerung der Einfuhr einen erheblichen Einfuhrüberschuß.

Deutschlands Einfuhr von Rohtabak, Zigarren und Zigaretten im 2. Viertel des Rechnungsjahres 1920. Die Ergebnisse der Einfuhr an Rohtabak, Zigarren und Zigaretten in den freien Verkehr des deutschen Wirtschaftsgebiets werden nach den Feststellungen der Handelsstatistik vierteljährlich veröffentlicht. Die Zahlen für die Monate Juli bis September 1920 enthält die folgende Übersicht:

Länder der Herkunft	Tabakblätter unbearbeitet		Zigarren		Zigaretten	
	Menge 100 kg	Wert 1000 M.	Menge 100 kg	Wert 1000 M.	Menge 100 kg	Wert 1000 M.
Saargebiet . . .	1	1	13	112	35	1 110
Belgien	393	515	41	318	465	6 659
Bulgarien	2367	25 381	—	—	—	—
Dänemark	22	11	—	—	—	—
Elsaß-Lothring.	21	42	1	20	1	23
Frankreich	50	496	—	—	37	460
Griechenland . . .	10 846	71 205	—	—	12	200
Großbritannien.	—	—	1	8	1201	19 877
Niederlande . . .	1 085	2 183	152	5513	61	698
Österreich	2	5	—	—	—	—
Ungarn	1	2	—	—	—	—
Rumänien	28	64	—	—	—	—
Nordrußland . . .	19	228	—	—	—	—
Südrußland	207	1 204	—	—	—	—
Finland	9	27	—	—	—	—
Schweiz	—	—	64	583	7	172
Türkei	33 579	239 266	—	—	—	—
Albanien	38	173	—	—	—	—
Brit. Ost-Afrika	12	117	—	—	—	—
Süd-Afrika	22	390	—	—	—	—
Algerien	293	1 144	—	—	—	—
Brit. Indien	614	1 991	—	—	—	—
Malakka	35	71	—	—	—	—
China	3 845	20 279	—	—	—	—
Niederl. Indien . .	85 801	212 224	—	—	—	—
Philippinen	139	304	36	576	—	—
Argentinien	241	286	—	—	—	—
Brasilien	15 360	86 791	—	—	—	—
Neufundland	394	1 147	—	—	—	—
Columbien	1 936	5 520	—	—	—	—
Costarica	2	8	—	—	—	—
Cuba	199	1 301	14	612	—	—
Dominik. Re- publik	11 321	20 848	—	—	—	—
Mexiko	143	485	—	—	—	—
Niederl. Amerika	3	7	—	—	—	—
Paraguay	726	3 797	—	—	—	—
Venezuela	222	337	—	—	—	—
V. St. v. Amerika	29 238	130 153	5	308	1723	35 065
Nicht ermittelt . .	11	5	—	—	—	—
zusammen	198 725	828 008	327	8050	3542	64 264
1. Viertel des Rechnungs- jahres 1920	167 826	780 965	212	3521	3495	68 618

Die Einfuhr von Roh tab a k beläuft sich in den Monaten Juli bis September 1920 auf 198 725 dz. Damit erhöhte sie sich gegen das Vorvierteljahr um 30 899 dz (18 v. H.). Die größten Mengen kamen aus Niederl.-Indien, der Türkei und den V. St. v. Amerika. An der Mehrlieferung war von diesen Ländern die Türkei am stärksten beteiligt. Sie lieferte von April bis Juni 16 017 dz und von Juli bis September d. Js. 33 579 dz.

Die Bewegung der Einfuhrmenge seit 1913 zeigt die folgende Zusammenstellung:

1913	813 998 dz
1914	785 199 dz
1915	978 142 dz
1916	1 145 684 dz
1917	781 676 dz
1918	425 524 dz
1919	317 264 dz
Jan./Sept. 1920	540 095 dz

Zu der erheblichen Zunahme der Mengen in den beiden Kriegsjahren 1915 und 1916 haben der starke Verbrauch an Tabakerzeugnissen bei dem Heere und der Marine und die Vorversorgung aus Anlaß der Erhöhung der Tabakabgaben durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 beigetragen. Die starke Verminderung der Bezüge in den nachfolgenden Jahren erklärt sich aus dem Einfuhrverbot für Tabak, das am 7. August 1916 erlassen worden ist.

Die Einfuhr an Zigarren und Zigaretten hat besonders im Jahre 1919, bei Zigaretten auch im Jahre 1920, eine größere Bedeutung erlangt. In den vorhergehenden Jahren war sie verhältnismäßig gering. Sie betrug in

	Zigarren	Zigaretten
1913	4 219 dz	8 182 dz
1914	3 434 dz	8 664 dz
1915	4 050 dz	11 284 dz
1916	4 310 dz	4 094 dz
1917	1 527 dz	107 dz
1918	934 dz	141 dz
1919	23 092 dz	27 161 dz
Jan./Sept. 1920	1 476 dz	19 065 dz

Bei diesen Zahlen handelt es sich um die angemeldeten Einfuhren. Die im Wege des Schmuggels und durch die Besatzungstruppen als Militärgut im Westen unangemeldet eingeführten Mengen berücksichtigen sie nicht. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die tatsächliche Einfuhr seit 1919 noch erheblich größer gewesen ist, als aus den Zahlen hervorgeht.

Die Einfuhr im Zeitabschnitt Januar/September des Jahres 1920 zeigt wieder rückläufige Bewegung, besonders bei Zigarren. Hieraus kann geschlossen werden, daß die beträchtliche Steigerung der Einfuhr im Jahre 1919 nur eine vorübergehende gewesen ist.

Die Hauptherkunftsländer im Berichtsvierteljahr waren bei Zigarren die Niederlande, bei Zigaretten Groß-Britannien und die V. St. v. Amerika.

Die Welthandelsflotte vor und nach dem Kriege.

Der Tonnengehalt der Handelsdampferflotte der Welt hat nach den Angaben von Lloyds Register von Mitte 1914 auf Mitte 1920 um 8½ Millionen Bruttoregistertonnen oder 19 v. H. zugenommen und beträgt jetzt 53,9 Millionen Bruttoregistertonnen (gegen 45,4 im Jahre 1914). Die Auslieferung der deutschen und österreichischen Handelsflotte, die gewaltige Vermehrung der Schiffsbauten in den Vereinigten Staaten während des Krieges und die bedeutenden Verluste Großbritanniens durch den deutschen Unterseebootkrieg

haben eine starke Verschiebung der Verteilung der Welthandelsflotte auf die einzelnen Staaten verursacht, die nachstehende Übersicht zeigt.

Bestand der Weltdampferflotte Mitte 1914 und Mitte 1920.

Staaten	Mitte 1914		Mitte 1920		Vermehrung (+) bzw. Verminderung (-)
	1000 Br.-R.-T.	1000 Br.-R.-T.	1000 Br.-R.-T.	1000 Br.-R.-T.	
Großbritannien	18 892	18 111	—	781	
Brit. Dominions	1 632	2 032	+	400	
Ver. Staaten: Übersee	2 027	12 406	+	10 379	
Desgl. Große Seen	2 260	2 119	—	141	
Japan	1 708	2 996	+	1 288	
Frankreich	1 922	2 963	+	1 041	
Italien	1 430	2 118	+	688	
Norwegen	1 957	1 980	+	23	
Holland	1 472	1 773	+	301	
Schweden	1 015	996	—	19	
Spanien	884	937	+	53	
Dänemark	770	719	—	51	
Griechenland	821	497	—	324	
Deutschland	5 135	419	—	4 716	
Österreich-Ungarn	1 052	—	—	1 052	
Weltdampferflotte	45 404	53 905	+	8 501	

(einschl. der nicht genannten Staaten).

Deutschland ist danach von der 2. an die 13. Stelle gerückt, an seine Stelle sind die Vereinigten Staaten getreten, aber mit dem 2½fachen Tonnengehalt. Großbritannien hat seine Tonnage nicht erhöht und besitzt infolge des Anwachsens der amerikanischen Handelsflotte nur noch 34 v. H. der Weltdampferflotte gegen 42 v. H. im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten dagegen haben an Überseeschiffen allein ohne die der Großen Seen 23 v. H. gegen früher 4 v. H. Japan hat den nächstgrößten Zuwachs aufzuweisen — allerdings in weitem Abstand hinter den Vereinigten Staaten — und steht jetzt an dritter Stelle. Es hat Frankreich etwas überflügelt und wird den Abstand wohl schnell erweitern, wenn es in dem bisherigen Tempo weiter baut. Frankreich, das jetzt an 4. Stelle steht, hat die starke Vermehrung seiner Flotte nur der Überweisung deutscher Schiffe zu verdanken. Griechenlands hoher Verlust erklärt sich daraus, daß es viele alte Frachtdampfer besaß, die dem Unterseebootkrieg im Mittelmeer zum Opfer gefallen sind.

Der Bestand der Welthandelsflotte an Segelschiffen ist in dem Zeitraum 1914—1920 um 641 000 Bruttoregistertonnen zurückgegangen und betrug Mitte 1920 3 049 065 Bruttoregistertonnen. Die Zahl der Segelschiffe belief sich auf 5082, die der Dampfer auf 26 531.

Betrachtet man den Tonnengehalt der in den Jahren 1913—1919 von Stapel gelaufenen Schiffe, so ersieht man, daß die Vermehrung der Tonnage der Welthandelsflotte in der Hauptsache den Jahren 1918 und 1919 zu verdanken ist. Diese Jahre bilden Rekordjahre des Schiffbaus.

Wieviel Tonnengehalt seit 1913 insgesamt und in den wichtigsten Staaten vom Stapel gelaufen ist, ergibt die Übersicht auf der folgenden Seite.

Zahl und Tonnengehalt der vom Stapel gelaufenen Handelsschiffe 1913—1919.

Jahr	Ver. Staaten		Großbritannien		Kanada und Brit. Kolonien		Japan		Niederlande		Frankreich		Italien		Weltschiffbau	
	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t
1913	205	276	688	1 932	91	49	152	65	95	104	89	176	38	50	1 750	3 333
1914	94	201	656	1 684	70	48	32	86	130	118	33	114	47	43	1 319	2 846
1915	84	177	327	651	31	22	26	49	120	113	6	25	30	22	743	1 202
1916	211	504	306	608	40	32	55	146	201	180	9	43	10	57	964	1 688
1917	326	998	286	1 163	105	94	104	350	146	149	6	19	11	39	1 112	2 938
1918	929	3 033	301	1 348	206	280	198	490	74	74	3	14	15	61	1 866	5 447
1919	1 051	4 075	612	1 620	358	359	133	612	100	137	34	33	32	83	2 483	7 145

In dieser Aufstellung von Lloyds Register ist seit 1915 der Stapellauf deutscher Schiffe nicht einbezogen. Nach Angaben des Germanischen Lloyd ergänzt, betrug der Weltstapellauf seit dem Jahre 1913 sowie der Stapellauf deutscher Schiffe

	davon	
	Weltschiffbau	Deutschland
	1000 t	1000 t
1913	3333	465
1914	2846	381
1915	1401	199
1916	1838	150
1917	2976	38
1918	5463	16
1919	7157	12

In Deutschland ist der Stapellauf seit dem Jahre 1917 gegen frühere Jahre fast bedeutungslos geworden. Frankreichs Schiffsindustrie lag schon seit 1915 völlig danieder. Englands Schiffbau erreichte

1916 einen Tiefstand; England machte aber schon während des Krieges bedeutende Anstrengungen, um sich von der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten wieder zu befreien. Einen ungewöhnlichen Aufschwung nahm in den Kriegsjahren die Schiffbauindustrie der Vereinigten Staaten.

Während im Jahre 1913 England 58 v. H. des Weltschiffbaus bestritt, haben in den Jahren 1918 und 1919 die Vereinigten Staaten diesen Prozentsatz nahezu erreicht. Da aber der Schiffbau der Vereinigten Staaten durch staatliche Subventionen und Regierungsaufträge hochgetrieben wurde und größtenteils auf Rechnung von Frankreich und England erfolgte, ist die günstige Konjunktur für die Vereinigten Staaten jetzt vorbei. Dies ergibt sich deutlich aus dem Auftragsbestand am Ende der einzelnen Vierteljahre 1919 und 1920, wie er in der folgenden Übersicht für die wichtigsten Staaten zusammengestellt ist.

Auftragsbestand der Werften am Ende der Vierteljahre 1919 und 1920.

Staaten	1919								1920					
	1. Vierteljahr		2. Vierteljahr		3. Vierteljahr		4. Vierteljahr		1. Vierteljahr		2. Vierteljahr		3. Vierteljahr	
	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t	Zahl	1000 t
Vereinigte Staaten . . .	1 155	4 186	994	3 874	767	3 471	647	2 967	535	2 573	414	2 106	312	1 772
Großbritannien	657	2 255	782	2 524	781	2 817	757	2 994	865	3 394	941	3 578	961	3 731
Kanada u. Brit. Kolonien	184	303	209	346	174	308	113	251	109	231	115	269	89	214
Japan	74	255	63	282	64	300	64	309	68	286	56	254	72	262
Niederlande	87	182	88	219	113	288	126	328	141	367	153	399	165	423
Italien und Triest . . .	59	135	96	272	108	286	125	315	165	355	166	354	156	365
Frankreich	33	110	38	110	64	175	65	217	65	240	95	265	89	293
Gesamt einschl. übrige Staaten	2 502	7 796	2 527	8 018	2 328	8 049	2 138	7 861	2 205	7 942	2 195	7 721	2 105	7 565

Ende des dritten Vierteljahrs 1920 ist also Großbritannien wieder weitaus an die erste Stelle gerückt und hat seinen Anteil am Weltschiffbau auf 50 v. H. erhöht. Die amerikanischen Werften können sich mit den englischen seit Anfang 1920 nicht mehr messen. In entsprechendem Maße wird sich auch der Abstand zwischen dem Tonnengehalt der englischen und der amerikanischen Handelsflotte sehr schnell wieder vergrößern.

Die Durchschnittsgröße der in Auftrag gegebenen Schiffe nimmt nach dem starken Rückgang während der Kriegszeit wieder erheblich zu. Für die Gesamt-

tonnage der in der Welt im Bau befindlichen Schiffe betrug sie Ende des 4. Vierteljahrs 1920 3594 t gegen 3116 t am Ende des 1. Vierteljahrs 1919.

Der Verkehr auf den bayerischen Wasserstraßen.

Die Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts bringt in Heft 4 des Jahrgangs 1920 eine ausführliche Darstellung des Verkehrs auf den bayerischen Wasserstraßen in den Jahren 1913 bis 1919. Bayern verfügt danach über 1346 km schiff-

bare und 1009 km nur flößbare Wasserstraßen. Davon kommen auf

	schiffbar nur flößbar km	
Rhein	85,7	—
Frankenthaler Kanal	4,3	—
Main	392,8	80,7
Nebenflüsse des Main	—	63,5
Bayerisches Rheingebiet	482,8	144,2
Donau	387,0	—
Inn	217,6	—
Übrige Nebenflüsse der Donau	81,4	865,1
Bayerisches Donaugebiet	686,0	865,1
Ludwigkanal einschl. Regnitz und Altmühl	177,5	—

Weitaus der größte Güterverkehr findet auf dem Rhein statt. Der bedeutendste bayerische Rheinhafen ist Ludwigshafen, demgegenüber Speyer vollkommen in den Hintergrund tritt. Die größten Mainhäfen sind Würzburg, Bamberg und Aschaffenburg, die bedeutendsten Donauhäfen Regensburg und Passau. München spielt nur als Ländeplatz für Floßholz eine Rolle; die Menge des angekommenen Holzes ist während des Krieges dauernd gesunken (von 46 744 t im Jahre 1913 auf 17 724 t im Jahre 1918), nimmt aber jetzt wieder zu (1919: 21 374 t), wie auch anderwärts der Floßverkehr wieder steigt, seitdem die Forstverwaltungen wieder ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung haben. So ist auch der Durchgangsfloßverkehr in Würzburg und in Schweinfurt wieder beträchtlich gestiegen.

Im ganzen hatte der Güterverkehr auf den bayerischen Wasserstraßen in den Jahren 1914 und 1915 einen starken Rückgang aufzuweisen, erholte sich dann wieder einigermaßen bis zur politischen Umwälzung des Jahres 1918, die einen neuen heftigen Rückschlag verursachte. Die abgegangene und ausgeladene Gütermenge betrug zusammen im Jahre

1913	3 770 000 t	1917	2 615 000 t
1914	3 132 000 t	1918	2 939 000 t
1915	1 987 000 t	1919	1 829 000 t
1916	2 271 000 t		

Die Ursachen des starken Rückgangs des Wasserverkehrs im Jahre 1919 erkennt man bei der Betrachtung der Güter, um welche es sich dabei handelt. In der folgenden Übersicht ist eine Reihe besonders wichtiger Warengruppen zusammengestellt, die in den Jahren 1917—1919 an bayerischen Löschräumen ausgeladen wurden. Um bei dieser Gelegenheit auch einen Vergleich mit den Leistungen der Eisenbahn zu ermöglichen, sind für 1917 (für 1918 und 1919 liegen die Zahlen noch nicht vor)

auch die Mengen angegeben, die von der Eisenbahn an diesen Plätzen ausgeladen worden sind.

Warengruppen	Wasserempfang in 1000 t			Bahn- empfang in 1000 t
	1917	1918	1919	1917
Ankunftsverkehr über- haupt	1 847	2 051	1 480	.
Steinkohlen einschl. Bri- ketts und Koks	1 164	1 281	570	5 412
Braunkohlen einschl. Bri- ketts und Koks	262	305	336	2 981
Erde, Kies, Sand, Ton, Lehm	72	102	124	1 082
Getreide	118	56	107	1 060
Holz	54	67	63	2 562
Steine	45	42	53	1 947
Erdöl, Steinkohlenteeröl	0,4	1	46	168
Zucker, roh und raffiniert	45	57	43	247
Erze	2	43	27	186
Mehl und andere Müllerei- erzeugnisse	10	4	23	472
Eisen und Eisenwaren .	31	31	19	2 374

Aus der Übersicht ergibt sich, daß der Rückgang des Verkehrs zum größten Teil mit den Schwierigkeiten der Kohlenproduktion und -beförderung des Jahres 1919 zusammenhängt. Bei den übrigen Warengattungen sind teilweise erhebliche Steigerungen des Verkehrs eingetreten, so besonders bei Getreide, Müllereierzeugnissen und Erdöl. Da der Kohlentransport auf dem Rhein am bedeutendsten ist, entfällt der größte Teil des Verkehrsausfalls auf die rheinische Schifffahrt. An den wichtigsten Wasserstraßen wurden folgende Mengen ausgeladen:

	1917	1918	1919
	Tausend Tonnen		
Rhein	1514	1688	1219
davon Kohlen, Koks und Briketts		1441	882
Main	179	209	172
Donau	100	109	30

Außer durch die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet wurde die bayerische Rheinschifffahrt durch die Besetzung des linken Rheinuferes stark beeinträchtigt, da diese eine ganz erhebliche Einschränkung des Rheinverkehrs bis Mitte des Jahres zur Folge hatte.

Auch im Mainverkehr ist der Rückgang auf die Verminderung der Beförderung von Kohlen, Koks und Briketts zurückzuführen. Auf der Donau war dagegen das Ausbleiben von Mais und Kupfererzen aus dem Auslande, in erster Linie Rumänien, ausschlaggebend; dazu kam die Behinderung der Schifffahrt durch Bahnsperre und Kohlenmangel.

PREISE UND LÖHNE

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Deutschland.

Das Jahr 1920 steht unter dem Zeichen einer unvergleichlichen Preissteigerung auf jedem Gebiete. Schon in den letzten Monaten des Vorjahres setzte die rapide Aufwärtsbewegung ein. Doch liegen für diese Zeit noch keine Unterlagen vor, die es ermöglichen, den Grad der Teuerung zu messen, geschweige denn ihre Einwirkung auf die Kosten der Lebenshaltung auch nur einigermaßen zu bestimmen. Die Untersuchungen, welche einige Städtestatistiker wie Kuczynski-Berlin-Schöneberg und Silbergleit-Berlin vornahmen, mußten sich in ihrer Geltung und Wertung im wesentlichen auf das engere Stadtgebiet beschränken, konnten jedenfalls in keiner Weise den Ansprüchen des Reichsarbeitsministeriums genügen, das für seine Lohntarifverhandlungen umfangreichere Erhebungen und vergleichbare Feststellungen für eine möglichst große Anzahl Städte in den verschiedenen Gebietsteilen des Deutschen Reichs verlangte.

Seit Beginn des Jahres 1920 wird vom Statistischen Reichsamt mit Hilfe der statistischen Landesämter eine Teuerungsstatistik im Reich durchgeführt, die sich auf über 600 Gemeinden, im wesentlichen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, erstreckt. Diese Teuerungsstatistik gründet sich auf amtliche Preiserhebungen in den verschiedenen Städten für eine bestimmte Anzahl von Lebensmitteln, für Leucht- und Brennstoffe, sowie Wohnungsmiete. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse ist eine Normalration für eine fünfköpfige Familie aufgestellt, und es wird in jedem Monat berechnet, wie hoch sich die Kosten in jeder Stadt für diese Normalration belaufen (Teuerungszahlen).¹⁾ Mit Hilfe dieser Teuerungszahlen ist ein Barometer gefunden, das den Grad der Teuerung in den einzelnen Städten wie im ganzen Reich anzeigt und die nicht unbedeutenden Schwankungen von Monat zu Monat sorgfältig registriert.

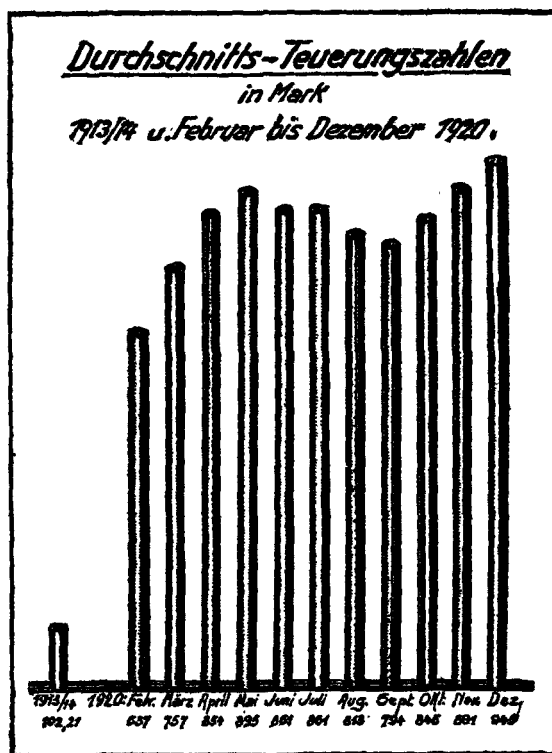
Die Lebenshaltungs-Indexziffer (Städtegruppenindex) für das Reich.

Es ist nun versucht worden, diese zeitlich schwankenden Teuerungsverhältnisse für das

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1920, Heft 1.

ganze Reich in einer Zahl zu erfassen und damit der Forderung der Öffentlichkeit nach einem Lebenshaltungs-Index entgegen zu kommen. Diese Berechnungen sind zunächst für 39 Städte mit städtestatistischen Ämtern angestellt worden. Ihr Kreis wird in Zukunft noch wesentlich zu erweitern sein. Auf Grund der Durchschnittspreise des Jahres 1913/14 wurde festgestellt, wie hoch in der einzelnen Stadt sich die Kosten der angenommenen Normalration im Frieden belaufen. Die Reichsdurchschnitte sind dann unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl einer jeden Stadt (nach sogenannten gewogenen Durchschnitten) berechnet. Es ergeben sich für die einzelnen Monate folgende durchschnittliche Teuerungszahlen (in Mark) im Reich:

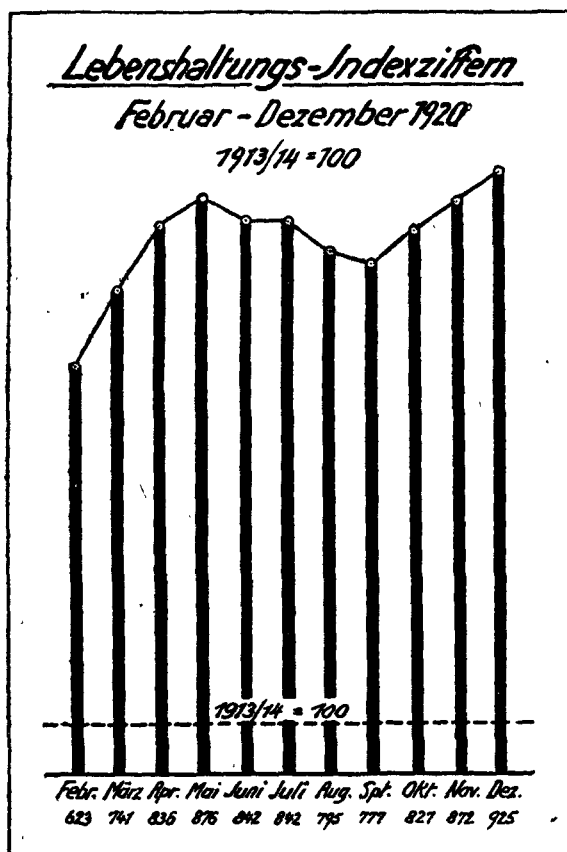
1913/14:	102	Mai	895	September	794	
1920:	Februar	637	Juni	861	Oktober	845
	März	757	Juli	861	November	891
	April	854	August	813	Dezember	945



Dabei ist die Dezember-Zahl nur als vorläufig anzunehmen, da noch nicht für alle Erhebungsstädte die Teuerungszahlen vorlagen.

Das Bild zeigt, wie billig im Frieden die für die Normalration in Betracht kommenden Lebensbedürfnisse waren und zu welcher Höhe sie im Jahre 1920 emporsteigen. Noch schärfer dürfte dies durch die Verhältniszahlen zum Ausdruck kommen. Setzt man die für 1913/14 erhaltene durchschnittliche Teuerungszahl für das Reich = 100, so ergeben sich für die vorliegenden Erhebungsmonate folgende Lebenshaltungs-Indexziffern:

Febr. 623	Mai 876	Aug. 795	Nov. 872
März 741	Juni 842	Sept. 777	Dez. 925
April 836	Juli 842	Okt. 827	



Die Steigerung auf das 6¼fache im Februar 1920 gegenüber dem Frieden erhebt sich bis zum 8¼fachen im Monat Mai. Es scheint, als ob der tiefe Stand unserer Valuta im Februar und März des Jahres bei den Kleinhandelspreisen erst im Mai zur vollen Auswirkung gelangt¹⁾. In den nächsten Monaten tritt eine wesentliche Erleichte-

¹⁾ Vgl. dagegen Großhandelsindex S. 26.

rung ein. Die Indexziffer sinkt im September bis auf 777 herab und folgt damit der wesentlichen Erholung unserer Valuta in den ersten Sommermonaten. Bei der Verteuerung des Lebensunterhaltes spielen natürlich noch andere Momente als die Geldentwertung wesentlich mit, z. B. die Knappheit vieler notwendiger Gegenstände. Immerhin ist es bemerkenswert, daß dem rapiden Aufstieg der Valuta von Juli ab wieder im Oktober und den ihm folgenden Monaten eine starke und stetig wachsende Verteuerung der Lebenshaltungskosten folgt. Die Indexziffer steigt von 827 im Monat Oktober auf 872 im November und steht im Dezember sogar auf 925, was einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten auf beinahe das 9¼fache gegenüber dem Frieden gleichkommt.

Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß hier kein Unterschied in der Qualität der Ware gemacht ist. Sicherlich waren die der Erhebung zugrunde gelegten Lebensmittel im Frieden höherwertig als jetzt, z. B. Brot und Fleisch; aber auch Kohle und Gas hatten eine größere Heiz- und Leuchtkraft. Wäre es möglich, diese Unterschiede zahlenmäßig richtig zu erfassen, dann würden die Indexzahlen sicherlich noch höher sein. Eine weitere Erhöhung der Meßziffern wäre zu erwarten, wenn die Teuerungsstatistik sämtliche zum Lebensunterhalt erforderlichen Bedürfnisse umfaßte. Wären z. B. die Ausgaben für Bekleidung (Kleider, Wäsche, Schuhe) mit einbegriffen, so würden zweifellos die Ziffern noch um ein Bedeutendes steigen²⁾.

Der Einfluß der Bekleidungskosten auf die Teuerung.

Einen gewissen Anhalt für den Grad der Preissteigerung der Bekleidungsgegenstände und ihren Einfluß auf die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung bieten die Berechnungen einiger städtischer statistischer Ämter (Berlin-Schöneberg, Kiel, Hannover und Nürnberg). In diesen Städten sind außer den von der Reichs-Teuerungs-Statistik erfaßten Lebensbedürfnissen (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) auch die Bekleidungskosten miteinbezogen. In nachfolgender Übersicht ist der Steigerungsprozeß, den diese Lebensbedürfnisse, einzeln und jeweils mehrere zusammengefaßt, seit dem Frieden durchgemacht haben, dargestellt. Der für den Frieden angenommene Bedarf ist dabei gleich 100 gesetzt und auf ihn der Durchschnitt aus den drei

²⁾ Eine Ausdehnung der Statistik auch auf Bekleidungsgegenstände ist im Gange.

Monaten August, September und Oktober 1920 bezogen.

Städte	A Ernährung	B Wohnung	C Heizung, Beleuchtung	D Bekleidung	A+B	A+B+C	A+B+C+D
Berlin-Schöneberg	1310	164	1140	1197	898	924	993
Kiel	1173	135	1120	1571	861	890	943
Hannover . .	816	122	1045	1167	627	697	748
Nürnberg . .	836	131	1055	1539	651	672	756

Es zeigt sich, daß für die von der Reichsstatistik erfaßten Gegenstände die Städte Berlin-Schöneberg und Kiel Steigerungen auf das 9,2- bzw. 8,9fache aufweisen, während diese Sätze bei Einbeziehung der Bekleidungsgegenstände auf das 9,9- bzw. 9,4fache steigen. Das entspricht einer durch die Bekleidungsgegenstände bedingten Steigerung von rund 70 bzw. 50 v. H. Wenn in Hannover und Nürnberg die Meßziffern im allgemeinen niedriger sind, so liegt das daran, daß in diesen beiden Städten die Schleichhandelspreise bei der Berechnung keine Berücksichtigung gefunden haben. Die starke Verteuerung durch die Bekleidungskosten zeigt sich jedoch auch hier, ganz besonders in Nürnberg, trotzdem dort nur mit einem „Notbedarf“ gerechnet wird, der alle Neuanschaffungen auf das äußerste Maß beschränkt. Es zeigen sich bei den Bekleidungskosten Steigerungen auf das 15fache und darüber gegenüber dem Frieden, wie sie bei den Ernährungskosten in der Regel nicht erreicht werden.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1914 in den Monaten Februar bis Dezember 1920.

(Der Friedensverbrauch ist = 100 gesetzt.)

a) Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, b) dasselbe wie zu a mit Bekleidung	Febr.	März	Mal	Juni	Juli	Aug.	Okt.	Nov.	Dez.
	Berlin-Schöneberg	a) 715 b) 889	878 1111	1151 1284	884 1024	983 1067	913 985	977 1033	971 1028
Kiel	a) — b) —	652 735	865 949	894 969	838 885	855 901	965 1030	982 1045	1019 1080
Hannover	a) 529 b) 631	574 671	645 726	654 721	668 733	673 730	745 788	807 843	876 905
Nürnberg	a) 404 b) 494	434 560	658 784	755 856	635 727	640 728	722 807	737 828	— —

Vergleicht man in den einzelnen Monaten des Jahres 1920 die Kosten der Lebenshaltung unter besonderer Berücksichtigung der Ausgaben für Bekleidung miteinander,

so zeigt sich, daß seit Monat Juli die Bekleidungsgegenstände billiger geworden sind. Die durch die hohen Bekleidungskosten bedingte Spanne verringert sich in Berlin-Schöneberg, Kiel und Hannover merklich. In Nürnberg ziehen die Preise allerdings noch mehr an.

Die Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Städten.

Betrachtet man die Entwicklung der Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Städten (siehe Übersicht auf Seite 24), so zeigt sich, daß die Normalration, wie sie der Teuerungsstatistik zugrunde liegt, im Frieden (1913/14) im allgemeinen 90—100 M. kostete. Unter 90 M. steht sie nur in Lübeck (87) und in Erfurt und Görlitz, sowie Braunschweig und Gera mit ungefähr 80 M. Über 100 steigt sie in den Groß-Berliner Gemeinden (103—109), Chemnitz und Plauen (100 bzw. 106), Köln, Frankfurt a. Main, Düsseldorf, Dortmund, Trier (102 bis 105), ferner Nürnberg, Stuttgart und Freiburg i. Br. (103 bis 108). Diese Unterschiede sind bemerkenswert für die Wertung der Verhältniszahlen, weil für sie infolgedessen in jeder Stadt die Basis eine andere ist. So erscheint beispielsweise in einzelnen süddeutschen Städten mit verhältnismäßig hoher Friedensziffer die prozentuale Steigerung geringer, als nach der absoluten Teuerungszahl anzunehmen ist. Immerhin haben die süddeutschen Städte im allgemeinen noch einigermaßen erträgliche Verhältnisse gegenüber anderen Gebieten des Reichs. Städte wie Stuttgart, Nürnberg, Augsburg sind selbst in den teuersten Monaten mit ihrer Teuerungszahl kaum über 700 hinaus gekommen. Nahe steht ihnen eigentlich nur noch Königsberg i. Pr., und es folgen als Städte, in denen die Teuerungszahl nur selten über 800 hinausgeht: Breslau, Hannover, Stettin, Erfurt, Freiburg i. Br., Görlitz. Im allgemeinen standen die schon im Frieden teuren Gebiete (Berlin, Sachsen und Teile von Westdeutschland) im Brennpunkt der Teuerung. Städte, in denen die Teuerungszahl in einigen Monaten über 900 und sogar über 1000 hinweggeht, sind in diesen Gegenden keine Seltenheit. Blickt man näher zu, dann sind es im wesentlichen die Orte in den besetzten Gebieten und im westfälischen Industriebezirk, in denen die Teuerungszahlen im Mai und Juni auf über 1000 gestiegen waren: Frankfurt a. Main, Düsseldorf, Berlin-Schöneberg, Elberfeld, Barmen, Aachen und Bonn. Gegenüber diesen Bezirken scheint selbst die Teuerung in den Groß-Berliner Gemeinden und im Lande Sachsen zurückzustehen.

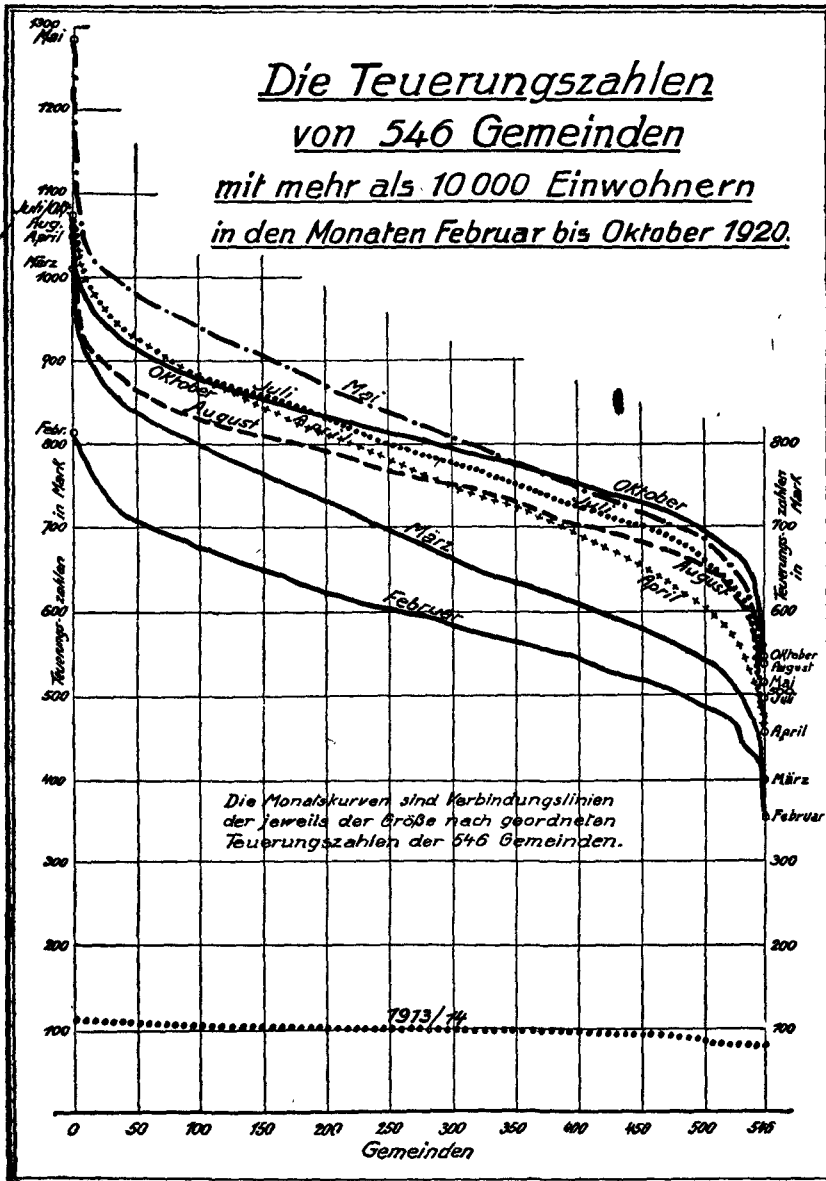
Der Monat November bringt dann allerdings ziemlich starke Preissteigerungen gerade in den früher noch weniger teuren Städten. Die starken Preisunterschiede wollen sich in den größeren Städten anscheinend ausgleichen. Wie weit diese Entwicklung fortschreitet, bleibt abzuwarten.

Die Teuerungswellen im Reich.

Um ein Bild zu geben, wie hoch die Wogen der Teuerung in dem abgeschlossenen Jahr

gingen, sind in der nachfolgenden Tafel die Erhebungsstädte mit über 10 000 Einwohnern in jedem Monat nach der Höhe ihrer Teuerungszahl geordnet und die Endpunkte miteinander verbunden. Während sich im Frieden (1913/1914) die Zahlen sehr niedrig halten, die angenommene Normalration kaum mehr als 100 M. in einer Stadt kostete, erhebt sich die Teuerungswelle im Februar 1920 auf durchschnittlich 445—745 (unter Ausschaltung der Extreme). Von Monat zu Monat steigt die Welle weiter und brandet im Mai zu nie vorher dagewesener Höhe empor. Dann ebbt sie etwas zurück. In den vorher noch am wenigsten teuren Städten ziehen die Preise allerdings noch etwas an. In den teuersten Orten tritt aber eine Erleichterung ein und zwar ist der Rückgang in den vorher teuersten Städten am stärksten. Der Juli läßt ziemlich einheitlich alle Städte ein klein wenig aufatmen und der August zeigt einen weiteren Rückgang, besonders zugunsten der früher teuersten Städte. Die August-Welle schneidet die April-Welle ungefähr auf halber Linie. Die teuersten Städte sind in diesem Monat billiger als die teuersten Orte im April. Die billigeren Städte aber wollen sich noch nicht auf die Aprilkurve der billigen Städte zurückbringen lassen. Immerhin scheinen sich in diesem Monat die Wogen glätten zu wollen, und aus der Septemberkurve konnte die gleiche Hoffnung geschöpft werden. Im Oktober steigt dann aber die Welle wieder empor. Zu einer Berechnung der Wellenkurven für November und Dezember liegen die erforderlichen Zahlen für alle Gemeinden noch nicht vor.

(Hierzu die Übersicht auf S. 24.)



Anmerkung: Die Kurve für den Monat Juni fällt nahezu mit der für den Monat Juli, die für den Monat September nahezu mit der für den Monat August zusammen; diese Kurven sind daher in die Zeichnung nicht aufgenommen.

Die Teuerung im Dezember 1920.

Um sofort nach Abschluß eines jeden Erhebungsmonats den Stand der Teuerung und den Grad ihrer Zu- oder Abnahme in den verschiedensten Teilen des Reichs überblicken zu können, hat das Statistische Reichsammt einen besonderen „Eildienst“ für 47 Gemeinden eingerichtet. Die Auswahl ist unter Berücksichtigung möglichst aller Gebiete Deutschlands so getroffen, daß Groß-, Mittel- und Kleinstädte, die teils vorwiegend industriellen, teils mehr landwirtschaftlichen Charakter tragen, vertreten sind, und daß die ausgewählten Orte besondere Bedeutung für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den betreffenden Gebieten haben.

Die Ergebnisse für diese Städte bestätigen die schon in der Lebenshaltungs-Indexziffer für das Reich zum Ausdruck gebrachte außerordentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten im Monat Dezember. Im Monat November ließ sich noch die bemerkenswerte Feststellung machen, daß die grö-

ßeren Städte fast durchweg den Höhepunkt ihrer Teuerung im Monat Mai oder Juni hatten, während die kleineren Städte erst im Monat November die höchsten Teuerungszahlen des Jahres aufwiesen. Der Dezember wird dann aber allgemein zum teuersten Monat des Jahres 1920. In nicht weniger als 32 der erfaßten 47 Gemeinden liegt der Höhepunkt der Teuerung des Jahres in diesem Monat. Steigerungen von 60 v. H. und darüber gegenüber dem Februar 1920, dem ersten Erhebungsmonat der Teuerungsstatistik im Reich, finden sich in 12 Städten, Steigerungen unter 30 v. H. nur in 3 Gemeinden. In 22 Städten, also fast der Hälfte der vorliegenden Erhebungsgemeinden, kostete die der Statistik zugrunde liegende Normalration 900 bis 1000 M. und vereinzelt noch mehr, während im Frieden für die gleichen Bedürfnisse kaum 100 M. angewendet zu werden brauchten.

Teuerungs- und Verhältniszahlen für 47 Gemeinden nach den Erhebungen vom Februar bis Dezember 1920

Gemeinden	Orts- anwesende Bevölkerung am 8. Okt. 1919 in 1000	Teuerungszahlen (in Mark) für						Verhältniszahlen mit Bezug auf den Februar 1920 (Die Teuerungszahl vom Februar 1920 ist = 100 gesetzt)										
		Febr.	April	Mai	Juni	Ok- tober	No- vemb.	De- zemb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Au- gust	Sep- temb.	Ok- tober	No- vemb.	De- zemb.
Berlin	1 902,5	648	913	884	844	901	903	964	124	141	136	130	143	127	127	139	139	149
Hamburg	985,8	800	901	929	826	943	1037	1096	112	113	116	103	108	105	105	118	130	137
München	630,7	562	702	749	836	757	744	764	111	125	133	149	154	118	117	135	132	136
Dresden	529,3	605	856	926	924	836	861	932	125	141	153	153	140	134	130	138	142	154
Breslau	528,3	580	770	830	751	746	798	828	109	133	143	129	138	126	132	129	138	143
Essen	439,3	717	910	1017	1021	945	958	1031	116	127	142	142	144	124	124	132	134	144
Frankfurt a. M.	433,0	784	1049	1082	1040	826	885	948	112	134	138	133	134	125	105	105	113	121
Nürnberg	352,7	547	625	680	747	750	771	776	109	114	124	137	118	130	117	137	141	142
Stuttgart	309,2	580	699	766	856	807	874	895	114	120	132	142	123	123	132	139	151	153
Chemnitz	303,8	623	941	918	893	857	948	997	124	150	146	142	140	140	132	137	151	159
Dortmund	295,0	715	951	890	873	839	886	910	117	133	125	132	128	109	112	117	124	127
Magdeburg	285,9	524	717	781	730	731	769	864	114	136	149	139	143	136	134	139	147	165
Königsberg i. Pr.	260,9	558	696	758	718	730	807	809	111	125	136	129	131	130	123	131	145	145
Mannheim	222,6	580	969	970	906	818	876	911	118	167	167	156	150	129	125	141	151	157
Kiel	205,3	580	735	830	826	898	919	897	110	127	143	142	137	140	139	155	158	172
Augsburg	154,6	430	616	736	640	759	825	815	140	143	171	149	153	149	164	177	192	190
Aachen	145,7	687	971	1016	879	944	979	1020	120	141	148	128	138	125	122	137	142	148
Braunschweig	139,5	540	668	720	834	806	831	877	120	124	133	154	156	140	137	149	154	164
Karlsruhe	136,0	654	870	849	922	743	802	878	112	133	130	141	126	122	108	114	123	134
Erfurt	129,6	574	775	766	755	835	890	931	129	139	133	131	131	129	137	145	155	166
Lübeck	113,1	595	931	889	857	868	920	976	135	156	149	144	139	130	131	146	155	164
Hagen i. W.	92,9	647	911	944	912	1039	1091	1037	124	141	146	141	136	134	146	161	169	160
Ludwigshafen a. Rh.	90,7	622	762	829	804	783	826	827	118	123	133	139	124	116	121	126	133	133
Darmstadt	82,4	658	853	906	886	849	849	896	144	130	138	135	133	131	118	128	129	136
Frankfurt a. O.	65,1	620	753	778	763	795	872	901	103	121	126	123	116	110	116	128	141	145
Solingen	48,9	810	979	1107	1015	976	1019	1053	110	121	137	125	120	111	107	120	126	130
Halberstadt	47,1	639	665	807	804	731	785	804	100	104	126	126	110	108	107	114	123	126
Schwerin	45,5	516	681	774	774	741	770	801	107	113	150	150	142	134	139	144	149	155
Katowitz	45,4	562	772	724	645	671	795	941	123	137	129	115	114	106	107	119	141	168
Heilbronn	44,0	504	628	678	797	658	699	752	114	125	134	158	149	131	122	130	139	149
Göttingen	41,2	523	668	718	713	696	759	790	122	128	137	136	135	126	131	133	145	151
Eisenach	39,2	483	719	750	771	725	814	849	147	149	156	160	172	158	154	150	169	176
Herford	34,8	630	703	719	769	838	879	890	113	112	114	122	118	121	120	133	140	141
Bautzen	34,3	621	791	821	771	809	866	940	111	127	132	124	124	121	118	130	140	152
Gießen	33,4	566	724	800	757	728	824	961	125	130	144	136	144	137	132	131	148	173
Oldenburg	32,5	604	759	748	733	791	828	847	109	126	124	121	120	116	113	131	137	140
Schweinfurt	27,8	429	516	699	633	725	787	737	104	120	163	148	131	154	159	169	184	170
Eberswalde	26,8	579	663	809	811	799	846	922	103	114	140	140	137	141	126	138	146	159
Wald (Rheinland)	25,9	683	922	1009	895	871	991	970	114	135	148	131	129	114	122	128	145	142
Fulda	23,9	521	724	797	824	776	802	891	110	139	153	168	132	118	128	149	154	159
Straubing	22,5	522	729	727	735	827	755	755	97	140	139	141	123	124	124	156	145	145
Reichenbach i. Schl.	15,2	598	730	759	720	715	791	827	116	122	127	120	116	120	125	120	132	138
Auerbach i. Vogtland	13,8	675	858	902	894	856	930	961	127	127	133	132	127	120	118	127	138	142
Rastenburg	13,3	475	503	666	666	665	776	835	106	106	138	140	136	140	141	140	163	176
Selb	12,5	580	702	810	903	814	828	782	122	121	140	156	150	146	136	140	143	135
Grimma	10,6	610	805	985	872	890	908	855	101	132	161	143	141	121	120	136	149	140
Blumenthal	10,3	585	764	802	763	859	907	914	96	131	137	130	121	122	130	147	155	156

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Jahre 1920 gegenüber 1913/14.
(Zu den Ausführungen Seite 21.)

Städte, geordnet nach der Höhe der Einwohnerzahl	Teuerungszahlen in Mark											Verhältniszahlen auf 1914 bezogen (Die Teuerungszahl von 1913/14 ist = 100 gesetzt)									
	1)	Febr.	März	April	Mal	Junl	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Febr.	März	April	Mal	Junl	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	1913 1914	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920
Berlin	104	648	804	913	884	844	926	823	820	901	903	625	776	881	853	815	894	795	791	870	871
Köln a. Rh.	103	692	750	890	952	909	910	858	810	835	888	669	725	861	921	878	880	830	783	807	858
Leipzig	98	602	757	839	904	828	782	806	787	803	894	618	776	860	927	849	802	826	807	823	916
Breslau	98	580	634	770	830	751	800	731	765	746	798	589	644	782	843	763	813	743	778	758	811
Dresden	100	605	759	856	926	924	849	813	784	836	861	607	761	858	928	926	852	815	786	838	863
Frankfurt a. M.	103	784	875	1049	1082	1040	1051	979	821	826	883	758	846	1014	1046	1005	1015	946	793	798	854
Düsseldorf	102	707	838	916	1028	980	887	905	889	900	972	696	824	901	1011	964	872	890	874	885	956
Hannover	94	634	702	757	797	766	774	756	743	795	882	678	750	809	852	818	827	808	794	849	943
Nürnberg	103	547	594	625	680	747	647	710	638	750	771	534	579	609	663	729	631	692	622	730	752
Charlottenbg.	108	707	789	851	938	838	976	878	831	800	942	655	732	789	870	777	905	814	770	742	873
Stuttgart	104	580	659	699	766	856	715	713	764	807	874	559	636	674	739	825	689	687	736	778	842
Chemnitz	100	628	778	941	918	893	881	882	831	857	948	627	777	940	917	891	880	881	830	856	946
Dortmund	103	715	839	951	890	873	917	780	802	839	886	697	818	928	868	851	894	760	782	818	863
Neukölln	104	679	917	896	914	905	871	822	795	925	907	651	879	858	876	867	835	788	762	887	870
Bremen	92	670	767	798	879	937	875	822	858	980	1051	729	834	868	956	1019	951	894	933	1066	1143
Königsbg. i. Pr.	100	558	620	696	758	718	731	724	684	730	807	558	621	697	758	719	732	725	684	731	808
Duisburg	92	640	761	838	899	886	901	843	828	926	880	697	829	913	979	965	982	919	902	1009	959
Stettin	96	584	645	729	796	787	795	788	807	856	895	609	673	761	831	821	830	822	842	894	934
Mannheim	99	580	681	969	970	906	869	746	723	818	876	588	691	983	984	919	882	756	734	830	888
Kiel	96	580	636	735	830	826	796	813	807	898	919	602	659	762	861	857	826	843	837	931	953
Halle a. S.	95	604	738	763	841	886	819	768	782	796	835	633	827	800	882	930	859	805	821	835	876
Bln.-Schönebg.	109	650	819	860	1029	935	913	866	843	899	930	595	750	788	943	856	836	793	772	823	852
Altona	97	697	799	933	854	809	940	807	796	853	933	718	823	960	879	833	968	831	820	879	961
Cassel	95	556	596	902	910	848	791	840	757	846	912	583	624	945	953	888	829	880	792	886	955
Elberfeld	95	744	865	946	1285	985	979	863	865	902	948	780	907	992	1347	1032	1027	904	907	946	993
Barmen	99	711	964	1016	1014	1003	919	870	810	859	901	715	969	1021	1020	1008	925	875	814	864	906
Augsburg	93	430	603	616	736	640	657	641	704	759	825	461	647	660	789	686	705	687	755	814	885
Aachen	99	687	826	971	1016	879	949	858	836	944	979	692	832	978	1028	886	956	865	842	951	987
Braunschweig	80	540	648	668	720	834	843	757	738	806	831	674	808	834	898	1041	1051	944	921	1005	1037
Karlsruhe	96	654	734	870	849	922	826	794	709	743	802	678	762	902	981	956	857	824	735	771	832
Erfurt	79	574	740	775	766	755	755	741	789	835	890	724	933	976	965	951	951	934	994	1052	1121
Crefeld	91	700	848	985	994	906	958	915	844	941	967	767	929	1078	1039	992	1049	1002	924	1031	1059
Lübeck	87	595	804	931	889	857	826	776	777	868	920	687	928	1075	1026	989	953	896	897	1001	1061
Plauen	106	607	768	809	904	892	840	793	791	874	945	572	723	762	851	840	791	747	745	823	890
Bonn	100	701	784	864	1033	870	872	908	816	875	943	703	786	867	1037	873	875	911	819	878	946
Freiburg i. Br.	108	499	667	779	798	851	751	719	749	758	846	461	616	720	737	786	694	664	692	700	782
Görlitz	80	549	659	761	804	753	764	758	720	742	782	685	823	951	1004	941	953	946	899	926	976
Gera	79	618	748	777	825	819	791	754	732	810	850	779	942	978	1039	1031	996	950	922	1021	1070
Trier	105	656	934	835	960	937	892	862	926	793	888	625	890	796	915	893	850	821	883	756	846
Reichsdurchschnitt	102	637	757	854	895	861	861	813	794	845	891	623	741	836	876	842	842	795	777	827	872

1) Durchschnitt aus Oktober 1913, Januar, April und Juli 1914.

Internationale Preisbewegung 1913—1920.

Die internationale Preisbewegung wird durch die Weltkriegswirtschaft jäh aus ihrer stetigen, nur durch die Wirtschaftskrisen rhythmisch unterbrochenen Aufwärtsbewegung der Vorkriegszeit geworfen. Ziel der Kriegswirtschaftspolitik ist die Erhaltung der eigenen durch Vernichtung der Kräfte des Gegners. Demgemäß wirkt sie sich aus in einer hochgespannten Produktion für das allgemeine Vernichtungswerk. Der ökonomische Stoffwechsel der Volkswirt-

schaften, der sich in dem Kreislauf: Volksbedürfnis, Erzeugung, Verteilung, Verbrauch als Befriedigung des Volksbedürfnisses vollzieht, wird der augenblicklich wichtigsten, Aufgabe der Vernichtung, die Erzeugung für das Volksbedürfnis der Produktion für das Vernichtungswerk untergeordnet. Vernichtung bedeutet ökonomisch intensivsten, aber unproduktiven Konsum. Unproduktiv deshalb, weil der auf das Vernichtungswerk gerichtete Produktionsaufwand

nicht unmittelbar zum Zwecke produktiver Tätigkeit, sondern einseitig durch Vernichtung, ohne volkswirtschaftliches Guthaben zu erwirken, verbraucht wird, also Produktion ohne Zielerreichung darstellt.

Höchstgespannte Produktion und intensiver unproduktiver Konsum, die Hauptfaktoren der Kriegswirtschaft, bewirken aber eine Verschiebung in dem Verhältnis von Warenangebot und Geldvorrat. Auf der einen Seite tritt an die Stelle des aus erarbeitetem, also produktivem Einkommen kaufenden Verbrauchers der Staat. Sein fast unbegrenzter Kredit wirft sich auf die Erzeugung und setzt sich im Prozeß des ökonomischen Stoffwechsels um in Geld. Auf der anderen Seite wird Ware vernichtet und mit steigender Intensität der Kriegführung ein immer wachsender Teil der Produktion im unmittelbar unproduktiven Vernichtungswerk konsumiert. Die mit Hilfe des Staatskredits für das Vernichtungswerk erzeugte Warenmenge scheidet aus dem ökonomischen Stoffwechsel der Volkswirtschaft aus, ohne diesem auf dem Wege des Tausches neue Waren zuzuführen. Der unproduktive Konsum der Kriegswirtschaft schlägt daher unmittelbar nieder in einseitig vermehrtes Nominal-einkommen bei fortschreitendem Zusammenschrumpfen der dem produktiven Konsum dienenden Warenmenge.

Gegenüber der Friedenswirtschaft lastet nunmehr auf dem verringerten Warenvorrat des produktiven Konsums der höhere Druck des einseitig vermehrten Geldvorrats und treibt den Warenpreisspiegel unaufhörlich in die Höhe. Von diesem Vorgange der Inflation wird die gesamte Weltwirtschaft erfaßt, am intensivsten die kriegführenden Volkswirtschaften. Ihre Produktion vermag aber immer weniger den mit fortschreitendem Zerstörungswerk steigenden Bedarf an Waren des unproduktiven Vernichtungswerks sowie des produktiven Konsums aus eigener Wirtschaft zu decken. In höherem Grade als zur Friedenszeit werden die neutralen Volkswirtschaften zur Warenversorgung herangezogen. Das Gold der kriegführenden strömt in die neutralen Volkswirtschaften, um auch hier das Verhältnis von Kaufkraft und Warenvorrat in inflationistischer Richtung zu verschieben.

Im vierten Kriegsjahre (1918) ist, wie aus der beigegebenen Übersicht und der graphischen Darstellung auf S. 26 hervorgeht, der Preisspiegel der kriegführenden Volkswirtschaften etwa auf das Zweifache, in Frankreich auf das Dreifache des Niveaus von 1913, dem letzten vollen Friedensjahr, gestiegen. Der hier gegebenen deutschen Ziffer liegen die Preise von 18 Waren (Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Roggenmehl,

Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel.
1913—1920 (Januar bis November).

Jahr/Monat	Deutschland	England	Frankreich	Ver. Staaten	Japan
	Stat. R.-Amt	Economist	Stat. Gen.	Bradstreets	
1913	100	100	100	100	100
1914	105,2	98,7	102,0	96,7	95,5
1915	141,7	123,1	139,8	107,0	96,7
1916	151,8	160,9	187,0	128,4	117,2
1917	176,4	204,1	261,6	170,0	148,5
1918	216,0	224,9	339,2	203,2	195,9
1919	412,0	235,2	355,6	202,7	239,5
1920 ²⁾	1232,0	293,3	522,2	208,2	267,1
Januar	1038,2	288,5	486,9	226,6	301,1
Februar	1412,5	303,0	521,9	225,7	313,6
März	1455,5	310,1	554,5	224,9	321,5
April	1251,5	305,7	587,5	225,1	300,0
Mai	1203,1	304,5	553,0	215,8	248,1
Juni	1086,1	291,4	492,7	210,1	254,9
Juli	1175,6	292,5	495,6	204,4	239,8
August	1165,5	287,5	501,3	195,1	235,3
September	1224,5	283,9	525,7	183,6	230,7
Oktober	1307,7	266,4	503,0	170,2	225,8
November	1378,0	245	.	.	.

122,6
120,9
115,9
118,4
158,9
250,0
266,0

¹⁾ Nach „Statistik“ vom 13. 11. und 11. 12. 20, S. 773 u. 934.
²⁾ Durchschnitt Januar bis Oktober.

Weizenmehl, Butter, Zucker, Heu, Stroh, Eisen, Blei, Kupfer, Zink, Zinn, Steinkohle, Braunkohle) zugrunde, aus deren Meßziffern der einfache Durchschnitt gebildet wurde. Wenngleich in dieser Zusammenstellung wichtige Gruppen, wie Vieh, Häute, Leder, Textilrohstoffe und -halbwaren, Holz usw. fehlen, so vermag der so gewonnene Zahlenwert dennoch wertvolle Anhaltspunkte für einen wichtigen Ausschnitt der allgemeinen Warenpreisbewegung seit der Friedenszeit in Deutschland zu geben. Es ist im übrigen beabsichtigt, den hier begonnenen Versuch der Berechnung eines Großhandels-Index fortzuführen und auszubauen.

Bewegung der Großhandelspreise in den Monaten des Jahres 1919.

Durchschnitt 1918 = 100.

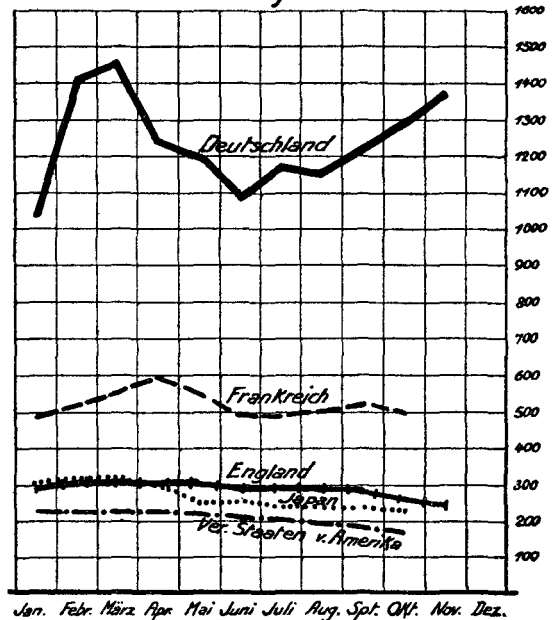
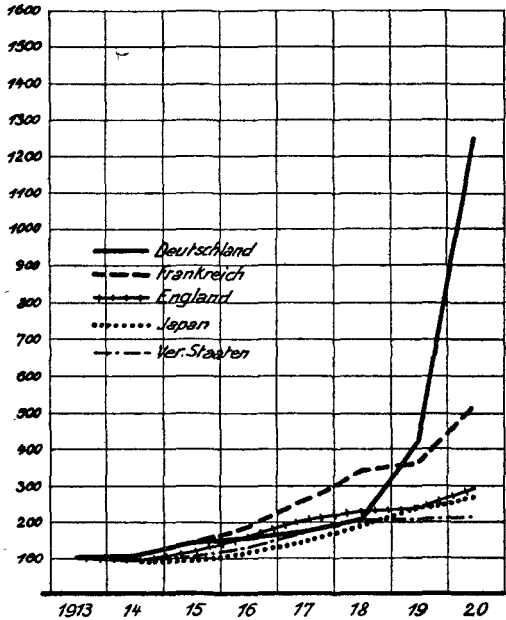
Monat	Deutschland	England	Frankreich	Italien	Ver-einigte Staaten
1918	100	100	100	100	100
1919:					
Januar	124,2	96,7	102,6	79,6	98,7
Februar	128,0	96,0	100,5	78,4	93,9
März	129,9	94,5	99,0	79,6	91,7
April	135,9	95,0	98,0	81,2	92,1
Mai	141,0	98,9	95,9	82,7	92,1
Juni	146,5	102,2	96,9	87,6	96,5
Juli	166,0	106,6	102,8	88,7	100,9
August	176,6	107,4	102,6	90,5	106,6
September	210,8	108,8	106,1	90,9	103,9
Oktober	250,5	112,5	112,5	95,5	103,9
November	310,1	115,4	119,4	107,4	106,1
Dezember	371,0	121,7	124,7	111,8	107,5

Bewegung der Großhandelspreise in Deutschland, England, Ver. Staaten u. Amerika, Frankreich u. Japan

1913 - 1920

1913 = 100

Januar - Okt./Nov. 1920



Anmerkung: Für 1920 Durchschnitt Jan.-Okt.

Jan. Febr. März Apr. Mai Juni Juli Aug. Spt. Okt. Nov. Dez.

Während sich die Preisbewegung der kriegsführenden Volkswirtschaften bis Kriegsende in verhältnismäßig gleichem Rhythmus vollzieht, hebt sich nach Abschluß des Waffenstillstandes das deutsche Problem scharf von der weltwirtschaftlichen Gesamtbewegung ab. In den sogenannten Siegerstaaten wird die Aufwärtsbewegung der Preise zunächst unterbrochen. Die Freigabe der staatlichen Vorräte vermehrt das Warenangebot unter gleichzeitiger Einschränkung der Kaufkraft infolge der Entlassung der bisher in den Kriegsindustrien beschäftigten hochentlohnerten Arbeitskräfte. Hierdurch werden die preissteigernden Faktoren der Kriegswirtschaft für den Augenblick ausgeschaltet. Tatsächlich trat in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr 1919 eine allgemeine Preissenkung ein. Doch waren die Faktoren dieser augenblicklichen Marktgestaltung nicht imstande, das durch die vierjährige Kriegswirtschaft geschaffene Verhältnis von Warenangebot und Geldvorrat dauernd in gesunde Bahnen zu leiten. Schon im Sommer des Jahres 1919 beginnen die Preise in den genannten Volkswirtschaften einen neuen Anstieg, der das ganze Jahr hindurch anhält und erst im Frühjahr 1920 zum Stillstand kommt.

Die deutsche Volkswirtschaft bleibt von der Marktschwankung des Jahres 1919 völlig un-

berührt. Unter der bis zum Friedensschluß aufrechterhaltenen Blockade wirken die kriegswirtschaftlichen Faktoren der Preisbewegung nunmehr im politischen und volkswirtschaftlichen Zusammenbruch verschärft fort. Unaufhörlich hebt sich der zwangswirtschaftliche Preisspiegel und erreicht im Durchschnitt des Jahres 1919 einen 4,1fachen Teuerungsgrad gegen 1913. In England („Economist“) hebt sich demgegenüber im Durchschnitt des gleichen Jahres das Preisniveau auf den 2,4fachen, in Frankreich auf den 3,6fachen, in Japan auf den 2,4fachen Teuerungsgrad und bleibt in den Vereinigten Staaten etwa auf der Höhe des Jahres 1918 (203) stehen. Das Jahr 1920 bringt überall den Höhepunkt der Bewegung; in England (310) und Japan (322) im März, in Frankreich (588) im April, in den Vereinigten Staaten (227) bereits im Januar; in Deutschland im Februar (1412,5) und März (1455,5), den Monaten des tiefsten Kursstandes der Mark. Auch hier wieder der Gegensatz: Während England, die Vereinigten Staaten und Japan einen 2—3fachen, Frankreich einen fast 6fachen Teuerungsgrad erreichen, steigt der Preisspiegel in Deutschland im Februar und März 1920 auf das 14fache gegenüber dem Jahre 1913. An der allgemeinen Erschöpfung der Kaufkraft bricht die Aufwärtsbewegung der Preise im Frühjahr 1920 zusammen. Die Preise

weichen seitdem in Japan unter Schwankungen, in England und den Vereinigten Staaten ununterbrochen mit krisenhaftem Ausgang gegen Jahresende; in Frankreich und Deutschland setzt dagegen bereits im Juli wieder eine Aufwärtsbewegung ein, die aber in Frankreich nur bis September andauert. Im Oktober fällt der französische Preisspiegel unter dem Drucke der weltwirtschaftlichen Senkung von 526 (September) auf 503. Nur die deutsche Preisbewegung hat keinen Anteil an diesem, wenn auch krisenhaft sich vollziehenden Preisabbau. Die Ziffer steigt mit dem weiteren Sinken des Markkurses ununterbrochen und zeigt für November wieder einen nahezu 14fachen Teuerungsgrad gegenüber der Friedenszeit an.

Was besagen diese Zahlen?

Schon während des Krieges ist das deutsche Teuerungsproblem gegenüber den gegnerischen und neutralen Volkswirtschaften durch die Blockade außerordentlich verschärft. Wenn die deutsche Ziffer für das Jahr 1918 (216) nur einen 2fachen Teuerungsgrad gegen 1913 anzeigt, so gibt sie damit den offiziellen Preisspiegel der Zwangswirtschaft wieder. Tatsächlich vermochte diese aber die Gesetze der Preisbewegung auf die Dauer nicht auszuschalten. Neben dem amtlichen Höchstpreis bildete sich der Schleichhandelspreis, in dem sich die auf dem realen Verhältnis von Warenangebot und Geldvorrat beruhenden Faktoren der Preisbewegung mit schleichendem Wucher paaren. Durch die der deutschen Volkswirtschaft „mit dem Finger am Abzuge“¹⁾ auferlegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen werden ihr im Osten und Westen sowie in den Kolonien wichtige Rohstoffgebiete und ferner die gesamte Handelsflotte genommen. Die überstürzte Demobilmachung erschüttert die Ordnung im Innern und belastet den Arbeitsmarkt dauernd mit einer bis dahin nicht gekannten Zahl von Arbeitslosen. Die Revolution, die besonders auch als Lohnfrage zum Austrag kommt, legt sich immer wieder lähmend auf den volkswirtschaftlichen Arbeitsprozeß, der durch den Achtstundentag sowie die zahlreichen Bestimmungen über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Arbeitgeber — Maßnahmen von unbestrittener sozialpolitischer Notwendigkeit — ohnehin gewaltig gestreckt ist. Diese Entwicklung schafft einen Zustand, in dem das verhängnisvolle Kingsche Preisgesetz zur vollen Auswirkung kommt. Nach diesem Gesetz bedingt ein bestimmter Rückgang des Warenangebots gegen die Nachfrage eine Preissteigerung nicht

im gleichen, sondern in einem vielfachen Grade des Rückgangs. Erst dieses Gesetz führt zum Verständnis der Zusammenhänge, die der deutschen Preisrevolution seit Kriegsende zugrunde liegen. Die Warenknappheit der Kriegswirtschaft wird zur Warennot der Volkswirtschaft des Zusammenbruchs. Zwischen Warenangebot und Volksbedarf besteht ein weitklaffender Abstand, und unter der Parole der Anpassung des Arbeitsentgelts an die Lebenshaltungskosten beginnt der tolle Wettlauf der sozialen Schichten um die Befriedigung der elementarsten Lebensnotwendigkeiten. Preise ziehen Löhne und die Löhne wiederum die Preise — eine Schraube ohne Ende — mit sich empor. Immer neue Papiermassen schiebt der Staat in den Umlauf. Immer schwerer lastet der Druck des unendlich vermehrten Geldvorrats auf der allzu knappen Warendecke, und in rasendem Tempo wird der Preisspiegel der deutschen Volkswirtschaft emporgetrieben.

Bezeichnend für die Auswirkung dieser Ursachenzusammenhänge ist die Bewegung des Haferpreises. Im Jahre 1918 kosten 1000 kg Hafer unter der Zwangsbewirtschaftung 300 M., im Durchschnitt der Monate September-Dezember 1919 im nunmehr freien Verkehr 1556 M., im März 1920 erreicht der Haferpreis seinen Rekord mit 4325 M.; im Juli steht er noch auf 2835 M., um endlich im August mit 1365 M. wieder in die öffentliche Bewirtschaftung zurückzukehren. Aber auch das öffentlich bewirtschaftete Brotgetreide (Roggen, Weizen) vermag sich in seiner Preisbewegung dem inflationistischen Druck nicht zu entziehen: im ersten Halbjahr 1920 stehen die Preise der beiden Getreidearten noch auf dem 2,4fachen, im folgenden Halbjahre jedoch auf dem 8,2fachen Teuerungsgrad gegen 1913. Doch sind die Faktoren der Preisbewegung nicht nur in der Innenwirtschaft verankert. Die neu-deutsche Volkswirtschaft ist viel weniger als zur Friedenszeit ökonomisch autark, ist in viel höherem Grade auf den Rohstoffbezug aus dem Auslande angewiesen. Im Tauschverkehr mit valutastarken Ländern wirkt sich aber die Geldentwertung in verschärftem Grade aus: Zur inländischen Entwertung der Mark tritt die Mehr-entwertung gegenüber dem valutastarken Auslande. Im Jahre 1918 beträgt die Verteuerung der vorwiegend im Inlande erzeugten öffentlich bewirtschafteten Waren (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Stein- und Braunkohle) das 2,3fache und steigt 1919 auf das 3,5fache, um im Februar 1920 das 8,7fache des Preisniveaus von 1913 zu erreichen. Demgegenüber steht die Preislage der Metalle als Repräsentanten der Einfuhwaren im Jahre 1918 erst auf dem 1,7fachen, im Jahre 1919 aber bereits auf dem 5,6fachen und im Februar 1920 auf dem 28,3fachen des Standes von 1913. Solange

¹⁾ Nach Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen erklärte Marschall Foch nach Berichten der französischen Presse, daß „mit dem Finger am Abzuge“ alles von den Deutschen zu haben sei.

die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges durch die Blockade fast hermetisch abgeschlossen ist, lastet der inflationistische Druck des einseitig vermehrten Geldvorrats in seiner ganzen Schwere auf den im Inlande erzeugten Waren. Der zwangswirtschaftliche Preisspiegel der inländischen Erzeugnisse steht im letzten Kriegsjahre höher als der der Metalle. Seitdem aber verschiebt sich das Verhältnis wesentlich zuungunsten der Metalle, deren Preislage nunmehr mit dem weiteren Sturze des Markkurses einen raschen Aufstieg nimmt, das Preisniveau der vorwiegend im Inlande erzeugten öffentlich bewirtschafteten Waren weit hinter sich zurücklassend.

**Großhandelspreise und Wechselkurs
Februar bis November 1920.**

Monat	Landwirtschaftl. Erzeugnisse, Stein- und Braunkohle (13 Waren)	Metalle (5 Waren)	Zusammen (18 Waren)	Stand des Dollar in Berlin
Februar	100	100	100	100
März	111,3	96,5	103,0	84,6
April	106,6	74,3	88,6	60,1
Mai	116,6	60,2	85,2	46,9
Juni	107,9	52,2	76,9	39,5
Juli	126,8	48,5	83,2	39,8
August	118,1	54,2	82,5	48,2
September	120,2	60,0	86,7	58,6
Oktober	125,8	66,1	92,6	68,8
November	132,2	70,0	97,6	77,9

Die Einfuhrware ist nach Höhe und Bewegung des Preises eng mit dem Stande der Valuta gegenüber dem Auslande verquickt. Das zeigt insbesondere die Bewegung der deutschen Metallpreise im Jahre 1920, die in ihrer Senkung und Aufwärtsbewegung in den Monaten dieses Jahres ganz dem Ab- und Aufstieg der ausländischen Wechselkurse angepaßt ist. Nach ihrem Höchststande im Februar 1920 fallen die Metallpreise mit dem Rückgange der ausländischen Wechselkurse bis Juli auf einen 13,7fachen Teuerungsgrad und folgen ebenso dem Wiederanstiege der ausländischen Wechselkurse seit August, im November (1980,6) bereits das Niveau von Januar 1920 (1851,4) überschreitend. Diesen Einflüssen vermag sich auch der Gesamtpreisspiegel der in die Berechnung einbezogenen Waren in seiner Bewegung nicht zu entziehen. Nach dem Märzrekord, der eine 14,6fache Verteuerung gegenüber der Friedenszeit anzeigt, senkt sich der Preisspiegel im Juni auf das 10,9fache des Friedensniveaus und steht im November mit 1378 ebenfalls über dem Niveau von Januar 1920 (1038). Dabei darf nicht vergessen werden, daß diese Preissenkung im Sommer 1920 sich bei den Metallpreisen in der schwindelnden Höhe eines 28—14fachen, bei dem Gesamtpreisspiegel eines 14—10fachen Teuerungsgrades abspielt, während

die Rekordziffern für England, die Vereinigten Staaten und Japan nur wenig mehr als einen 3fachen und für Frankreich einen annähernd 6fachen Teuerungsgrad gegenüber der Friedenszeit ausweisen. Bei der im Sommer 1920 erfolgten Senkung des deutschen Preisspiegels kann daher nicht von einer Erholung, nicht einmal von Symptomen der Gesundung gesprochen werden. Die Tatsache, daß mit dem Tiefpunkt vom Juni 1920 ein 10facher Teuerungsgrad nicht unterschritten wurde, beweist vielmehr die tiefe Erkrankung des deutschen Wirtschaftslebens. Die Preisbewegung des Jahres 1920 in Deutschland trägt die Merkmale krisenhafter Unsicherheit in sich. Die deutsche Preisgebarung ist fortan, wie das Boot den Wellen, dem kaleidoskopisch wechselnden, von Machenschaften der Spekulation durchsetzten Auf und Ab der vielgestalteten weltwirtschaftlichen Valutaverhältnisse preisgegeben.

Diese Zusammenhänge begründen auch die Tatsache, daß die deutsche Volkswirtschaft an der in den sogenannten Siegerstaaten allgemein beobachteten Gesundung der Preisbewegung keinen Anteil hat: Die Preissenkung im Auslande wird durch das Steigen der ausländischen Wechselkurse mehr als ausgeglichen. Nach der vom Februar bis Juni erfolgten Senkung steigt der Preisspiegel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der Kohle und Metalle ununterbrochen und kommt im November mit einem 13,8fachen Teuerungsgrad (gegen 1913) dem Frühjahrsrekord wieder bedenklich nahe.

Der Preisabbau in den sogenannten Siegerstaaten ist das Zeichen der Gesundung. Ungesund ist jedoch der Preissturz, der durchaus krisenhaften Charakter hat und unter großen finanziellen Verheerungen über die erwartungsvollen Baumwoll- und Woll-, Rohgummi- und Kaffeemärkte hereingebrochen ist. Sind die Ursachen der Preisrevolution nach dem Waffenstillstande noch in der Weltkriegswirtschaft verankert, so ist die gegenwärtige Krisis darüber hinaus die Folge der politischen Umgestaltung Europas: Mittel- und Osteuropa stehen infolge ihrer zusammengebrochenen Währungen als weltwirtschaftliche Verbraucher abseits. Damit hat die wiederaufgenommene Rohstoff- und Warenerzeugung der mehr oder weniger intakten Volkswirtschaften nicht gerechnet. Ihr Absatz findet in der Aufnahmeunfähigkeit der valutaschwachen Länder eine unüberwindliche Schranke. Die Verneinung der weltwirtschaftlichen Solidarität der Volkswirtschaften, die in den Friedensbedingungen zum Ausdruck kommt, schlägt zurück zum Schaden der negierenden Staaten und reißt, fortzuegend das Böse gebärend, andere Volkswirtschaften mit in das Unheil.

An diesem Zustande wird die nahe Zukunft nicht viel ändern. Rußland bedarf erst des Friedens, um mit seinen Rohstoffen als Käufer hochqualifizierter Fertigwaren auf dem Weltmarkt auftreten zu können. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch den Schuldendienst und durch die immer wieder geforderten Wiedergutmachungen belastet. Damit wirken aber die krankheitsregenden Faktoren der Kriegswirtschaft weiter; denn die Wiedergutmachungsleistungen sind ökonomisch ebenso unproduktiver Konsum wie die Vernichtung, weil der auf die Wiedergutmachung gerichtete Produktionsaufwand einseitig durch bloße Abgabe an den Gegner, ohne volkswirtschaftliches Guthaben zu erwirken, verbraucht wird, also Produktion ohne Zielerreichung darstellt. Dr. Hermann Losch, Direktor im Württembergischen Statistischen Landesamt,¹⁾ schätzt die Naturalabgaben auf Grund des Friedensvertrages einschließlich der Unterhaltungskosten für die Besatzung im Westen auf 3 Milliarden \$ je in 1919 und 1920 und ferner den Aufwand für Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden auf 2 Milliarden \$ im Jahre. Dem steht nach seiner Berechnung ein Nationaleinkommen von etwa 12 Milliarden \$ gegenüber,

¹⁾ In seinem beachtenswerten Aufsatz über „Preisrevolution und Weltteuerung“ im „Gewerbeblatt aus Württemberg“, herausgegeben von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Stuttgart, 72. Jahrg., Nr. 49 und 50 vom 4. und 11. Dezember 1920, S. 208 und 211 ff.

was eine Vorbelastung des gesamten deutschen Nationaleinkommens von 5:12, also um etwas über 40 v. H. ergibt. Vor dieser Last muß die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere eine Entwicklung zum Preisabbau notwendig immer wieder Halt machen. In dieser Tatsache ist aber ein weiterer die Gesundung retardierender Faktor begründet, nämlich der zunehmende Abstand der durch den unproduktiven Konsum der Wiedergutmachungen dauernd gedrückten deutschen Valuta gegen die Währungen der schneller sich erholenden Volkswirtschaften. Demgegenüber kommt der entlastende Rohstoffbezug aus valutaschwachen Ländern gegen hochqualifizierte Fertigwaren für die nahe Zukunft nicht in Frage. Bleibt der deutschen Volkswirtschaft nur die gewaltige Aufgabe der Überkompensation, d. h. die deutsche Volkswirtschaft muß die durch den Schuldendienst und die Wiedergutmachung begründete Belastung durch wissenschaftliche Vertiefung der ökonomischen und sozialen, der technischen und naturwissenschaftlichen Probleme, sowie durch eine Verdichtung des gesamten volkswirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsprozesses mehr als ausgleichen. Nur wenn jeder einzelne, wenn alle Schichten, das gesamte Volk an dieser Aufgabe bewußt mitarbeiten, kann die deutsche Volkswirtschaft trotz ihrer ungeheuren Belastung schrittweise der Gesundung entgegengeführt werden.

P. Bramstedt.

Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung.

Die amtliche Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920 hat 11 697 gewerbliche Betriebe mit 1 559 954 Arbeitern und 262 521 Angestellten erfaßt. Mit Ausnahme des Bergbaus und der Landwirtschaft, die wegen stark abweichender Lohnverhältnisse vorerst nicht berücksichtigt werden konnten, erstreckte sich die Erhebung auf sämtliche Gewerbegruppen einschließlich des Handels und Verkehrs. Für jede Gewerbegruppe wurden Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe aus allen Gegenden Deutschlands einschließlich der besetzten Gebiete ausgewählt. Die Auswahl der Betriebe beruhte auf Vorschlägen der Reichsarbeitsgemeinschaften, zu denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer der einzelnen Gewerbegruppen zusammengeschlossen hatten. Innerhalb der erfaßten Betriebe wurden die Löhne und Gehälter durch besondere Fragekarten für jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten festgestellt. In Wah-

lung des paritätischen Grundsatzes der Erhebung wurde jede einzelne Fragekarte vom Arbeitgeber ausgefüllt und vom Arbeitnehmer unterschrieben. Diese völlig neue Grundlage der Erhebung hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen zu den Ergebnissen auf Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhöhen.

Für die Bearbeitung der Lohnstatistik hatte jede einzelne Reichsarbeitsgemeinschaft alle typischen Berufsarten genannt, deren Durchschnittslöhne nach ihrer genauen Sachkunde für eine Erkenntnis der tatsächlichen Lohnverhältnisse in der gesamten Gewerbegruppe ausreichten. Für diese typischen Berufsarten berechneten die statistischen Landesämter (für Thüringen das statistische Reichsamt) die durchschnittlichen Stundenlöhne und Verdienste während der vier Erhebungswochen (1. bis 28. Februar 1920) in jedem erfaßten

Betriebe. Das Statistische Reichsamt hat die Betriebsdurchschnitte unter Berücksichtigung der Arbeiterzahlen für das ganze Reichsgebiet zu Ortsdurchschnitten zusammengezogen. Die Ergebnisse sind bisher in Sonderabdrucken aus Band 293 der Statistik des Deutschen Reichs getrennt nach Erhebungsorten, nach Zeit- und Stücklohn sowie Alter und Geschlecht veröffentlicht worden. Der nachstehende Auszug für die Eisen- und Metallindustrie beschränkt sich auf die Durchschnittslöhne der männlichen erwachsenen Arbeiter (über 18 Jahre) der wichtigsten fünf typischen Berufsarten in den Hauptsitzen der Gewerbegruppe. Bei der Textilindustrie werden auch einige weibliche Berufsarten ebenfalls mit der Beschränkung auf Erwachsene über 18 Jahre berücksichtigt.

1. Eisen- und Metallindustrie.

Von der Eisen- und Metallindustrie hat die Februar-Erhebung 3185 Betriebe mit 783 940 Arbeitern und 127 475 Angestellten erfaßt. Der Sonderabdruck ist noch nicht erschienen, weil die Betriebskarten von einzelnen Landesämtern sehr spät abgeliefert wurden. Die nachstehende Übersicht für 23 Hauptsitze der Gewerbegruppe dürfte daher besonders wertvoll sein. Sie umfaßt 101 847 Arbeiterfragekarten, darunter 50 320

= 49,4 v. H. Zeitlöhner und 51 527 = 50,6 v. H. Stücklöhner. Der Stücklohn hat demnach in den 23 Städten ein leichtes Übergewicht, was freilich ausschließlich auf die Bohrer und Dreher zurückzuführen ist: von den erfaßten 7754 Bohrern arbeiteten 5466 = 70 v. H. und von den 22 880 Drehern 15 476 = 67 v. H. im Stücklohn. Bei den drei sonstigen typischen Berufsarten der Übersicht herrscht dagegen der Zeitlohn vor und zwar am ausgeprägtesten bei den Monteuren (6521 von insgesamt 9946) und den Werkzeugmachern (4983 von insgesamt 6143), während bei den Schlossern, die einen starken Einschlag handwerksmäßig gelernter Kräfte haben, die beiden Lohnformen sich schon mehr die Wage halten (29 124 Zeitlöhner und 26 000 Stücklöhner).

Die Schwankungen der Durchschnittslöhne gibt die nachstehende Übersicht unter Hervorhebung der niedrigsten und höchsten Löhne an.

Mit auffallender Regelmäßigkeit fällt der niedrigste durchschnittliche Stundenlohn und Verdienst während vier Wochen im Zeit- und Stücklohn durchweg nach Königsberg i. Pr. und der höchste mit Ausnahme der Monteure im Zeitlohn nach Mannheim. Man wird also zunächst mit der landläufigen Vorstellung brechen müssen, daß die höchsten Löhne in den

Durchschnittslöhne in der Eisen- und Metallindustrie.

Orte (nach der Zahl der Einwohner geordnet)	Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im					
	Zellf. Pf.	Stekl. Pf.	Zellf. M.	Stekl. M.	Zellf. Pf.	Stekl. Pf.	Zellf. M.	Stekl. M.	Zellf. Pf.	Stekl. Pf.	Zellf. M.	Stekl. M.	Zellf. Pf.	Stekl. Pf.	Zellf. M.	Stekl. M.				
	Bohrer		Dreher		Monteure		Schlosser		Werkzeugmacher											
1. Berlin	345	381	627	696	379	389	697	703	347	397	658	722	361	402	675	733	381	396	694	723
2. Hamburg	327	350	589	653	339	402	633	746	348	370	669	707	337	373	652	709	349	374	654	729
3. Köln	382	414	718	774	384	429	717	808	389	418	769	762	385	424	731	792	405	456	766	856
4. München	326	405	568	713	357	419	612	718	378	428	704	728	363	441	634	755	372	412	665	703
5. Leipzig	283	350	492	617	300	370	527	647	318	389	585	702	302	358	531	630	298	315	520	553
6. Dresden	329	402	564	707	349	438	611	762	385	431	705	790	366	418	648	730	406	451	696	821
7. Breslau	276	324	521	611	268	330	503	623	283	374	580	687	269	349	519	649	292	324	582	606
8. Essen	376	422	710	796	374	415	701	783	404	440	776	845	378	414	717	779	393	428	738	809
9. Frankfurt a. M.	353	373	631	644	325	404	596	685	357	414	653	660	364	416	648	725	367	441	592	759
10. Düsseldorf	394	433	736	821	411	444	767	821	418	449	836	893	408	469	766	874	437	473	815	889
11. Nürnberg	354	423	636	735	387	450	675	762	403	434	772	805	391	450	666	770	386	445	695	776
12. Hannover	316	365	588	664	350	394	644	723	336	355	631	657	317	389	588	710	338	376	618	693
13. Stuttgart	348	412	615	728	385	426	681	752	382	425	696	761	399	417	704	743	400	407	712	723
14. Chemnitz	338	440	595	755	339	448	582	779	378	485	682	860	331	452	580	789	373	455	643	797
15. Dortmund	356	410	666	761	345	414	668	775	416	402	869	829	362	407	698	794	379	416	723	797
16. Magdeburg	271	309	510	583	291	334	551	630	304	317	580	587	294	331	545	622	305	332	577	611
17. Königsberg	206	264	458	504	242	257	482	466	237	279	475	564	226	279	445	519	239	257	374	490
18. Bremen	313	342	633	623	324	338	568	606	329	332	606	606	320	335	579	606	310	380	570	706
19. Duisburg	414	435	772	829	425	460	802	864	421	423	853	751	424	397	818	728	371	412	737	790
20. Stettin	316	354	603	684	316	396	585	743	319	361	607	676	337	373	642	699	424	351	782	672
21. Mannheim	453	518	857	980	468	541	873	988	391	553	801	1043	450	538	847	1007	494	555	926	1047
22. Kiel	344	361	632	683	350	378	643	700	351	367	652	661	352	371	651	698	355	373	665	691
23. Remscheid	339	409	640	779	342	434	638	809	364	450	713	851	372	485	712	898	376	487	715	897

volkreichsten Städten gezahlt werden. Wie die Übersicht zeigt, steht Mannheim mit seinen 229 576 Einwohnern unter den deutschen Großstädten erst an 21. Stelle, und Königsberg kommt mit seinen 260 895 Einwohnern noch vor Mannheim an 17. Stelle. Entscheidend für die Lohnhöhe ist demnach nicht die Einwohnerzahl, sondern hauptsächlich die Stärke und Mannigfaltigkeit des gewerblichen Lebens einer Stadt und ihre Entfernung von den Hauptüberschußgebieten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Diese Gesichtspunkte erklären zum Teil die starken Schwankungen der Löhne. Die zahlreichen Tarifabschlüsse haben also nicht zu dem vielfach erwarteten Ausgleich der Löhne geführt. Die durchschnittlichen Stundenlöhne, die hier durchweg alle laufenden Teuerungszulagen mit enthalten, schwanken

bei den	im Zeitlohn	im Stücklohn
Bohrern	von 206—453 Pf.	von 264—518 Pf.
Drehern	" 242—468 "	" 257—541 "
Monteuren	" 237—421 "	" 279—553 "
Schlossern	" 226—450 "	" 279—538 "
Werkzeugmachern	" 239—494 "	" 257—555 "

Allein in den 23 ausgewählten Städten ist der durchschnittliche Stundenlohn in der Obergrenze fast durchweg mehr als doppelt so hoch wie in der Untergrenze.

Dasselbe gilt von den durchschnittlichen Verdiensten während der vier Erhebungswochen. Diese Spalten sind eine notwendige Ergänzung des Stundenlohns; sie geben erst eine Vorstellung von den tatsächlichen Arbeitsverdiensten, die von der Arbeitszeit einschließlich der Überstunden mindestens ebenso sehr abhängen wie vom Lohnsatz für die übliche Arbeitsstunde. Ein lehrreiches Beispiel dafür bietet der durchschnittliche Stücklohnverdienst der Dreher in Königsberg, der während der vier Erhebungswochen um 16 M. hinter dem Zeitlohnverdienst am gleichen Orte zurückbleibt, obgleich die Dreher im Stücklohn in Königsberg durchschnittlich in einer Stunde 15 Pf. mehr verdienen als ihre Kollegen im Zeitlohn. Im einzelnen schwanken die Durchschnittsverdienste während vier Wochen

bei den	im Zeitlohn	im Stücklohn
Bohrern . . .	von 458—857 M.	von 504— 980 M.
Drehern . . .	" 482—873 "	" 466— 988 "
Monteuren . . .	" 475—869 "	" 564—1043 "
Schlossern . . .	" 445—847 "	" 519—1007 "
Werkzeugmachern	" 374—926 "	" 490—1047 "

Der Stücklohnverdienst ist fast durchweg höher als der Zeitlohnverdienst, und zwar sowohl je Stunde als auch während vier Wochen. Auch dieses wichtige Ergebnis kann ohne weiteres aus der Übersicht abgelesen werden. In Mannheim (Höchstgrenze) übersteigt der durchschnittliche Stücklohnverdienst während vier

Wochen bei den Monteuren, Schlossern und Werkzeugmachern den Betrag von 1000 M., während er bei den Bohrern und Drehern nahe an 1000 M. heranreicht. Im Zeitlohn schwankt der Verdienst während vier Wochen bei den hier in Betracht kommenden fünf typischen Berufsarten in Mannheim zwischen 801 und 926 M.

Die amtliche Teuerungszahl für den Monat Februar, die zwar die Kosten der Bekleidung nicht einschließt, aber für eine Familie von fünf Köpfen berechnet ist, beträgt in Mannheim 580 M. Im Verhältnis zur Teuerungszahl erscheinen die genannten Durchschnittsverdienste in Mannheim, die sich auf alle erwachsenen männlichen Arbeiter über 18 Jahre, also auch die Ledigen und die Verheirateten mit einer Familie unter fünf Köpfen beziehen, mehr als ausreichend. Durchweg über der Teuerungszahl liegen die Durchschnittsverdienste der fünf Berufsarten neben Mannheim in Köln, Düsseldorf, Remscheid, München, Nürnberg, Stuttgart und Berlin (hier bis auf die Bohrer im Zeitlohn). Weit ungünstiger liegen die Verhältnisse in Königsberg (Untergrenze). Hier ist die Februar-Teuerungszahl (558 M.) nur von den Monteuren im Stücklohn etwas überschritten worden, bei allen sonstigen Berufsarten, besonders den Werkzeugmachern, bleiben die Durchschnittsverdienste im Zeit- und Stücklohn zum Teil erheblich hinter der Teuerungszahl zurück. Durchweg unter der Teuerungszahl liegen die Durchschnittsverdienste in Hamburg und Bremen (bis auf die Werkzeugmacher im Stücklohn) und Frankfurt a. M. Diese Feststellungen sind nicht geeignet, irgendwelche Lohnforderungen zu begründen: für solche ins einzelne gehenden praktischen Zwecke sind die Erhebungsgrundlagen noch zu unsicher und die Vergleichsmöglichkeiten zwischen Arbeitsverdiensten und Teuerungszahlen viel zu beschränkt. Im allgemeinen scheinen die Verdienste in der Eisen- und Metallindustrie ausreichend zu sein, besonders in Süddeutschland und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, während Norddeutschland und die Hansastädte weniger günstige Verhältnisse aufweisen.

2. Textilindustrie.

Von der Textilindustrie hat die Februar-Erhebung 1327 Betriebe mit 222 820 Arbeitern und 20 555 Angestellten erfaßt. Für fünf typische Berufsarten wird nachstehend ein ebenfalls noch nicht veröffentlichter Auszug geboten, und zwar hier für die Erwachsenen beiderlei Geschlechts. Die Übersicht beruht auf 16 144 Arbeiterfragekarten, davon sind 6758 = 42 v. H. für

Durchschnittslöhne in der Textilindustrie.

Orte (nach der Zahl der Einwohner geordnet)	Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im		Durchschnittlicher Stundenlohn im		Durchschnittlicher Verdienst während 4 Wochen im					
	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.	Zeitl.	Stekl.				
	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.				
	Appreturarbeiter		Krempeler				Scherer				Spinner				Weber					
1. Berlin . . .	mnl. 363	383	655	654	361	—	661	—	340	420	653	773	391	—	706	—	387	439	608	786
	wbl. 233	259	416	404	249	—	448	—	215	—	374	—	249	—	448	—	222	295	321	521
2. Leipzig . . .	mnl. 284	—	523	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350	345	583	605	375	273	614	480
	wbl. 180	216	306	373	183	—	318	—	—	—	—	—	186	215	322	368	—	224	—	338
3. Breslau . . .	mnl. 258	—	630	—	231	—	427	—	—	—	—	—	240	—	452	—	250	—	460	—
	wbl. 176	166	302	193	175	198	309	352	—	—	—	—	173	198	311	354	—	—	—	—
4. Hannover . . .	mnl. 400	—	457	—	244	310	421	584	200	—	368	—	—	—	—	—	200	—	381	—
	wbl. —	—	—	—	150	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	170	—	267	—
5. Stuttgart . . .	mnl. 363	—	659	—	—	—	—	—	377	—	672	—	—	—	—	—	317	414	534	719
	wbl. 222	231	390	392	—	—	—	—	200	—	345	—	—	—	—	—	222	264	357	441
6. Chemnitz . . .	mnl. 285	—	498	—	—	—	—	—	274	316	464	510	353	355	610	588	309	381	526	664
	wbl. 182	203	327	346	185	—	294	—	213	217	377	357	176	213	297	358	216	236	331	389
7. Bremen . . .	mnl. 222	267	390	465	—	—	—	—	—	—	—	—	223	—	429	—	198	—	343	—
	wbl. 134	—	256	—	—	—	—	—	—	—	—	—	136	145	229	253	138	134	241	227
8. Mannheim . . .	mnl. —	355	—	644	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	wbl. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222	254	393	459	196	246	335	441
9. Elberfeld . . .	mnl. 313	385	667	708	—	—	—	—	277	—	479	—	—	—	—	—	276	514	507	944
	wbl. 201	233	385	389	—	—	—	—	200	235	362	422	202	—	375	—	—	230	—	412
10. Barmen . . .	mnl. 318	374	586	688	321	—	588	—	292	312	549	562	—	—	—	—	338	433	596	799
	wbl. 190	246	339	452	—	—	—	—	202	247	363	444	205	—	368	—	210	241	347	430
11. Augsburg . . .	mnl. 291	—	504	—	—	—	—	—	313	—	502	—	323	335	566	599	331	370	555	624
	wbl. 220	261	392	455	236	—	388	—	247	260	332	433	240	259	400	420	260	310	425	535
12. Plauen . . .	mnl. 263	369	465	667	—	—	—	—	337	—	608	—	—	—	—	—	351	357	458	608
	wbl. 225	302	351	512	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319	—	—
13. Hof . . .	mnl. 284	—	439	—	259	—	347	—	—	—	—	—	306	—	568	—	303	312	555	534
	wbl. 221	—	394	—	210	—	293	—	224	—	389	—	215	—	393	—	229	292	421	445
14. Guben . . .	mnl. 290	—	523	—	297	—	526	—	—	359	—	661	312	215	574	360	305	334	539	605
	wbl. 233	—	415	—	253	269	438	453	270	174	492	296	197	—	362	—	210	325	337	561
15. Forst . . .	mnl. 302	319	524	542	316	337	567	621	343	447	586	745	354	380	633	662	333	382	547	635
	wbl. 242	259	404	420	257	289	454	463	256	363	421	613	200	—	240	—	300	352	544	585
16. Crimmitschau . . .	mnl. 262	—	461	—	257	—	447	—	—	—	—	—	326	—	595	—	294	313	486	549
	wbl. 195	200	341	353	218	—	372	—	213	—	373	—	—	—	—	—	271	293	461	514
17. Meerane . . .	mnl. 270	328	401	524	—	—	—	—	261	302	459	529	—	—	—	—	281	284	467	485
	wbl. 242	—	352	—	—	—	—	—	233	250	400	416	—	—	—	—	267	273	422	451
18. Göppingen . . .	mnl. 324	—	606	—	—	—	—	—	—	—	—	—	332	—	611	—	311	353	554	643
	wbl. 204	—	295	—	—	—	—	—	221	276	396	503	209	—	351	—	204	263	351	468
19. Langenbielau . . .	mnl. 208	—	386	—	196	—	372	—	—	—	—	—	245	303	451	558	207	260	379	471
	wbl. 167	207	296	369	181	200	321	360	216	220	331	396	192	206	350	367	—	226	—	405

männliche und 10 386 = 58 v. H. für weibliche Arbeitskräfte ausgestellt. Von den Männern arbeiteten 3295 = 57 v. H. und von den Frauen 5480 = 53 v. H. im Stücklohn. Demnach scheint in der Textilindustrie die weibliche Stücklohnarbeit vorzuherrschen. Das gilt in vollem Maße von der Weberei: in den 19 aufgeführten Städten wurden 3685 = 40 v. H. Weber und 5599 = 60 v. H. Weberinnen erfaßt; rund drei Viertel dieser Arbeitskräfte, darunter 4207 Frauen waren im Stücklohn beschäftigt. In der Spinnerei liegen die Verhältnisse schon anders: hier herrscht zwar auch die Frauenarbeit vor (von 2278 erfaßten Arbeitskräften sind 1726 = 76 v. H. weiblich), doch arbeiteten 1230 Spinnerinnen = 71 v. H. im Zeitlohn, während bei den Männern auch hier der Stücklohn überwiegt (309 = 56 v. H.).

Ogleich in der vorstehenden Übersicht neben den wichtigsten Großstädten, in denen die Textilindustrie zu Hause ist, mehr kleine Orte berücksichtigt sind, als bei der Eisen- und Metallindustrie, bewegen sich die Lohnschwankungen wohl unter der ausgleichenden Wirkung der Frauenarbeit in engeren Grenzen als bei der genannten Gewerbegruppe. So schwankt z. B. im Zeitlohn der durchschnittliche Stundenlohn (Verdienst während vier Wochen) der Spinner von 223 Pf. (429 M.) in Bremen bis 391 Pf. (706 M.) in Berlin und der Spinnerinnen von 136 Pf. (229 M.) bis 249 Pf. (448 M.) in den gleichen Städten. Die Durchschnittslöhne der Spinnerinnen sind demnach um 87 bis 142 Pf. je Stunde (200 bis 258 M. je vier Wochen) geringer als die Durchschnittslöhne der Spinner.

Bei den Webern fällt die Untergrenze des Stundenlohnes (Verdienstes während 4 Wochen) mit 198 Pf. (343 M.) ebenfalls nach Bremen und die Obergrenze des Stundenlohns mit 387 Pf. nach Berlin und des durchschnittlichen Verdienstes während vier Wochen mit 614 M. nach Leipzig. Hier liegt wieder ein Beweis dafür vor, daß der höchste Stundenlohn keineswegs immer den höchsten Arbeitsverdienst bedingt: der Stundenlohn der Weber ist in Berlin um 12 Pf. höher als in Leipzig, trotzdem bleibt ihr durchschnittlicher Verdienst während der Erhebungszeit hinter demjenigen der Leipziger Kollegen um 6 M. zurück, weil diese im Februar 1920 durchschnittlich 7 Stunden länger arbeiten konnten. Das läßt sich aus der Übersicht 2 ohne weiteres errechnen: man braucht bloß die Verdienste durch die Stundenlöhne zu teilen und die ermittelten Arbeitszeiten miteinander zu vergleichen. Bei den Weberinnen schwankt der durchschnittliche Stundenlohn (Verdienst während vier Wochen) zwischen 138 Pf. (241 M.) in Bremen und 300 Pf. (544 M.) in Forst. Die Durchschnittslöhne der Weberinnen bleiben demnach in der Untergrenze um 60 Pf. (102 M.) und in der Obergrenze um 87 Pf. (70 M.) hinter den Durchschnittslöhnen der Weber zurück. Der auffallend geringe Unterschied in der Obergrenze des durchschnittlichen Verdienstes während vier Wochen (nur 70 M.) erklärt sich daraus, daß die Weberinnen in Forst während der Erhebungszeit durchschnittlich 17 Stunden länger arbeiten konnten als die Weber in Leipzig.

Im Stücklohn schwankt der durchschnittliche Stundenlohn (Verdienst während vier Wochen) bei den Spinnern von 215 Pf. (360 M.) in Guben bis 380 Pf. (662 M.) in Forst. Bei den Spinnerinnen liegt die Untergrenze mit 145 Pf. (253 M.) wie beim Zeitlohn in Bremen, die Obergrenze des durchschnittlichen Stundenlohnes (259 Pf.) in Augsburg und des durchschnittlichen Verdienstes während vier Wochen (459 M.) in Mannheim. Gegenüber den Durchschnittslöhnen der männlichen Arbeiter ist der durchschnittliche Stundenlohn der Spinnerinnen um 70 bis 121 Pf. und der durchschnittliche Ver-

dienst während vier Wochen um 107 bis 203 M. geringer. Bei den Webern schwankt der durchschnittliche Stundenlohn (Verdienst während vier Wochen) von 260 Pf. (471 M.) in Langenbielau bis 514 Pf. (944 M.) in Elberfeld, bei den Weberinnen von 134 Pf. (227 M.) in Bremen bis 352 Pf. (585 M.) in Forst. Der Minderverdienst gegenüber den Webern beträgt also durchschnittlich 126 bis 162 Pf. je Stunde und 244 bis 359 M. je vier Wochen. Die Unterschiede zwischen den Männer- und Frauenlöhnen sind demnach im Stücklohn erheblich größer als im Zeitlohn. Der durchschnittliche Stücklohnverdienst der männlichen Weber in Elberfeld (944 M.) ist freilich der höchste, der in der ganzen Übersicht überhaupt vorkommt. Er bezieht sich auf eine verhältnismäßig kleine Zahl besonders günstig gestellter Arbeiter, während das Weben auch in Elberfeld hauptsächlich von Frauen im Stücklohn verrichtet wird. Wegen der Lohnschwankungen bei den Appreturarbeitern, Kremplern und Scherern muß auf die Tabelle verwiesen werden.

Sucht man über die Lohnschwankungen hinaus nach Anhaltspunkten für die verschiedene Kaufkraft der Löhne, so läßt sich auch hier unter den schon genannten Einschränkungen ein Vergleich mit den amtlichen Februar-Teuerungszahlen ziehen. Die Durchschnittsverdienste der männlichen erwachsenen Arbeiter während der Erhebungszeit liegen durchweg über der Teuerungszahl in Berlin, Forst, Augsburg, Göppingen und Stuttgart (hier außer den Webern im Zeitlohn), durchweg unter der Teuerungszahl dagegen in Bremen, Hannover, Crammischau, Meerane, Langenbielau und — bis auf die Weber im Stücklohn — auch in Chemnitz, Elberfeld und Barmen. Im ganzen genommen geben die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie ein weit ungünstigeres Bild als in der Eisen- und Metallindustrie, was hauptsächlich auf den starken Rohstoffmangel und die damit verbundene Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie zurückzuführen sein dürfte.

A. Agthe.

Arbeitsleistungen und Löhne im französischen Bergbau.

Das Bulletin du Ministère du Travail bringt in seiner Nummer vom Mai/Juli 1920 einen kurzgefaßten Bericht über den französischen Bergbau im Jahre 1919, aus dem im folgenden einige auch für die deutsche Öffentlichkeit wichtige Zahlen entnommen

werden, die aber, wie ausdrücklich bemerkt wird, nur als vorläufige angesehen werden dürfen.

Mit Ausnahme des Departement Pas-de-Calais war die Förderung 1919 überall in vollem Gange; selbst das im Kriege arg verwüstete Departement Nord konnte im Januar 1920 122 000 t fördern, im August bereits 248 000 t; im Pas-de-Calais wurden

nach Pressenachrichten im August 748 000 t gefördert.

Die Belegschaftsziffern haben sich im Jahre 1919 folgendermaßen entwickelt:
Stand am 31. 12. 18: 207 000 Arbeiter

„ „ 1. 7. 19: 163 000 „
„ „ 31. 12. 19: 188 000 „ einschl. Lothring.

Der Rückgang rührt von dem Ausfall der Kriegsgefangenen her, die in Ausführung des Friedensvertrages in ihre Heimat zurückgesandt werden mußten.

Die Förderung belief sich im Jahre 1918 auf 26 311 000 t, 1919 auf 22 341 864 t, einschließlich 2 375 000 t in Lothringen.

Für 1913 und 1919 wird ein Vergleich der täglichen Förderung auf den Kopf eines Häuers, eines Untertage-Arbeiters und eines Arbeiters überhaupt gegeben; die tägliche Förderung betrug in Kilogramm auf den Kopf

	eines Häuers	Untertage-Arbeiters	Arbeiters überhaupt
1913:	3074	978	695 ¹⁾
Sept.-Dez. 1919:	2617	740	448
Abnahme in %	15	25	35

Setzt man die Löhne von 1914 gleich 100, so sind sie in folgender Weise gestiegen:

Bei den Häuern auf 282, bei den Untertage-Arbeitern auf 292, bei den Übertage-Arbeitern auf 350. Es hat also auch in Frankreich eine Angleichung der Löhne der ungelerten Arbeiter an die Löhne der Bergarbeiter im engeren Sinne stattgefunden.

¹⁾ Im Original im Text 668 kg; die richtige Zahl 695 kg ergibt sich aus der Übersicht auf S. 217 a. a. O.

Einen Vergleich der Löhne und der durchschnittlichen Förderung (beide auf einen Tag berechnet) gibt die nachstehende Übersicht, der in der letzten Spalte die durchschnittlichen Arbeitskosten für eine Tonne beigefügt sind:

	Durchschnittl. Tagelohn		durchschnittliche tägl. Förderung		Arbeitskosten für 1 Tonne
	Untertage-Arbeiter	Arbeiter überhaupt	Untertage-Arbeiter	Arbeiter überhaupt	
	Fr.	Fr.	kg	kg	Fr.
1900	5,11	4,66	1 009	721	6,46
1910	5,50	5,01	944	672	7,46
1913	5,96	5,40	978	695	7,77
1914	5,88	4,94	975	668	8,10
1915	5,64	4,78	856	626	8,10
1916	6,35	5,49	916	610	8,10
1917	7,83	6,92	870	634	8,10
1918	11,15	10,12	827	564	8,10
1919	15,21	13,44	740	448	8,10

Diese Löhne, die für ganz Frankreich zusammen gegeben sind, werden weiterhin, allerdings nur für die Arbeiter insgesamt, nach Bezirken gegliedert und ebenfalls der Förderung gegenübergestellt:

	Nordbecken		Kanalbecken		Loirebecken	
	Lohn	Förderung	Lohn	Förderung	Lohn	Förderung
	Fr.	kg	Fr.	kg	Fr.	kg
1913	6,20	975	4,13	730	4,06	612
1914	6,34	1022	5,59	796	4,85	687
1918	13,17	774	11,77	602	10,27	596
1919	16,77	788	15,03	582	14,12	545

Sämtliche Angaben verstehen sich auch hier für einen Arbeitstag.

GELD / UND FINANZWESEN

Der Finanzbedarf des Reichs

nach dem Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920.

I. Allgemeiner Überblick.

Der Verlust des Krieges mit seinen schweren Folgen, der politischen und wirtschaftlichen Umwälzung sowie der bedingungslosen Unterjochung unter den Sieger spiegelt sich auch im Reichshaushalt wieder, der sich gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark verändert hat.

Im Haushalt der Betriebsverwaltungen erscheinen vor allem die auf das Reich übergegangenen Eisenbahnen der Länder, während die elsass-lothringischen und Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen ausgeschieden sind; die Reichspostverwaltung hat das Postwesen von Bayern und Württemberg übernommen. Das Beamtenheer der Betriebsverwaltungen hat bekanntlich eine starke Zunahme erfahren, die sachlichen Ausgaben sind infolge der beispiellosen Vertuierung aller Materialien außerordentlich gestiegen. Die ordentlichen Ausgaben der Betriebsverwaltungen sind auf 36,4 Milliarden, die Ein-

nahmen nur auf 19,2 Milliarden Mark veranschlagt, so daß sich ein Fehlbetrag von etwa 17 Milliarden ergibt. Davon entfallen in Millionen Mark auf den Haushalt der

	Ein-nahmen	Aus-gaben	— Mehrausgaben + Mehreinnahmen
Reichseisenbahnen	14 963,5	29 363,0	— 14 399,5
Reichspost	4 075,1	6 891,1	— 2 816,0
Reichsdruckerei	164,2	161,2	+ 3,0

Im Jahre 1913 hatte die Reichspost allein bei 833,3 Mill. Mark Einnahmen und 713,5 Mill. Mark Ausgaben fast 120 Mill. Mark Reinertrag.

Abgesehen von den Betriebsverwaltungen zeigt der Reichshaushalt trotz Verkleinerung des Reichsgebiets eine erhebliche Vermehrung der Behörden und Beamtenschaft und infolge der Geldentwertung eine noch unvergleichlich stärkere Vermehrung der Ausgaben. Die einschneidendste Veränderung im Haushalt wurde dadurch ver-

ursacht, daß die Finanzhoheit von den Ländern auf das Reich übergegangen ist und als notwendige Folgerung die Einziehung der Zölle und Steuern nunmehr Reichsbeamten übertragen wurde. Es wurde ein Reichsministerium der Finanzen gebildet; ihm unterstehen die für die einzelnen Länder ins Leben gerufenen Landesfinanzämter. Die Geschäftsbereiche der Reichsministerien sind auch im übrigen teils verändert, teils erweitert worden. Immerhin gibt die folgende Übersicht über die tatsächlichen Ausgaben des ordentlichen Haushalts im Jahre 1913 und die für 1920 veranschlagten Ausgaben ein ungefähres Bild von ihrer außerordentlichen Vermehrung.

Ausgaben des ordentlichen Haushalts.

1913		1920	
(Tatsächliche Ausgaben)		(Veranschlagte Ausgaben)	
1000 Mark		1000 Mark	
Reichstag	2 309,1	Reichspräsident	1 244,4
Reichskanzler und Reichskanzlei	314,1	Reichstag	7 428,7
Auswärtiges Amt	19 304,9	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	2 211,5
Reichsamt des Innern	96 805,4	Reichsministerium des Auswärtigen	295 195,9
Verwaltung des Reichsheeres	747 047,1	Reichsministerium des Innern	1 432 826,3
der Kaiserl. Marine	204 426,3	Reichswirtschaftsministerium	40 637,7
Reichsmilitärgericht	523,0	Reichsarbeitsministerium	1 599 084,1
Reichsjustizverwaltung	2 916,2	Reichsministerium f. Ernährung u. Landwirtschaft	14 072,3
Reichseisenbahnamt	466,8	Reichswehrministerium	3 025 251,7
Reichsschatzamt	43 149,8	Reichsmilitärgericht	1 430,6
Allgem. Pensionsfonds	146 336,9	Reichsjustizministerium	34 384,2
Rechnungshof	1 301,5	Reichsverkehrsministerium	39 281,9
Reichsschuld	239 391,3	Reichsschatzministerium	199 003,9
Allgem. Finanzverw.	107 473,4	Reichsfinanzministerium	1 322 077,4
		Allgem. Pensionsfonds	3 967 543,2
		Rechnungshof	4 625,7
		Reichsschuld	12 693 316,5
		Allgem. Finanzverw.	10 569 223,5
		Reichsministerium f. Wiederaufbau	94 807,5
Zusammen	1 611 764,8	Zusammen	35 343 647,0
Reichskolonialamt	2 878,8	Einmalige Ausgaben	4 547 915,7
Zusammen	1 614 643,6	Zusammen	39 891 562,7
Einmalige Ausgaben	936 511,7		
Zusammen	2 551 155,3		

Demnach sind die fortdauernden Ausgaben des Auswärtigen Amtes um das 15fache gestiegen, die dem Reichsministerium des Innern, Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übertragenen Aufgaben erfordern den 32fachen, ohne die Ausgaben für die Polizeitruppe den 19fachen Betrag, den das frühere Reichsamt des Innern für seine wesentlich einfacheren Aufgaben aufzuwenden hatte; die Ausgaben für Heer und Flotte sind trotz nahezu völliger Auflösung unserer Heeresmacht und Flotte um das 3fache, die Ausgaben der Reichsjustizverwaltung um das 12fache gewachsen. Die Ausgaben auf den All-

gemeinen Pensionsfonds sind naturgemäß infolge der außerordentlich hohen Zahl der Kriegsinvaliden und unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen ganz besonders stark angeschwollen, nämlich um das 27fache. Sie werden aber noch weit durch die Ausgaben für die Reichsschuld übertroffen, die sich um das 53fache erhöht haben.

Zu den ordentlichen Ausgaben treten noch außerordentliche Ausgaben hinzu, und zwar in einer Höhe von insgesamt 52,6 Milliarden Mark; davon sind 51,3 Milliarden planmäßig überhaupt nicht gedeckt und müssen durch Schuldenvermehrung aufgebracht werden. Von den außerordentlichen Ausgaben entfällt der größte Teil auf solche zur Ausführung des Friedensvertrages (41,44 Milliarden Mark, davon 15 Milliarden zur Unterhaltung der Besatzungstruppen im Rheinland); ferner sind daran u. a. das Reichsarbeitsministerium mit 2,29 Milliarden M., das Reichswehrministerium " 1,72 " " das Reichsschatzministerium " 0,45 " " die Reichsschuld " 1,07 " " das Reichsmin. für Wiederaufbau " 0,93 " " die Allgem. Finanzverwaltung " 4,14 " " beteiligt.

Die zur Deckung der ordentlichen Ausgaben des Reichs bestimmten Einnahmen aus Steuern und Zöllen sind in der Übersicht auf Seite 36, deren regelmäßige Wiederholung in Aussicht genommen ist, zusammengestellt.

Unter den sonstigen Einnahmen der Allgemeinen Finanzverwaltung sind die wichtigsten Posten: 1100 Mill. M. Überschuß der Darlehnskassen und 350 Mill. M. Anteil am Reingewinn der Reichsbank.

Insgesamt sind die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung mit 39 183 Mill. M. veranschlagt. Dieser Summe gegenüber treten die Einnahmen der übrigen Ressorts in den Hintergrund, abgesehen von den im außerordentlichen Haushalt auf den Abschnitt „Reichsschuld“ verbuchten, oben bereits erwähnten 51,3 Milliarden Mark, die zum größten Teil für die Ausführung des Friedensvertrages bestimmt sind. Den bedeutendsten Einnahmeposten im ordentlichen Haushalt hat das Reichswirtschaftsministerium zu verzeichnen, nämlich 394 Mill. M. Davon entfallen 392,6 Mill. M. auf Ausfuhrabgaben auf Kohlen (350 Mill.), Salz (14 Mill.) und Holz (28,6 Mill.). Die Kohlenausfuhrgebühren erhebt das Reichskommissariat für die Kohlenverteilung; die Abgaben auf Salz und Holz zahlen die Interessentenverbände; Salzausfuhr G. m. b. H. und Zentralstelle für die Ausfuhrbewilligungen in der Holzindustrie. Ferner ist beim Reichsministerium des Auswärtigen ein Einnahmeposten von 100 Mill. M. für Gebühren

Einnahmen des Reichs

an Steuern, Zöllen, Ausfuhrabgaben und aus der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung bis Ende November 1920.

Bezeichnung der Einnahmen	Es sind aufgekommen			Im Entwurfe des Reichshaushaltsplans waren für 1920 veranschlagt
	im Monat November 1920	im Monat Oktober 1920	vom 1. April bis Ende November 1920	
	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.
A. Steuern und Zölle insges. . .	4 120,5	3 038,2	16 930,0	36 967
1. Direkte und Verkehrssteuern . . .	3 157,1	2 226,6	10 797,9	27 820
darunter:				
Einkommensteuer	1 400,4	1 082,4	4 254,1	12 000
Körperschaftsteuer	2,4	0,3	2,8	900
Kapitalertragst.	41,2	49,9	180,2	1 300
Reichsnotopfer	573,5	289,7	1 355,1	3 500
Besitzsteuer	0,6	0,3	5,4	100
Erbschaftsst.	21,8	19,2	107,6	600
Umsatzsteuer	170,8	121,8	836,5	3 650
Reichsstempelabgaben	177,3	152,6	960,7	410
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	318,0	149,6	619,2	4 500
2. Zölle und Verbrauchssteuern	963,4	811,6	6 132,1	9 147
darunter:				
Zölle u. Aufgeld	209,5	177,3	1 225,9	2 500
Kohlensteuer	422,1	352,1	2 908,8	4 500
Tabaksteuer	201,9	169,3	954,8	1 000
Zigarettenst.	3,8	1,6	150,2	
Biersteuer	13,3	13,4	89,9	130
Weinstener	64,8	51,8	381,7	250
Zuckersteuer	10,8	11,2	85,6	160
Zündwarenst.	3,7	4,2	44,4	50
B. Ausfuhrabgaben	313,6	172,7	1 467,8	1 093
C. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	363,5	509,5	2 600,9	4 075
D. Reichs-Eisenbahnverwaltung	1 332,9	1 400,3	10 591,4	14 963
Summe A—D	6 130,5	5 120,7	31 590,1	57 098

Stand der schwebenden Schuld in Millionen Mark.

Art der Schulden	31. 12. 20	20. 12. 20	10. 12. 20	30. 11. 20
a) DiskontierteSchatzanweisungen und Schatzwechsel	152 727,2	150 401,2	148 070,3	147 455,3
b) weit. Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen u. Schatzwechseln	9 206,1	.	.	10 221,8
c) Sicherheitsleistung. m. Schatzanweisungen und Schatzwechseln	7 710,5	.	.	8 241,1
Zusammen	169 643,8	.	.	165 918,2

bei den Gesandtschaften und Konsulaten eingesetzt.

Die außerordentliche Vermehrung des Finanzbedarfs des Reichs zeigt eine Gegenüberstellung der Jahre 1919 und 1920. Es betragen in Millionen Mark die

	1919	1920	Mehrausgaben
Ausgaben des ordentlichen Haushalts ohne Betriebsverwaltungen . . .	15 809,5	39 891,6	24 082,1
Ausgaben des außerordentl. Haushalts ohne Betriebsverwaltungen . . .	47 074,2	52 579,3	5 505,1
<i>Davon zur Ausführung des Friedensvertrages</i>	<i>18 089,7</i>	<i>41 440,7</i>	<i>23 350,7</i>
Summe der Ausgaben ohne Betriebsverwaltungen . . .	62 883,7	92 470,9	29 587,2

Nehmen wir zu den Ausgaben ohne Betriebsverwaltungen die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen hinzu, so erhalten wir von 1919 bis 1920 eine Vermehrung der Ausgaben des Reichs von 62,9 auf 109,7 Milliarden Mark oder 74,4 v. H. Die Einnahmen (ausgenommen aus Schuldannahmen) sind für 1920 auf 41,1 Milliarden gegenüber 15,2 im Jahre 1919 veranschlagt.

Auf Reichsschuld werden insgesamt, vollständiges Eingehen der veranschlagten Einnahmen vorausgesetzt, 68,5 Milliarden Mark, einschließlich des Fehlbetrags aus den Betriebsverwaltungen, zu übernehmen sein.

In der nächsten Nummer wird eine eingehendere Darstellung der einzelnen Haushaltsabschnitte gegeben werden, die einen tieferen Einblick in die Finanzwirtschaft des Reichs und ihre Veränderungen der Vorkriegszeit bieten soll.

Die Zahl der neu eröffneten Konkurse im Deutschen Reich übertrifft nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts in den letzten Monaten des Jahres 1920 noch immer bei weitem die Zahlen der entsprechenden Monate des Vorjahrs. So wurden auf Grund der im jeweiligen Monat im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Bekanntmachungen im Jahre 1920 in den Monaten

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
neu eröffnete Konkurse gezählt. Die Gemeinschuldner betrafen	138	143	157	151

Natürliche Personen und				
Einzelfirmen	88	87	96	83
Nachlässe	22	27	31	26
Gesellschaften	24	25	28	40
hiervon G. m. b. H.	15	14	18	25
" offene Handelsgesellschaften	8	10	7	10
Eingetragene Genossenschaften	4	4	1	2
Andere Gemeinschuldner (z. B. Vereine)	—	—	1	—

Bei Beurteilung der Zahlen darf nicht vergessen werden, daß die in Frage kommenden Vermögensmassen nicht Berücksichtigung gefunden haben.

Die Verschuldung der wichtigsten Staaten der Erde.

Eine vergleichende Darstellung der Verschuldung der einzelnen Staaten der Welt begegnet den Schwierigkeiten, die sich jetzt allen Vergleichen über internationale Finanzverhältnisse bieten: die Rückführung der dabei in Betracht kommenden Summen auf ein gemeinsames Wertmaß ist nicht möglich, weil dadurch ein Maßstab an die Berechnungen gelegt würde, der zu völlig falschen und daher gefährlichen Schlüssen führen könnte. In vielen Ländern haben sich nämlich zwei verschiedene Werte für das Staatsgeld durchzusetzen vermocht. Die Wertung, die das Geld auf dem inneren Markt erzielt, ist ganz verschieden von der Kaufkraft, die es außerhalb der Grenzen dieses Landes besitzt. Da dieses Verhältnis häufig so gestaltet ist, daß der Wert des Geldes auf dem internationalen Markt weit stärker gesunken ist als im Inland — weil, wie z. B. in Deutschland, durch behördliche Maßnahmen, durch Höchstpreisfestsetzungen und durch eine staatliche Wirtschaftspolitik ein mehr oder minder künstlicher Preisstand nicht unterschritten werden konnte —, würde durch Umrechnung des Schuldenstandes eines derartigen Landes auf eine noch vollwertige, nicht angekränkelte Währung, wie beispielsweise die amerikanische, eine völlig falsche Vorstellung vermittelt werden: die Schuldsumme würde sich durch die starke, äußere Geldentwertung so klein darstellen, wie es den wirklichen Verhältnissen nicht entspräche, weil eben im Inland die Währung noch einen höheren Wert besitzt, die Schuld in Wirklichkeit daher auch viel größer ist.

Dazu kommt ein weiteres Moment, das uns die häufig durchgeführte Umrechnung der Finanzen aller Länder auf eine Währung für die jetzigen Verhältnisse unzulässig erscheinen läßt: in den Schulden eines Landes treffen sich Friedens-, Kriegs- und Nachkriegsschulden, die also zu ganz verschiedenen Zeiten mit ganz verschiedenen Wertverhältnissen für die Landeswährung aufgenommen, die aber auch zu ganz verschiedenen Zeiten mit voraussichtlich ganz verschiedenen Wertverhältnissen rückzahlbar sind. Ist es schon äußerst peinlich, daß bei heimischen, nationalen Aufstellungen nicht zwischen dem verschiedenen Wert des Geldes zu verschiedenen Zeiten gesondert werden kann, so ist es völlig unzulässig, die Gesamtheit der Summen zu einem einzigen Kurs in die Auslandswährung umzurechnen.

Schließlich ist auch noch zu erwähnen, daß die Geltung, die das Geld auf dem internationalen Markt genießt, häufig in so raschen Entwicklungen wechselt, daß der innere Wert der Wäh-

rung, der ja in einer gewissen Abhängigkeit von ihrem Weltmarktkurs steht, nicht ebenso rasch der internationalen Wertung des Geldes folgen kann; an einem zur Umrechnung bestimmten Stichtag würde also möglicherweise ein Wert einzusetzen sein, dem sich die inneren Verhältnisse noch in keiner Weise angeglichen haben; die zwischen Inlands- und Auslandswert immer bestehende, sich in bestimmten Grenzen haltende Spannung würde also verzerrt — besonders groß oder außergewöhnlich klein — erscheinen können.

Eine Statistik des Schuldenstandes der verschiedenen Länder muß sich dieser Schwierigkeiten bewußt bleiben. Sowohl ein Vergleich der Schulden der einzelnen Staaten in ihren absoluten Zahlen, als auch die in absoluten Größen ausgedrückte Steigerung der Schulden gewähren nur geringen Aufschluß. Auch die Berechnung der Verschuldung auf den Kopf der Bevölkerung, wobei für die Schuldsumme der Vorkriegszeit die Bevölkerungszahlen meist aus den Jahren 1910 bis 1911 und für die Nachkriegverschuldung nach Möglichkeit die Ergebnisse der neuesten Volkszählungen unter Berücksichtigung der durch die verschiedenen Friedensverträge veranlaßten Gebietsabtretungen zugrunde gelegt wurden, gibt, so interessant sie an sich sein möge, für zwischenstaatliche Vergleiche nur wenig Anhaltspunkte. Hierbei sind die gebietlichen Veränderungen der Friedensverträge für die von unseren Berechnungen erfaßten Staaten von besonderer Bedeutung nur bei Deutschland und Griechenland. Bei Deutschland hat sich die Verschuldung auf den Kopf der Einwohner in stärkerem Maße vergrößert als die Verschuldung selbst, weil ja eine nicht unwesentlich kleinere Bevölkerung wie vor dem Kriege für die finanziellen Bedürfnisse des Landes aufzukommen hat. Während sich am 31. März 1920 die Verschuldung gegenüber dem gleichen Tage im Jahre 1914 um 3702 v. H. gesteigert hatte, betrug die Schuldenvermehrung auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet an den gleichen Tagen 3988 v. H.

Den sichersten Maßstab für den Vergleich der Verschuldung der einzelnen Staaten würde man durch einen Vergleich mit dem Nationalvermögen oder Nationaleinkommen in den verschiedenen Ländern gewinnen. Auch die Scheidung in Schulden für produktive und unproduktive Zwecke würde annähernd zuverlässige Anhaltspunkte für einen zwischenstaatlichen Vergleich der Schulden bieten. Derartige Gegenüberstellungen sind leider zurzeit nicht durchführbar. Immerhin bietet aber gegenüber allen obigen Einzelberechnungen eine

Zusammenfassung der durch sie gewonnenen Ergebnisse ein etwas anschaulicheres Bild; eine vergleichende Untersuchung der Verschuldung der verschiedenen Staaten wird dabei noch stark gefördert, wenn man versucht, wie es in der untenstehenden Zusammenstellung, meist auf Grund von durch den Völkerbund veröffentlichten Unterlagen geschieht, das Verhältnis der Vorkriegs- zu den Nachkriegsschulden zu berechnen. Für Großbritannien, Neuseeland, Dänemark und Deutschland wurden dabei die für den

31. März 1914 und 1920 von den betreffenden Regierungen ausgewiesenen Zahlen, für Amerika diejenigen für den 30. Juni 1913 und 1920, für Griechenland jene für den 31. Dezember 1914 und den 31. März 1920 und für alle übrigen Staaten die Angaben für den 31. Dezember 1913 und 1919 verwandt. In allen Ländern wurde der Schuldenstand 1913 mit 100 gleichgestellt, so daß sich aus den errechneten Zahlen leicht das prozentuale Anwachsen des Schuldenstandes in den einzelnen Ländern bestimmen läßt.

Schuldenstand vor und nach dem Kriege.

Staaten	Währung	Vorkriegs-	Nachkriegs-	Steigerung in %	Schuldsumme auf den Kopf der Bevölkerung	
		schuld ¹⁾ in Millionen	schuld ¹⁾ in Millionen		vor dem Kriege	nach dem Kriege
Deutsches Reich	Mark	5 158,0 ²⁾	196 100,0 ⁵⁾	3702	79,4	3246,0
Vereinigte Staaten	Dollar	1 028,0 ³⁾	24 225,0 ⁶⁾	2257	11,0	226,3
Australien	Pfund St.	17,5	350,0	1900	3,9	78,6
Groß-Britannien und Irland	Pfund St.	706,0 ²⁾	7 882,0 ⁵⁾	1016	15,6	174,1
Kanada	Dollar	286,3	2 527,4	783	39,7	302,3
Luxemburg	Franc	25,1	179,7	616	96,6	681,1
Frankreich	Franc	33 637,0	219 388,0	552	849,4	5773,4
Italien	Lira	15 281,1	78 107,7	411	440,7	2137,2
Belgien	Franc	4 626,6	19 591,5	323	623,2	2565,0
Norwegen	Krone	360,1	1 016,9	182	152,7	386,4
Griechenland	Drachme	1 216,5 ⁴⁾	3 236,1 ⁷⁾	166	254,5	431,5
Portugal	Milreis	650,8	1 709,8	163	109,2	286,9
Dänemark	Krone	360,9 ²⁾	925,0 ⁵⁾	156	125,6	303,6
Schweden	Krone	648,3	1 567,0	142	117,4	269,5
Holland	Gulden	1 161,6	2 764,1	138	198,3	407,8
Neuseeland	Pfund St.	90,0 ²⁾	201,1 ⁵⁾	123	89,2	182,9
Schweiz	Franc	1 710,3	3 700,2	116	454,2	939,9
Indien	Ruppee	4 117,9	6 164,4	50	16,9	25,2
Süd-Afrika	Pfund St.	126,2	173,8	38	21,1	25,3
Japan	Yen	2 719,4	3 527,0	30	51,0	61,8
Spanien	Peseta	9 562,3	12 013,1	26	479,3	579,8
Argentinien	Papierpeso	1 238,0	1 270,8	3	157,0	152,2

¹⁾ Wo nichts anderes angegeben, am 31. Dezember 1913 bzw. 1919.
²⁾ 31. 3. 1914; ³⁾ 30. 6. 1913; ⁴⁾ 31. 12. 1914; ⁵⁾ 31. 3. 1920; ⁶⁾ 30. 6. 1920; ⁷⁾ 31. 3. 1920.

Von der Verschuldung Rußlands und Österreichs, die zu unseren Berechnungen nicht erfaßt werden konnten, abgesehen, übertrifft Deutschland mit einer Steigerung von 3702 v. H. die Vergrößerung des Schuldenstandes aller übrigen Länder. Das ist wenig erstaunlich; wir wußten durch die unheilvolle Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit, daß unsere Staatseinnahmen auch nicht im allerentferntesten den Ansprüchen genügen konnten, die an die Staatskasse herantraten, und konnten höchstens über das Ausmaß der Steigerung im Zweifel sein. Dabei ist noch zu erwähnen, daß der unseren Berechnungen zugrunde gelegte Schuldenstand Deutschlands am 31. März 1920 die starken Schuldverpflichtungen des Reiches an die Länder noch nicht berücksichtigt.

Bei den außerdeutschen Staaten ist zunächst auffallend, daß die Vereinigten Staaten mit einer Schuldensteigerung von 2257 v. H. — abgesehen

von Deutschland — alle übrigen Länder überragen. Diese starke prozentuale Steigerung ist einmal dadurch bedingt, daß Amerika vor dem Kriege nur in sehr geringem Maße verschuldet war; dann mußten aber auch die Vereinigten Staaten in weitem Umfange Schulden aufnehmen, um den Ansprüchen der mit ihnen während des Krieges verbündeten Länder gerecht werden zu können; die dafür flüssig gemachten Mittel beziffern sich jetzt auf über 10 Milliarden Dollar.

Die finanzielle Hilfe Amerikas tritt bei Frankreich und Italien deutlich in Erscheinung; sie weisen mit 552 bzw. 441 v. H. eine verhältnismäßig geringe Schuldensteigerung auf. Diese — im Vergleich zur Vorkriegszeit — mäßige Vergrößerung der französischen und italienischen Verschuldung rührt aber vor allem daher, daß beide Länder vor dem Kriege schon in beträchtlichem Umfange Anleihekredite gesucht hatten; ferner wird ihr Schuldenstand auch dadurch im

günstigen Sinne beeinflusst, daß sie die ihnen unmittelbar und mittelbar — durch England — von Amerika zugeflossenen Gelder zum vollen Werte ihrer heimischen Währung umrechnen, deren Geltung doch auch starke Einbußen erlitt. Dadurch muß natürlich ihre Verschuldung geringer erscheinen, als sie es in Wirklichkeit ist.

Von den in den Krieg verwickelten Staaten ist vor allem noch Japan zu nennen, das seine Verschuldung nur um 30 v. H. während des Krieges zu steigern brauchte. Zieht man aber von seiner Schuldsomme die bedeutenden Vorschüsse ab, mit denen Japan während des Krieges seine Verbündeten unterstützt hat, so ergibt sich, daß sich seine Verschuldung gegen die Vorkriegszeit sogar vermindert hat — jedenfalls ein günstiges Ergebnis, das mit besonderer Schärfe die Gesundheit der japanischen wirtschaftlichen Verhältnisse und den außerordentlich guten Stand seiner Währung beleuchtet.

Bei den nicht kriegführenden, von unserer Darstellung erfaßten Staaten schwankt die Schuldenvermehrung zwischen 3 v. H. (bei Argentinien) und 182 v. H. (bei Norwegen).

Um einen Vergleich mit der Vorkriegszeit und einen Vergleich zwischen den verschiedenen Staaten ermöglichen zu können, konnten zu unserer Zusammenstellung nicht die allerneuesten Ergebnisse herangezogen werden, sondern es mußte — mit wenigen Ausnahmen — auf den 31. Dezember 1919 zurückgegriffen werden. Seit

den unseren Berechnungen zugrunde liegenden Daten hat sich das Bild weiter stark verschoben. Bei einzelnen Ländern hat sich bereits eine Gesundung der durch den Krieg ungünstig beeinflussten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse auch in ihrem Schuldenstand bemerkbar gemacht; demgegenüber setzt sich in anderen Ländern der sich nun seit Jahren immer mehr verschärfende wirtschaftliche Niedergang fort, wobei sich die Verschuldung der öffentlichen Verwaltung noch weiter vergrößert. Diese Entwicklung ist in besonders scharfem Ausmaße in Deutschland, hauptsächlich auch durch die Wirkungen des Friedensvertrages von Versailles, eingetreten. Die folgende Tabelle stellt die neuesten Ausweise einiger für die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse wichtiger Staaten zusammen:

Staaten	Schuldenstand zu Ende des letzten Rechnungsjahres		Neuester Schuldenstand	
	Ende	Mill.	Ende	Mill.
Deutsch.Reich (M.)	III. 20:	196 100	XII. 20:	255 644
Verein.Staaten (\$) Groß-Britannien und Irland (£)	VI. 20:	24 225	VIII. 20:	24 325
Italien . . . (L.)	III. 20:	7 882	XII. 20:	7 832
Belgien . (Frcs.)	XII. 19:	78 108	X. 20:	98 071
Schweden . (Kr.)	XII. 19:	19 592	XI. 20:	30 500
		1 567	X. 20:	1 515

O. Nathan.

Die Entwicklung der deutschen Valuta.

Die deutsche Mark notierte:

Zeit	in				
	New York	London	Paris	Amsterdam	Zürich
Parität: 100 M. =	23,82 \$	97,9 Sh	123,45 Frcs	59,26 Fl.	123,45 Frcs
Anf. Januar 1920	2,06	10,65	22,00	5,30	11,25
" Febr. "	1,12	6,45	14,75	2,90	6,80
" März "	1,06	5,93	14,50	2,77	6,25
" April "	1,43	7,17	21,50	3,80	8,00
" Mai "	1,74	9,09	29,00	4,80	9,80
" Juni "	2,61	13,20	34,25	6,95	14,10
" Juli "	2,63	13,25	32,00	7,45	14,65
" August "	2,27	12,42	30,75	6,95	13,92
" Septbr. "	2,02	11,36	29,25	6,30	12,30
" Oktbr. "	1,63	9,35	24,50	5,22	10,20
" Novbr. "	1,27	7,45	20,50	4,20	8,22
1. Dezbr. "	1,44	8,25	23,50	4,77	9,22
10. " "	1,34	7,81	23,00	4,40	8,62
20. " "	1,36	7,77	23,00	4,37	8,90
3. Januar 1921	1,35	7,66	23,25	4,30	8,95
10. " "	1,40	7,56	23,25	4,27	8,97
20. " "	1,63	8,63	24,75	4,92	10,55

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat gegen die Vorkriegszeit einen außerordentlichen Umfang angenommen. Er ist bekanntlich von der Reichsbank im Jahre 1883 nach dem Muster des Londoner Clearing-House eingerichtet worden und dient dazu, die gegenseitigen Forderungen der Mitglieder der einzelnen Abrechnungsstellen (Banken, Postscheckämter usw.) auszugleichen. Solche Abrechnungsstellen bestehen in allen größeren Städten. Die Ausdehnung des Abrechnungsverkehrs im letzten Jahre war eine Folge der gewaltigen Steigerung der Preise und Löhne und der durch die Wiederherstellung und Neuorganisation unserer Volkswirtschaft verursachten bedeutenden Erhöhung des gesamten Waren- und Kapitalumsatzes. Im Dezember des Jahres 1920 ist zum erstenmal seit August 1920 eine Abnahme der abgerechneten Beträge gegenüber dem Vormonat und zwar um 2553 Mill. M. eingetreten; die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1919 beläuft sich auf 43 506 Millionen oder beinahe 150 v. H. Im November betrug der Unterschied gegen den gleichen Monat des Vorjahrs 52 584 Mark oder 230 v. H.

Die umstehende Tabelle gibt eine Gegenüberstellung der Umsätze des Abrechnungsverkehrs für die einzelnen Monate der Jahre 1913, 1919 und 1920.

**Die Umsätze im Abrechnungsverkehr
der Reichsbank
in den Jahren 1913, 1919 und 1920.**

Monat	1913	1919	1920
	(in Mill. Mark)		
Januar . . .	6 692	9 725	40 767
Februar . . .	5 276	10 255	50 638
März	5 851	9 745	49 309
April	7 037	9 874	50 018
Mai	5 927	11 712	50 816
Juni	6 078	11 682	57 271
Juli	6 521	12 916	58 564
August	5 219	12 775	52 593
September . .	5 903	18 577	63 213
Oktober . . .	6 925	23 207	73 293
November . . .	5 582	22 842	75 426
Dezember . . .	6 623	29 367	72 873
Zusammen	73 634	182 677	694 781

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich haben in den letzten Monaten des Jahres 1920, der Konzentrations-tendenz der Industrie und dem gesunkenen Geldwert entsprechend, eine außerordentliche Zunahme erfahren. Beschleunigt wurde diese Entwicklung einerseits durch das Bestreben, der Überfremdungsgefahr der deutschen Industrie vorzubeugen, und zum anderen dadurch, daß seit dem 15. Oktober 1920 die staatliche Genehmigung für Kapitalerhöhungen und Gründungen von A.-G. und G. m. b. H., deren Grundoder Stammkapital 300 000 M. übersteigt, nicht mehr erforderlich ist.

Im Dezember 1920 wurden im Reichsanzeiger bekanntgegeben:

Gründungen

von 36 A.-G. mit einem Grundkap. von nominell 158,0 Mill. M. im Kurswert von 160,2 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 157,9 Mill. M. im Kurswert von 160,1 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 0,1 Mill. M. im Kurswert von 0,1 Mill. M. und 1001 G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 168,0 Mill. M.

Kapitalerhöhungen

von 298 A.-G. mit einem Gesamtbetrag von nominell 1334,9 Mill. M. im Kurswert von 1627,5 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 1204,6 Mill. M. im Kurswert von 1495,9 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 130,3 Mill. M. im Kurswert von 131,6 Mill. M. und 215 G. m. b. H. mit einem Gesamtbetrag von 105,6 Mill. M.

Demnach wurde für Gründungen neuer G. m. b. H. etwas mehr Kapital in Anspruch genommen als für

Gründungen neuer A.-G. Dagegen sind die Kapitalerhöhungen bei den A.-G. ganz bedeutend höher als bei den G. m. b. H.

Im Jahre 1919 wurden nominell 585 Mill. M. bei der Gründung neuer A.-G., 417,1 Mill. M. bei der Gründung neuer G. m. b. H. beansprucht. Die Kapitalerhöhungen beliefen sich in demselben Jahre bei A.-G. auf 1 064,8, bei G. m. b. H. auf 192,1 Mill. M. Im Dezember 1920 war also die Gesamtsumme der für Gründung und Erhöhung ausgegebenen Kapitalbeträge bei den A.-G. fast so groß wie im ganzen Jahre 1919; bei den G. m. b. H. erreicht sie nahezu die Hälfte der Jahressumme von 1919.

Anleihen fremder Staaten in den Vereinigten Staaten seit Kriegsende. Nach einer Zusammenstellung des New Yorker „Journal of Commerce & Commercial Bulletin“ sind seit dem Waffenstillstand auf dem New Yorker Geldmarkt etwa 630 Millionen Dollars fremdländische Anleihen untergebracht worden. Dazu kommen noch etwa 2 Milliarden Dollars Kredite, die die Vereinigten Staaten den Entente-staaten gewährt haben. Alle in der letzten Zeit unterbrachten Anleihen, mit Ausnahme einer den Philippinen gewährten, sind zu 8 v. H. verzinslich. Die wichtigsten sind folgende:

Ausgegeben	Emittent	Betrag in Mill. \$	Zinssatz %	Fälligkeit
I. 1919	Belgien	25	6	I. 1921-25
II. 1919	Großbritannien	23,2	5½	II. 1937
V. 1919	Rio de Janeiro	10	6	V. 1922-31
VII. 1919	Schweden	25	6	VI. 1939
VII. 1919	Schweiz	30	5½	VIII. 1929
VII. 1919	Kanada	60	5½	VIII. 1929
VII. 1919	Kanada	15	5½	VIII. 1921
VIII. 1919	Kopenhagen	15	5½	VII. 1944
X. 1919	Großbritannien	250	5½	XI. 1922-29
X. 1919	Stadt Sao Paulo	8,5	6	XI. 1943
XI. 1919	Stadt Bordeaux	15	6	XI. 1934
XI. 1919	Stadt Lyon	15	6	XI. 1934
XI. 1919	Stadt Marseille	15	6	XI. 1934
II. 1920	Italien	25	6½	II. 1925
VI. 1920	Belgien	50	7½	VI. 1945
VII. 1920	Schweiz	25	8	VII. 1940
IX. 1920	Norwegen	20	8	X. 1940
IX. 1920	Frankreich	100	8	XI. 1945
X. 1920	Dänemark	25	8	X. 1945
X. 1920	Stadt Christiania	5	8	X. 1945
X. 1920	Stadt Zürich	6	8	X. 1945
X. 1920	Philippinen	6	5½	IX. 1950
XI. 1920	Stadt Bern	6	8	XI. 1945

Aus der Entwicklung ergibt sich, daß die Unterbringung fremdländischer Anleihen in den Vereinigten Staaten wachsenden Schwierigkeiten begegnet.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Bewegung der Bevölkerung im Deutschen Reich während des ersten Vierteljahrs 1920.

Vorläufige Angaben.

Im ersten Vierteljahr 1920 war die Zahl der Eheschließungen in allen Teilen des Deutschen Reichs sehr groß und überstieg bedeutend die in Friedenszeiten beobachteten Zahlen. Wie die folgende Übersicht erkennen läßt, ist die für die Eheschließungen des ersten Vierteljahres 1920 abgeleitete Heiratsziffer 12,40, während das entsprechende Vierteljahr von 1913 nur die Heiratsziffer 6,21 ergeben hat. Die auf 1000 Einwohner entfallende Zahl der Heiraten ist also jetzt doppelt so groß als in dem normalen Friedensjahr 1913. Noch etwas mehr als doppelt so groß wie im Friedensjahr ist die Heiratsziffer in dem durch frühe Heiraten ausgezeichneten Thüringen, ferner in Bayern, Baden, Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck und Schaumburg-Lippe, während sie in Preußen, Sachsen, Lippe und den beiden Hansestaaten Hamburg und Bremen nicht ganz die doppelte Höhe erreicht.

Begründet ist das Emporschnellen der Heiratszahl dadurch, daß viele Heiraten, die während des Krieges nicht geschlossen werden konnten, nach Beendigung des Krieges nachgeholt wurden. Auch nach dem Kriege 1870/71 ist ein schnelles Ansteigen der Heiratsziffer beobachtet worden, und damals hat sich die Heiratsziffer infolge der gleichzeitig eintretenden günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mehrere Jahre auf dieser Höhe erhalten, während dieses Mal die Erhöhung der Heiratszahlen voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein wird und wegen der Ungunst der Verhältnisse bald einer Verringerung bis unter den normalen Stand Platz machen dürfte. Schon sehr bald nach der Wiederkehr der Krieger aus dem Felde begann das Ansteigen der Heiratsziffer, die während des Krieges bis nahezu auf die Hälfte der Friedenszahl herabgegangen war. Im ersten Vierteljahr 1919 erreichte die Zahl der Heiraten ungefähr die Höhe, die sie vor dem Kriege gehabt hat, darauf ist sie allmählich bis auf das Doppelte angestiegen.

Der Aufschub der Heiraten durch den Krieg läßt erwarten, daß die Altersverhältnisse der Eheschließenden jetzt andere sind als sie in Friedenszeiten waren, und tatsächlich ergaben Auszählungen aus den Bayerischen und Hessischen Tabellen für die im Jahre 1919 geschlossenen

Ehen — Tabellen aller deutschen Länder liegen bisher noch nicht vor —, daß sowohl die Ehemänner als die Ehefrauen jetzt im späteren Alter die Ehe eingegangen sind als vor dem Kriege. 44 v. H. der zum ersten Mal heiratenden Männer waren in Bayern rechts des Rheins jetzt über 30 Jahre alt, während im Jahre 1913 nur 32 v. H. über 30 Jahre alt waren; in Hessen, wo wesentlich frühzeitiger geheiratet wird, waren jetzt 32 v. H. über 30 Jahre alt, vor dem Kriege dagegen nur 20 v. H.; daraus erklärt sich auch, daß das mittlere Heiratsalter der aus dem ledigen Stande heiratenden Ehemänner in Bayern von 28,75 Jahre auf 30,22 und in Hessen von 27,28 auf 28,73 angestiegen ist. Auch die zum ersten Mal heiratenden Frauen waren jetzt älter als die vor dem Kriege heiratenden. In Bayern waren jetzt 61 v. H. über 25 Jahre alt, während vor dem Kriege nur 51 v. H. über 25 Jahre waren, und in Hessen sind jetzt 51 v. H. über 25 Jahre, vor dem Kriege dagegen nur 36 v. H. Daher ist auch das mittlere Alter der aus dem ledigen Stande heiratenden Frauen in Bayern von 26,11 Jahren auf 27,09 und in Hessen von 24,58 Jahren auf 25,81 gestiegen.

Auch der Unterschied zwischen dem Heiratsalter von Mann und Frau hat sich geändert. Während vor dem Kriege der Mann in Bayern durchschnittlich 2,6 Jahre älter war als die von ihm erwählte Frau, ist jetzt der Unterschied 3,1 Jahre und in Hessen ist er von 2,7 auf 2,9 angestiegen. Es deutet dieses darauf hin, daß bei den Eheschließungen für die im Kriege gefallenen jüngeren Männer vielfach ältere eingetreten sind. Beträchtlich geändert hat sich der Anteil der Witwen bei den neu geschlossenen Ehen. Während in Bayern vor dem Kriege nur 3,9 v. H. aller heiratenden Frauen dem Witwenstande angehörten, sind unter den im Jahre 1919 die Ehe eingehenden Frauen 13,8 v. H. Witwen und in Hessen ist der Anteil der Witwen an den Heiraten von 3,5 v. H. auf 9,6 v. H. gestiegen. Die Zunahme der heiratenden Witwen erklärt sich daraus, daß durch den Tod vieler junger Ehemänner während des Krieges die Zahl der jungen Witwen angewachsen ist. Bisweilen mögen auch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die

Ehe mit einer Witwe begünstigt haben, da dann die Sorge um Wohnung und Einrichtung der neuen Wirtschaft fortfiel.

Vergleich der Heirats-, Geburten- und Sterbeziffern im 1. Vierteljahr 1913 und im 1. Vierteljahr 1920.

Länder	Auf 1000 Einwohner entfallen					
	Heiraten		Geburten		Sterbefälle	
	1913	1920	1913	1920	1913	1920
Preußen . . .	6,18	12,01	29,50	29,52	16,65	21,16
Bayern ohne Coburg . . .	6,06	13,37	29,69	31,58	19,38	18,59
Sachsen . . .	6,70	12,76	25,60	27,31	15,74	18,37
Baden . . .	5,42	12,74	28,08	30,09	18,16	18,33
Thüringen ohne Gotha . . .	7,01	14,73	27,50	31,52	16,36	19,17
Hessen . . .	6,23	12,65	26,03	29,09	14,56	18,43
Hamburg . . .	7,12	13,28	22,69	23,18	14,87	21,19
Oldenburg . . .	4,85	10,40	32,26	30,98	15,46	18,70
Braunschweig . . .	6,09	13,01	24,12	27,57	15,67	20,59
Anhalt . . .	7,00	14,25	25,14	31,79	15,27	22,15
Bremen . . .	5,52	11,82	25,24	26,61	15,73	24,48
Lippe . . .	9,84	14,85	22,44	27,14	15,36	18,87
Lübeck . . .	6,13	14,37	24,02	25,11	17,10	19,71
Schaumburg-Lippe . . .	4,82	12,77	23,66	26,23	13,52	18,55
Deutsches Reich ohne Württemberg und Mecklenburg	6,21	12,40	28,81	29,52	16,82	20,37

Die Zahl der Geburten ist nach dem großen Ausfall während der Kriegsjahre infolge der Rückkehr der Krieger zu ihren Familien und infolge des Nachholens der im Kriege versäumten Heiraten in erfreulicher Weise gestiegen und hat nahezu die Friedenszahl wieder erreicht. Als Geburtenziffer für das Deutsche Reich ergibt sich für das erste Vierteljahr von 1920 die Zahl 29,5, d. h. auf je 1000 der gesamten Bevölkerung entfallen nach der Geburtenhäufigkeit dieses Vierteljahres jährlich 29,5 Geborene. Für das erste Vierteljahr des normalen Friedensjahres 1913 ergab sich die Geburtenziffer 28,8 und man könnte daraus schließen, daß die Geburtenzahl jetzt größer ist, als sie vor dem Kriege war. Aber die Geburtenziffer ist nicht der richtige Maßstab, um die Geburtenhäufigkeit der Jetztzeit mit derjenigen vor dem Kriege zu vergleichen. Die gesamte Bevölkerung hat sich während des Krieges in ihrer Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht wesentlich geändert, insbesondere ist der Teil der Bevölkerung, dem wir die Vermehrung durch Geburten verdanken, jetzt ein wesentlich anderer als vor dem Kriege. Für die Beurteilung der Geburtenhäufigkeit eignet sich ein Vergleich der Geburtenzahl mit der Zahl der im gebärfähigen Alter, d. h. im Alter von 15 bis 50 Jahren stehenden weiblichen Personen besser als der Vergleich der Geburtenzahl mit der gesamten Be-

völkerung und gerade diese Zahl der weiblichen Personen steht jetzt zur gesamten Bevölkerung in anderem Verhältnis als früher. Während vor dem Kriege auf je 1000 der gesamten Bevölkerung 253 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren kamen, kommen wegen des Ausfalls der Geburten und wegen der durch den Krieg geschaffenen Lücke in der Reihe der Männer auf je 1000 der jetzigen Bevölkerung etwa 287 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren.

Versteht man wie üblich unter Fruchtbarkeitsziffer die auf je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren entfallende jährliche Geburtenzahl, so ergibt sich für das erste Vierteljahr 1920 die Fruchtbarkeitsziffer 103, während das erste Vierteljahr 1913 die Fruchtbarkeitsziffer 114 hatte. Die jetzige Geburtenhäufigkeit bleibt also hinter derjenigen vor dem Kriege noch um 10 v. H. zurück, während die Geburtenziffer anzuzeigen schien, daß die jetzige Geburtenzahl die frühere schon überholt hat. Besonders stark ist der Anstieg der Geburten nach der vorliegenden Übersicht über die Geburtenziffern in Thüringen und Hessen, sowie in Anhalt, Braunschweig, Lippe und Schaumburg-Lippe, demnächst in Bayern, Sachsen und Baden, geringer in den Hansestaaten Hamburg, Bremen und Lübeck. Für Preußen ergibt sich die gleiche Geburtenziffer wie 1913 und in Oldenburg ist sie etwas geringer als vor dem Kriege.

Die Zahl der Sterbefälle war im ersten Vierteljahr 1920 recht groß. Für das gesamte Reichsgebiet ergibt sich die Sterbeziffer 20,37, während das erste Vierteljahr 1913 nur die Sterbeziffer 16,82 ergeben hatte. Fast in allen Teilen des Reichs ist eine derartige Erhöhung der Sterbeziffer gegenüber der Zeit vor dem Kriege zu erkennen, nur Bayern hat jetzt eine geringere und Baden ungefähr dieselbe Sterbeziffer wie im Jahre 1913.

Wie durch Auszählungen in größeren Gemeinden zu ersehen ist, haben hauptsächlich Krankheiten der Atmungsorgane und unter ihnen die Grippe in diesem Vierteljahr viele Opfer gefordert. In Berlin waren bei mehr als einem Drittel aller Sterbefälle, nämlich bei 37,7 v. H. und in Hamburg bei 37,5 v. H. Krankheiten der Atmungsorgane als Todesursache festgestellt worden, während im ersten Viertel des Jahres 1913 nur etwa ein Siebentel aller Fälle, in Berlin 14,1 v. H., in Hamburg 14,6 v. H. auf diese Todesursache entfielen. Ähnlich sind auch die Verhältnisse in den übrigen Großstädten. Im Durchschnitt der 13 Städte mit mehr als 300 000 Einwohnern hatten 32,4 v. H. aller Sterbefälle Krankheiten der Atmungsorgane als Todes-

**Die Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen
im 1. Vierteljahr 1920¹⁾.**

Länder und Landesteile	Ehe- schließ- ungen	Geborene		Ge- storbene ohne Totgeb.	Länder und Landesteile	Ehe- schließ- ungen	Geborene		Ge- storbene ohne Totgeb.
		Lebend- ge- borene	Tot- ge- borene				Lebend- ge- borene	Tot- ge- borene	
Regierungs- bezirke					Regierungs- bezirke				
Königsberg	2 285	8 212	268	5 006	Oberbayern	5 452	11 045	285	7 168
Gumbinnen	1 363	4 443	149	2 412	Niederbayern	2 483	6 760	171	4 049
Allenstein	1 337	4 658	180	2 062	Pfalz	2 919	7 173	253	3 772
Marienwerder (Rest)	385	1 529	55	728	Oberpfalz	1 987	5 311	151	3 120
Stadtkreis Berlin	6 184	9 584	419	11 457	Oberfranken	2 127	4 885	136	2 692
Potsdam	9 174	16 101	586	15 076	Mittelfranken	3 376	6 660	257	3 725
Frankfurt	4 255	8 550	320	6 339	Unterfranken	2 839	5 634	116	3 157
Stettin	2 819	6 730	226	4 636	Schwaben	2 443	6 810	144	3 647
Köslin	2 179	5 404	201	3 009	Coburg	272	535	29	328
Stralsund	575	2 125	89	1 521	Bayern	23 898	54 813	1 542	31 658
Verw.-Bez. West- preußen-Posen	1 152	2 512	83	1 441	Kreishaupt- mannschaften				
Breslau	5 429	14 158	604	10 607	Dresden	4 068	8 324	343	5 809
Liegnitz	3 723	9 249	404	6 227	Leipzig	4 192	8 058	286	5 349
Oppeln	5 893	19 195	527	15 436	Chemnitz	2 798	6 142	223	3 923
Magdeburg	4 340	9 269	373	6 583	Zwickau	2 643	5 198	190	3 317
Merseburg	4 922	10 622	394	6 469	Bautzen	1 179	2 965	108	1 874
Erfurt	1 864	4 134	130	2 501	Sachsen	14 880	30 687	1 150	20 272
Schleswig	4 499	9 649	350	6 654	Neckarkreis	1 538	2 918	86	1 892
Hannover	2 261	4 718	194	3 553	Schwarzwaldkreis	342	1 279	33	802
Hildesheim	1 758	3 830	130	2 433	Jagstkreis	139	451	7	348
Lüneburg	1 588	3 707	118	2 355	Donaukreis	397	1 070	34	666
Stade	1 206	3 117	92	2 107	Württemberg²⁾	2 416	5 718	160	3 708
Osnabrück	847	3 022	102	2 006	Landeskomm.- Bez.				
Aurich	745	2 257	72	1 143	Konstanz	1 008	2 379	59	1 512
Münster	2 611	9 800	352	6 079	Freiburg	1 793	3 894	87	2 641
Minden	1 851	5 188	189	3 343	Karlsruhe	1 903	4 579	134	2 584
Arnsberg	8 034	18 435	637	13 586	Mannheim	2 329	5 352	130	2 975
Cassel	3 997	7 705	291	4 564	Baden	7 033	16 204	410	9 712
Wiesbaden	3 960	7 748	297	5 664	Thüringen	5 566	11 499	362	6 873
Coblenz	2 544	5 820	186	3 449	Provinzen				
Düsseldorf	10 250	24 335	853	17 691	Starkenburger	1 808	4 257	147	2 526
Köln	3 859	9 570	328	5 751	Oberhessen	1 127	2 271	70	1 471
Trier	3 593	8 004	257	4 891	Rheinhessen	1 148	2 538	105	1 628
Aachen	1 486	4 532	152	3 017	Hessen	4 033	9 066	322	5 625
Sigmaringen	162	480	6	319	Hamburg	3 488	5 854	233	5 330
Provinzen					Oldenburg	1 346	3 909	101	2 319
Ostpreußen	5 370	18 842	652	10 208	Braunschweig	1 563	3 186	126	2 348
Berlin	6 184	9 584	419	11 457	Anhalt	1 180	2 561	72	1 762
Brandenburg	13 429	24 651	906	21 415	Bremen	920	2 005	66	1 839
Pommern	5 573	14 259	516	9 166	Lippe	573	1 011	36	692
Verw.-Bez. West- preußen-Posen	1 152	2 512	83	1 441	Lübeck	433	736	21	573
Niederschlesien . .	9 152	23 407	1 008	16 834	Waldeck	205	441	18	254
Oberschlesien . . .	5 893	19 195	527	15 436	Schaumb.-Lippe . . .	148	288	16	199
Sachsen	11 126	24 025	897	15 553	Deutsches Reich (ohne Württem- berg u. d. beiden Mecklenburg)	178 446	410 652	14 089	279 071
Schlesw.-Holst. . .	4 499	9 649	350	6 654	1. Viertelj. 1913 .	96 015	431 241	13 996	245 962
Hannover	8 405	20 651	708	13 597					
Westfalen	12 496	33 423	1 178	23 008					
Hessen-Nassau . . .	7 957	15 453	588	10 228					
Rheinland	21 732	52 261	1 776	34 299					
Hohenzollern	162	480	6	319					
Preußen	113 130	268 392	9 614	189 615					

¹⁾ Für die beiden Mecklenburg liegen keine Angaben vor.

²⁾ Für Württemberg sind die Ergebnisse bisher nur für die Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern vorhanden.

ursache, während diese Verhältniszahl im Jahre 1913 nur 14,3 v. H. war. Nur München, Düsseldorf und Nürnberg machen eine Ausnahme; in diesen Städten sind die Krankheiten der Atmungsorgane jetzt nicht häufiger als Todesursache aufgetreten als vor dem Kriege.

Auch die Sterbeziffer ist nicht sehr geeignet, um die jetzigen Sterblichkeitsverhältnisse mit denen vor dem Kriege zu vergleichen. Wegen der jetzigen geringen Kinderzahl und der dadurch bedingten geringen Zahl an Kindersterbefällen ist anzunehmen, daß die Sterbeziffer zurzeit ein zu günstiges Bild von den Sterblichkeitsverhältnissen entwirft, daß also die durch die Sterbeziffer angezeigte Vermehrung der Sterblichkeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege voraussichtlich in noch höherem Grade stattgefunden hat. Genauere Untersuchungen hierüber lassen sich erst anstellen, wenn eine Gliederung der Sterbe-

fälle nach Altersjahren vorliegt. Für die Berechnung eines Sterblichkeitsmaßes für die Säuglinge insbesondere ist dann noch die Sterblichkeit in den einzelnen Altersmonaten zu berücksichtigen. Wie unerlässlich gerade bei den zurzeit von Monat zu Monat stark schwankenden Geburtenzahlen ein Zurückgreifen auf die Altersmonate ist, lehren jüngst für Berlin ausgeführte Berechnungen (Stat. Monatsberichte, Groß-Berlin, 5. Jahrg., Heft XII). Danach betrug die Säuglingssterblichkeit des Jahres 1919 ohne Berücksichtigung der Altersmonate 132 auf 1000 Lebendgeborene, mit einer solchen dagegen 153,5. Für das 1. Vierteljahr 1920 stellte sich die Ziffer auf 205,5; im Jahre 1913 hatte sie nur die Höhe von 135,7 erreicht. In einem späteren Aufsatz wird auf das Verhalten der Säuglingssterblichkeit während der Kriegsjahre und nach dieser Zeit näher eingegangen werden.

J. Rahts.

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung des neuen Deutschland.

Mehr als zwei Jahre sind seit der Unterzeichnung des ersten Waffenstillstandsvertrages verstrichen; die endgültigen Grenzen des durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen Deutschland stehen noch nicht fest. Diese Unbestimmtheit des Reichsumfanges, dazu die starken und noch anhaltenden Veränderungen der Verhältnisse im Innern und die mehr als schlechte Finanzlage des Reichs waren im wesentlichen die Gründe, die dazu geführt haben, daß bisher von großen statistischen Erhebungen über die wirtschaftliche und soziale Gestaltung des Volkes und Volkslebens Abstand genommen worden ist. Das Bedürfnis nach neuen Zahlen ist jedoch zurzeit auf allen Gebieten größer als je. Eine Abhilfe des bestehenden Bedürfnisses ist in kurzer Zeit nicht zu erwarten. Die Gründe, die veranlaßten, bisher von umfangreichen Zählungen abzusehen, bestehen zunächst noch fort. Selbst aber, wenn es schließlich möglich werden sollte, Ende des Jahres 1921 zu Volkswirtschaftsinventuren zu schreiten, können Ergebnisse unter keinen Umständen vor Mitte 1922 vorliegen.

Es erscheint daher angebracht, zu versuchen, auf Grund von Übersichten aus früheren Zeiten und unter Zuhilfenahme von Angaben über die stattgehabte Entwicklung ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse zu zeichnen. Im folgenden geschieht dies für die beruflichen Verhältnisse im neuen Deutschland. Über die gewerblichen und landwirtschaftlichen Verhältnisse wird in den nächsten Heften berichtet werden.

In den S. 45 wiedergegebenen Übersichten ist zunächst das Ergebnis der Berufszählung von 1907 auf das Deutschland in seinem Umfang vom 31. Dezember 1920 umgerechnet. Unter dem neuen Deutschland ist das Deutschland vom 4. August 1914 abzüglich der ohne Volksabstimmung abgetretenen Gebiete der Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien, abzüglich der 1. Zone der Provinz Schleswig-Holstein und abzüglich Elsaß-Lothringens zu verstehen. Die Kreise Eupen und Malmedy sind, ohne daß damit eine rechtmäßige Abtretung anerkannt werden soll, ebenfalls in Abzug gebracht worden. Aus den Zahlen dieser zwei Übersichten ergeben sich bedeutungsvolle Aufschlüsse über den Einfluß der Abtretung auf die Berufsgestaltung der Reichsbevölkerung. Die stattgehabte Verschiebung in der Berufsgliederung wird durch folgende Übersicht beleuchtet:

Von 100 Berufszugehörigen gehörten 1907

zur Berufsabteilung	im Gebiete des	
	alten Deutschland	neuen Deutschland
Land- und Forstwirtschaft . . .	28,6	27,1
Industrie und Bergbau	42,8	44,1
Handel, Verkehr und Gastwirtschaft	13,4	13,7
Persönlicher Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art	1,3	1,3
Öffentlicher Dienst u. freie Berufe	5,5	5,4
Berufslose	8,4	8,4
Insgesamt	100,0	100,0

Die landwirtschaftliche Basis hat sich demnach etwas verringert, der industrielle Oberbau

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung des neuen Deutschland.

Nach der Berufszählung von 1907.

a) Die Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen.

Länder	A Land- u. Forstwirtschaft		B Industrie und Bergbau		C Handel und Verkehr, Gastwirtschaft		E Öffentl. Dienst, freie Berufe		A-F Erwerbstätige überhaupt
	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	einschl. D (Lohnarbeit wechs. Art, persönl. Dienste) u. F (Berufslose)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Preußen	5 004 416	30,5	6 382 948	38,8	1 932 154	11,8	921 289	5,6	16 424 047
Bayern mit Sachsen-Coburg	1 707 818	45,4	1 035 689	27,6	361 272	9,6	183 192	4,9	3 756 547
Sachsen	261 902	11,9	1 238 991	56,3	286 642	13,0	122 863	5,6	2 199 554
Württemberg	506 061	4,3	432 114	35,3	100 109	8,2	62 146	5,1	1 223 992
Baden	426 796	37,6	398 858	35,1	122 003	10,7	59 841	5,3	1 135 449
Thüringen	190 332	28,1	315 175	46,4	63 696	9,4	30 581	4,5	678 562
Hessen	163 387	29,2	220 563	39,4	64 770	11,6	42 858	7,7	559 314
Hamburg	11 876	2,7	164 952	38,0	162 543	37,4	30 463	7,0	434 675
Mecklenburg-Schwerin . . .	129 075	44,4	69 464	23,9	29 486	10,1	17 773	6,1	290 772
Oldenburg	82 035	41,2	63 144	31,7	20 328	10,2	10 860	5,5	199 049
Braunschweig	68 356	28,9	94 263	39,8	28 469	12,0	13 393	5,7	236 674
Anhalt	38 919	26,5	59 517	40,5	17 182	11,7	8 071	5,5	147 039
Bremen	8 681	6,6	56 990	43,0	39 372	29,7	8 559	6,5	132 480
Lippe	23 645	42,0	18 423	32,8	4 318	7,7	1 918	3,4	56 238
Lübeck	4 341	8,5	20 876	41,0	13 661	26,8	4 121	8,1	50 938
Mecklenburg-Strelitz . . .	21 860	43,9	12 171	24,5	4 644	9,3	2 772	5,6	49 778
Waldeck	15 660	46,0	8 037	23,6	3 563	10,5	1 931	5,7	34 032
Schaumburg-Lippe	6 506	32,4	8 337	41,5	1 851	9,2	793	4,0	20 074
Deutsches Reich	8 671 666	31,4	10 600 512	38,3	3 256 063	11,8	1 523 424	5,5	27 629 214

b) Die Gesamtbevölkerung.

Länder	A Land- u. Forstwirtschaft		B Industrie und Bergbau		C Handel und Verkehr, Gastwirtschaft		E Öffentl. Dienst, freie Berufe		A-F Gesamtbevölkerung
	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	überhaupt	Auf 100 der Gesamtzahl (Sp. 10)	einschl. D (Lohnarbeit wechs. Art, persönl. Dienste) und F (Berufslose)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Preußen	9 021 942	26,2	15 421 932	44,7	4 678 771	13,6	1 846 108	5,4	34 464 203
Bayern mit Sachsen-Coburg	2 676 733	40,1	2 235 276	33,5	773 094	11,6	347 308	5,2	6 670 285
Sachsen	490 962	10,7	2 719 297	59,3	697 279	15,2	251 933	5,5	4 585 500
Württemberg	882 421	37,7	934 971	40,0	224 077	9,6	124 431	5,3	2 333 010
Baden	672 945	32,7	830 808	40,4	263 429	12,8	115 290	5,6	2 057 561
Thüringen	358 900	24,5	759 783	51,9	163 169	11,1	69 283	4,7	1 465 026
Hessen	341 899	27,7	542 371	43,9	168 851	13,7	78 300	6,3	1 235 823
Hamburg	24 254	2,7	352 905	39,1	358 910	39,7	68 558	7,6	903 319
Mecklenburg-Schwerin . . .	285 965	44,5	173 912	27,1	76 263	11,9	37 045	5,8	641 717
Oldenburg	173 764	38,6	163 908	36,4	55 717	12,4	22 943	5,1	450 251
Braunschweig	119 429	24,1	231 421	46,6	66 323	13,4	28 208	5,7	495 900
Anhalt	70 464	21,4	160 236	48,6	45 192	13,7	17 772	5,4	329 405
Bremen	13 360	4,9	122 618	44,9	89 511	32,8	18 778	6,9	272 777
Lippe	43 412	31,5	65 970	47,9	11 784	8,6	4 770	3,5	137 601
Lübeck	8 727	7,9	47 771	43,3	33 466	30,3	8 478	7,7	110 401
Mecklenburg-Strelitz . . .	45 191	42,7	29 955	28,3	12 404	11,7	6 009	5,7	105 875
Waldeck	29 831	45,3	18 688	23,3	7 046	10,7	3 864	5,9	65 892
Schaumburg-Lippe	11 564	25,7	22 031	48,9	5 215	11,6	2 071	4,6	45 044
Deutsches Reich	15 271 767	27,1	24 833 853	44,1	7 730 501	13,7	3 051 149	5,4	56 374 590

verstärkt. Bei Betrachtung Preußens allein macht sich diese Verschiebung noch bemerkbarer. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung sank in Preußen von 28,6 auf 26,2 v. H., der Anteil der Abteilung Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe stieg von 42,8 auf 44,7 v. H.

Für die hauptberuflich Erwerbstätigen bzw. die berufslosen Selbständigen allein, also ohne die Angehörigen und Dienenden, ergibt sich das folgende Bild:

Von 100 hauptberuflich Erwerbstätigen bzw. berufslosen Selbständigen gehörten 1907

zur Berufsabteilung	im Gebiete des	
	alten Deutschland	neuen Deutschland
Land- und Forstwirtschaft . . .	32,7	31,4
Industrie und Bergbau	37,2	38,3
Handel, Verkehr und Gastwirtschaft	*11,5	11,8
Persönlicher Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art	1,6	1,6
Öffentlicher Dienst u. freie Berufe	5,8	5,5
Berufslose	11,2	11,4
Insgesamt	100,0	100,0

Diese reinen Rechenergebnisse für den Stand des Jahres 1907 sollen nun auf die Gegenwart,

d. h. bis zum 31. Dezember 1920 fortgeführt werden. Es ist nicht angängig, die zur Ermöglichung der Fortsetzung angewandte Methode hier ausführlich wiederzugeben. Zum Verständnis sei nur bemerkt:

Am 8. Oktober 1919 hat eine Volkszählung im Deutschen Reich stattgefunden; ihre Ergebnisse, vor allem die Angaben über die Bevölkerung nach Geschlecht und Geburtsjahren werden zu einer Fortschreibung der 1907 ermittelten Angaben benutzt. Eine gewisse Berücksichtigung findet die Tatsache, daß am 8. Oktober, dem Volkszählungstermin, die größere Zahl der deutschen Kriegsgefangenen noch nicht zurückgekehrt war. Eingefügt wird in die Berechnung, daß sich die Bevölkerung vom 8. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1920 durch Zuwanderung und durch den wieder eingetretenen Geburtenüberschuß vermehrt hat. Angenommen wird weiterhin, daß sich zurzeit die Bevölkerung über die a-, b- und c-Personen (Selbständige, Angestellte und Arbeiter) genau so verteilt wie 1907.

Es ergibt sich danach folgende Übersicht:

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung des neuen Deutschland am Ende des Jahres 1920.

Berufsabteilungen	Hauptberuflich Erwerbstätige bzw. berufslose Selbständige				Angehörige und Dienende	
	männlich		weiblich		überhaupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
A. Land- und Forstwirtschaft	5 551 919	24,9	5 156 271	44,5	6 613 219	23,0
a) Selbständige	2 281 839	.	366 095	.	4 490 376	.
b) Angestellte	88 831	.	20 625	.	125 651	.
c) Arbeiter	3 181 249	.	4 769 551	.	1 997 192	.
B. Industrie und Bergbau	10 890 339	46,6	2 502 819	21,6	14 232 797	49,5
a) Selbständige	1 704 016	.	568 140	.	3 771 691	.
b) Angestellte	706 543	.	75 085	.	9*2 063	.
c) Arbeiter	7 979 780	.	1 859 594	.	9 479 043	.
C. Handel, Verkehr und Gastwirtschaft	2 876 295	12,9	1 100 777	9,5	4 485 487	15,6
a) Selbständige	865 765	.	291 706	.	1 978 100	.
b) Angestellte	480 341	.	93 566	.	542 744	.
c) Arbeiter	1 530 189	.	715 505	.	1 964 643	.
D. Pers. Dienst u. Lohnarbeit wechselnder Art	178 375	0,8	382 375	3,3	287 531	1,0
E. Öffentlicher Dienst und freie Berufe	1 516 187	6,8	336 027	2,9	1 523 916	5,3
A—E	20 513 115	92,0	9 478 269	81,8	27 142 950	94,4
F. Berufslose	1 783 749	8,0	2 108 857	18,2	1 610 175	5,6
A—F	22 296 864	100,0	11 587 126	100,0	28 753 125	100,0

Diese Übersicht bringt, um es zu wiederholen, eine aus irgendwelchen inneren Gründen (Industrialisierung, Zunahme des Handels, Bürokratisierung, Entmilitarisierung usw.) etwa stattgehabte Verschiebung zwischen den Berufsabteilungen nicht zum Ausdruck. Solche vermag nur eine neue Zählung zu ermitteln. Zu einer Schätzung in dieser Hinsicht liegen genügende Anhaltspunkte in zahlenmäßiger Form nicht vor. Die gegebene

Übersicht trägt nur der Bevölkerungsvermehrung (unter besonderer Berücksichtigung des Geschlechts und des Altersaufbaus) und den Abtretungen Rechnung. Sie zeigt also, unter Zuhilfenahme der Ergebnisse von 1907, zum Beispiel wiederum, daß in den landwirtschaftlichen Berufen eine verhältnismäßige Abnahme stattgefunden hat; sie zeigt aber nicht, wie weit darüber hinaus noch eine weitere Verringerung tatsächlich eingetreten ist.

Das wichtigste Ergebnis, das aus den fortgeschriebenen Zahlen neu hervorgeht, ist die Verschiebung des Verhältnisses der erwerbstätigen Bevölkerung zu der Gruppe der Angehörigen und Dienenden. Auf 100 bezogen gehörten an

	1907	1920
den männlichen Erwerbstätigen . . .	32,7	35,6
den weiblichen Erwerbstätigen . . .	16,3	18,5
den Angehörigen und Dienenden . . .	51,0	45,9

Diese zutage getretene Unterschiedlichkeit ist natürlich eine Kriegsfolge. Sie wird sich mit der Zeit verwischen. Die Geburtenzahlen für das erste Halbjahr 1920 haben schon wieder ungefähr die Höhe von 1914 erreicht; die Sterbeziffer sinkt allmählich von der durch Kriegsverhältnisse und Blockade bewirkten Höhe. Damit ist von neuem ein beträchtlicher Geburtenüberschuß zu erwarten, der die Gruppe der Angehörigen belastet und so den genannten Ausgleich schafft. Wie sich die Besetzung der Altersgruppen zur Zeit der Volkszählung 1919 gegenüber der von 1910 verschoben hat, zeigt folgende Übersicht für Preußen:

Von den bei der Volkszählung gezählten Personen (auf 100) gehörten an

den Geburtsjahren Volksz. 1910	den Geburtsjahren Volksz. 1919
1895—1910 . . { m. 37,3 w. 35,9	1904—1919 . . { m. 32,7 w. 29,4
1846—1894 . . { m. 58,4 w. 58,7	1855—1903 . . { m. 62,6 w. 64,9
1845 und früher { m. 4,3 w. 5,4	1854 und früher { m. 4,7 w. 5,7

Die praktische Bedeutung dieser Verschiebung ist eine ganz ungeheure. Es braucht nur an Probleme wie Gewährung von Kinderzulagen, Wohnungsbeschaffung, Arbeitsbeschaffung usw. erinnert zu werden. Die Gesamtbevölkerung des neuen Deutschland stieg von 1907—1919 um 7,9 v. H., die der männlichen Personen im erwerbstätigen Alter aber um mehr als 15, die der weiblichen Personen im erwerbstätigen Alter um mehr als 25 v. H. Die Zahlen sprechen für sich.

Bemerkt sei noch: Die Berufsabteilung E umschloß 1907 das Heer. Es konnte naheliegen, bei dieser Abteilung einen Abstrich zu machen. Sie umschloß aber auch die Beamten. Durch deren Vermehrung wird ein richtiger Ausgleich geschaffen sein.

Berufsgliederung der Bevölkerung der Republik Österreich. Das nach dem Friedensvertrag von St. Germain auf ein Land von nicht viel mehr als 6 Millionen Einwohner verkleinerte Österreich (nach der Volkszählung vom 31. Januar 1920 zählte das von der Republik an diesem Tage tatsächlich verwaltete Gebiet 6 067 430 Einwohner) hat eine Bevölkerung, deren berufliche Gliederung die Schwierigkeiten erkennen läßt, mit denen dieses Land bei seinem Ringen um Selbsthaltung zu kämpfen hat. Nach der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 entfallen von 100 Berufstätigen (ohne das aktive Militär und ohne die berufslosen Selbständigen):

auf die Berufsgruppe	im Gebiet des alten Österreich	im Gebiet der Republik Österreich
Länd- und Forstwirtschaft .	59,8	41,0
Industrie und Gewerbe . . .	25,4	35,6
Handel und Verkehr	11,1	17,8
Öffentlicher Dienst und freie Berufe	3,7	5,6

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Januar 1920 ist eine weitere Verschiebung eingetreten. In der Stadt Wien gehören an:

der Berufsgruppe	nach der Zählung vom 31. 12. 1910	nach der Zählung vom 31. 1. 1920
Land- und Forstwirtschaft .	1,0	1,0
Industrie und Gewerbe . . .	56,4	54,1
Handel und Verkehr	32,8	26,6
Öffentlicher Dienst und freie Berufe	9,8	18,3

Die starke Vermehrung der Berufsgruppe öffentlicher Dienst und freie Berufe verdient besonders hervorgehoben zu werden. Zu beachten ist dabei allerdings, daß die Ergebnisse der Zählung vom Jahre 1920 nicht allzu großen Anspruch auf Zu-

verlässigkeit machen dürfen. Der Grund dafür ist vor allem in dem benutzten Verfahren der Selbsteinreihung zu suchen.

Innerhalb der Berufsklassen haben sich hinsichtlich der sozialen Schichtung durch die Verkleinerung Österreichs ebenfalls wesentliche Verschiebungen herausgestellt. Nach der Zählung von 1910 sind von 100 Berufstätigen der aufgeführten 4 Berufsklassen

im Gebiet	Selbst- ständige	An- gestellte	Arbeiter Lehrlinge Tagelöhner	Mit- helfende
Republik Österreich . .	23,8	7,3	53,8	15,1
Österreich im alten Umfang .	27,2	4,2	39,4	29,2

In diesen Zahlen spiegelt sich der überwiegende Einfluß wider, den die Großstadt Wien in dem kleinen Lande Österreich auf seine Gesamtstruktur ausübt. Arbeiter und Angestellte sind bei weitem stärker als im alten Österreich vertreten. Die Klasse der Mithelfenden tritt infolge des schwächeren Vertretenseins der Landwirtschaft erheblich zurück.

Der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung betrug 50,7 im alten Österreich, 49,9 v. H. in der Republik, ist sich demnach annähernd gleich geblieben.

Die Bautätigkeit in den deutschen Großstädten im Jahre 1920.

Nachdem die Bautätigkeit während des Krieges fast völlig geruht hatte, lebte sie im Jahre 1919 langsam wieder auf, trotzdem sie sich infolge der künstlichen Niedrighaltung der Mieten einerseits, der steigenden Löhne und Materialkosten andererseits mehr und mehr fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenübergestellt sah. Staat und Gemeinden wurden

durch die beständig zunehmende Wohnungsnot veranlaßt, die Errichtung von Wohngebäuden zu fördern, wenn auch um den Preis hoher und dauernd wachsender verlорener Bauzuschüsse. Es betrug in 35 Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern der Zugang an Wohngebäuden insgesamt

im Jahre 1913	8184
„ „ 1919	1614
„ 1. Vierteljahr 1920	528
„ 2. „ 1920	883
„ 3. „ 1920	1534

An sich beträgt hiernach der Zugang an Wohngebäuden in den ersten 9 Monaten des Jahres 1920 über ein Drittel des Zugangs im Jahre 1913 und wird bis Ende des Jahres voraussichtlich über die Hälfte betragen. Es handelt sich aber dabei vorwiegend um Kleinhäuser (zum Teil sogar nur Holzhäuser und Baracken), die nicht entfernt den Zugang an Wohnungen vermitteln, wie die vor dem Kriege errichteten Hochbauten, und die für die Großstädte nur einen Notbehelf darstellen, soweit

sie nicht an der Peripherie liegen und Heimstättencharakter haben. Die Kleinhäuser werden in der Hauptsache von Behörden, privaten Arbeitgebern und gemeinnützigen Baugesellschaften mit hohen staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen errichtet, und zwar größtenteils zur Verwirklichung des Heimstättengedankens; der Hochbau ist dagegen, da ihm die Zuschüsse in der Regel fehlen, zurzeit fast völlig unmöglich.

In der nachstehenden Übersicht ist unter a der Zugang an Wohngebäuden in 35 Großstädten für die Jahre 1913 und 1919 sowie für die ersten 9 Monate des Jahres 1920 zusammengestellt und unterhalb dieser Zahlen unter b der Reinzugang an Wohnungen angegeben. Dieser letztere betrug insgesamt

im Jahre 1913	55 553
„ „ 1919	8 411
„ 1. Vierteljahr 1920	3 511
„ 2. „ 1920	3 849
„ 3. „ 1920	5 309

Der Reinzugang an Wohngebäuden (a) und Wohnungen (b) in 35 Großstädten

Gemeinde		1913	1919	1920 1.—3. Viertelj.	Gemeinde		1913	1919	1920 1.—3. Viertelj.
Altona	a	113	2	77	Frankfurt a. M.	a	557	21	229
	b	938	95	290		b	2 563	229	1 096
Augsburg	a	111	65	15	Gelsenkirchen	a	86	1	43
	b	565	409	159		b	385	47	149
Barmen	a	146	—	1	Halle a. S.	a	96	22	112
	b	635	—	10		b	507	80	263
Berlin	a	.	6	2	Hamburg	a	705	12	70
	b	3 630	316	218		b	7 402	452	895
Berlin-Schöneberg	a	31	14	87	Hannover	a	188	43	55
	b	1 557	56	259		b	1 344	193	442
Berlin-Wilmersdorf	a	81	1	27	Karlsruhe	a	187	24	127
	b	1 572	58	85		b	677	202	266
Bochum	a	92	2	5	Kiel	a	52	54	23
	b	311	28	50		b	241	140	156
Bremen	a	655	498	257	Köln	a	532	149	308
	b	1 053	1 028	620		b	2 442	393	693
Breslau	a	157	57	147	Königsberg i. Pr.	a	260	15	46
	b	1 884	756	986		b	1 726	136	205
Cassel	a	76	8	105	Leipzig	a	.	13	43
	b	321	169	684		b	2 788	298	384
Chemnitz	a	242	10	59	Lübeck	a	84	64	151
	b	3 745	23	225		b	254	439	610
Crefeld	a	186	1	4	Magdeburg	a	156	14	27
	b	637	1	29		b	1 091	78	173
Dortmund	a	180	98	22	Mannheim	a	339	9	124
	b	1 341	235	157		b	1 582	223	294
Dresden	a	243	18	120	München	a	365	55	122
	b	2 376	183	771		b	3 445	607	997
Duisburg	a	310	24	40	Nürnberg	a	300	76	92
	b	1 001	49	135		b	1 260	919	262
Düsseldorf	a	574	8	34	Stettin	a	45	—4	4
	b	3 576	6	150		b	332	—14	74
Elberfeld	a	131	4	—1	Stuttgart	a	441	173	304
	b	305	3	8		b	2 104	378	644
Essen	a	463	57	64	Gesamt	a	8 184	1 614	2 945
	b	1 013	196	230		b	55 553	8 411	12 669

¹⁾ Rohzugang (Reinzugang etwa 5% weniger).

Wenn der Reinzugang an Wohnungen in den ersten 9 Monaten 1920 immerhin über ein Viertel des Reinzugangs vom Jahre 1913 betrug und bis Ende des Jahres etwa ein Drittel betragen wird, obwohl in der Hauptsache zurzeit nur Kleinhäuser mit geringer Wohnungszahl gebaut werden, so erklärt sich dies aus der gleichzeitigen Schaffung von Kleinwohnungen durch Teilung größerer Wohnungen und aus der Schaffung von Notwohnungen, namentlich in den größten Städten. Man kann dies schon an der unverhältnismäßig hohen Zahl der Wohnungen gegenüber den Wohngebäuden, besonders im Jahre 1919, erkennen, wenn man an der Hand der Übersicht die größten Städte einzeln betrachtet. Der Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen betrug

in	im Jahre 1919		1. Jan. bis 30. Sept. 1920	
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen
Berlin ohne Vororte	6	316	2	218
Breslau	57	756	147	986
Dresden	18	183	120	771
Frankfurt a. M.	21	229	229	1096
Hamburg	12	452	70	895
Leipzig	13	298	43	384
München	55	607	122	997
Nürnberg	76	919	92	262

Während wir vor dem Kriege den Zugang an Wohnungen mit dem Zugang an Wohngebäuden vergleichen konnten, gibt infolgedessen ein Vergleich insbesondere für das Jahr 1919 kein richtiges Bild

mehr. Im Jahre 1913 kamen durchschnittlich 7 neue Wohnungen auf ein neues Wohngebäude, im Jahre 1919 scheinbar noch über 5, in Wirklichkeit vermutlich nicht einmal 3. Da die Möglichkeiten, Teil- und Notwohnungen zu schaffen, sich aber allmählich erschöpfen, beginnt die Zahl der Wohnungen wieder dem Häuserbau zu entsprechen. Im 3. Vierteljahr 1920 kamen nur noch 3½ Wohnungen auf ein neues Wohngebäude.

Von behördlichen und privaten Arbeitgebern sind in demselben Vierteljahr 1330 Häuser mit 2885 Wohnungen gebaut worden, also kommen auf ein Haus nur 2 Wohnungen. Im übrigen sind nur 204 Häuser errichtet, aber 2424 Wohnungen geschaffen worden; die Hälfte davon dürften Teil- und Notwohnungen sein. Nach dieser Berechnung würden die errichteten 1534 Wohngebäude etwa 4000 Wohnungen vermittelt haben, also ein Wohngebäude wenig mehr als 2½ Wohnungen.

In den ersten drei Vierteljahren von 1920 war die gemeinnützige sowie die übrige Bautätigkeit folgende:

Zeitraum	Gemeinnützige Bautätigkeit		Übrige Bautätigkeit und Wohnungs-Herstellung	
	Häuser	Wohnungen	Häuser	Wohnungen
1. Viertelj. 1920	307	942	221	2 569
2. Viertelj. 1920	645	1 701	238	2 148
3. Viertelj. 1920	1 330	2 885	204	2 424

VERSCHIEDENES

Der Wiederaufbau der Industrie in Nordfrankreich.

Der Wiederaufbau der Industrie in den zerstörten Gebieten Frankreichs vollzieht sich in schnellem Gange. Angaben des Office de reconstitution industrielle zufolge hat die Zählung vom 1. Oktober 1920 im ganzen 4241 kriegsgeschädigte Unternehmungen mit je mindestens 20 beschäftigten Personen ergeben. Nach dem von dem Deputierten Loucheur am 14. Juni 1920 in der Deputiertenkammer erstatteten Bericht und den neueren Angaben des Office de reconstitution hatten die Wiederaufnahme ihres Betriebes angemeldet am

1. Juli 1919	706	Unternehmungen
1. Oktober 1919	1278	„
1. Januar 1920	1806	„
1. April 1920	2412	„
1. Juli 1920	3004	„
1. Oktober 1920	3239	„

Die Zahl der in den 3239 wieder in Betrieb gesetzten Unternehmungen beschäftigten Personen belief sich auf 345 664 oder 44,6 v. H. der Anzahl, die in den 4241 als kriegsgeschädigt gezählten Unternehmungen im Jahre 1914 beschäftigt

waren.¹⁾ Während also etwa ¼ der Unternehmungen wieder im Betriebe sind, hat noch nicht die Hälfte der vor dem Kriege beschäftigten Personen wieder eingestellt werden können. Dies erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die Unternehmungen großenteils den vollen Friedensbetrieb noch nicht wieder aufgenommen haben; zum großen Teil hängt es aber damit zusammen, daß es namentlich in den Bergbaubezirken, insbesondere im Departement Nord mit der Beschaffung der Konstruktionsteile für die maschinellen Bergwerksanlagen und mit den Unterkunftsmöglichkeiten für die Arbeiter noch schlecht bestellt ist. Schuld daran soll Mangel an Baustoffen und Bauarbeitern, aber auch Siedlungs-unlust der Bevölkerung sein. Die Produktion an Baustoffen nimmt indessen neuerdings sehr stark zu, und für die Finanzierung des Häuserbaus sind

¹⁾ Am günstigsten ist der Prozentsatz in den Departements Vosges mit 59,6 v. H., Nord mit 53,1 (in diesem das Arrondissement Lille mit 64 v. H.) und Meurthe-et-Moselle mit 51,5 v. H.

auf Veranlassung des Wiederaufbauamts große regionale Immobiliengesellschaften gegründet worden.

Die Wiedereinstellung innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen ist infolgedessen stark verschieden; am geringsten ist sie in den Bergbau- und Hüttenbetrieben, am besten in der Textilindustrie und im Bekleidungs-gewerbe. In den einzelnen Industriezweigen waren beschäftigt:

	in den wieder in Betrieb ge- setzten Unter- nehmungen am 1. Juli 1920	dagegen in sämtl. am 1. 7. 1920 als kriegsgeschädigt gezählten Unter- nehmungen im Jahre 1914
Bergwerke	18 324	99 935
Steinbrüche	2 902	5 844
Nahrungsmittel	7 883	33 205
Chemische Industrien	7 737	17 684
Kautschuck, Papier	2 672	6 377
Buchgewerbe	3 217	6 358
Textilindustrien	127 211	246 975
Bekleidungsindustrie	10 674	18 234
Stroh, Federn, Haare	1 100	2 774
Leder und Häute	4 914	9 517
Holzindustrie	7 577	18 099
Hüttenindustrie	10 988	37 538
Metallverarbeitung	55 454	125 586
Edelmetalle und Edelsteine	373	741
Steinmetzgewerbe	1 579	2 776
Erdarbeiten, Baugewerbe	20 722	46 706
Industrie der Steine	23 730	50 836
	<hr/> 307 057	<hr/> 729 185

In der Textilindustrie beschäftigten die als kriegsgeschädigt angemeldeten Betriebe der Wollindustrie in Roubaix und Tourcoing bereits 97 bzw. 89 v. H. der Anzahl, die vor dem Kriege in ihnen tätig war; die dortige Baumwollindustrie war auch schon weit fortgeschritten. Dagegen hatte die Leinenindustrie erst 63 v. H. ihrer Betriebe wieder eröffnet mit 25 v. H. des früheren Personalbestandes, und zwar infolge verzögerter Lieferung der in England bestellten Maschinen.

Unter den einzelnen Departements waren

Ardennes, Meurthe-et-Moselle, Nord und Oise am 1. Juli 1920 im Wiederaufbau am weitesten fortgeschritten. Es entfielen auf die einzelnen Departements als kriegsgeschädigt gezählte bzw. wieder in Betrieb genommene Unternehmungen an diesem Tage:

	kriegsgeschädigte gezählt	Unternehmungen wieder in Betrieb	v. H.
Meuse	65	43	66,2
Somme	321	214	66,7
Vosges	62	42	67,7
Aisne	382	260	68,1
Marne	99	70	70,7
Pas-de-Calais	195	144	73,8
Ardennes	409	324	79,2
Meurthe-et-Moselle	177	141	79,7
Nord	2052	1646	80,2
Oise	141	120	85,1
	<hr/> zus. 3903	<hr/> 3004	<hr/> 77,0

Für den 1. Oktober v. J. gibt die „Information“ folgende Prozentzahlen an: Ardennes 83,9, Meurthe-et-Moselle 83,1, Nord 80,5, Pas-de-Calais 74,4, Vosges 73,1. Der Fortschritt würde noch deutlicher zum Ausdruck kommen, wenn man auch am 1. Juli und überhaupt an den früheren Terminen die am 1. Oktober 1920 als kriegsgeschädigt gezählten Betriebe, also nicht nur die an den früheren Terminen ermittelten, zugrunde legen würde; die „Information“ führt indessen die absoluten Zahlen nicht an, so daß wir diese Berechnung nicht vornehmen können.

Der Wiederaufbau der Industrie wird, worüber auch schon der Bericht Loucheurs sich lebhaft beschwert, durch die bürokratische Schwerfälligkeit der zuständigen Behörden stark gehemmt. Auch wurde in der Kammer gelegentlich der Verhandlungen über die Kosten des Wiederaufbaus darüber geklagt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Valuta Bestellungen auf Maschinen, soweit irgend möglich, nicht ins Ausland (England) gebe und dadurch eine schnelle Belieferung der für den Wiederaufbau tätigen Industrie verzögere.

Die Reichstagswahlen seit 1871.

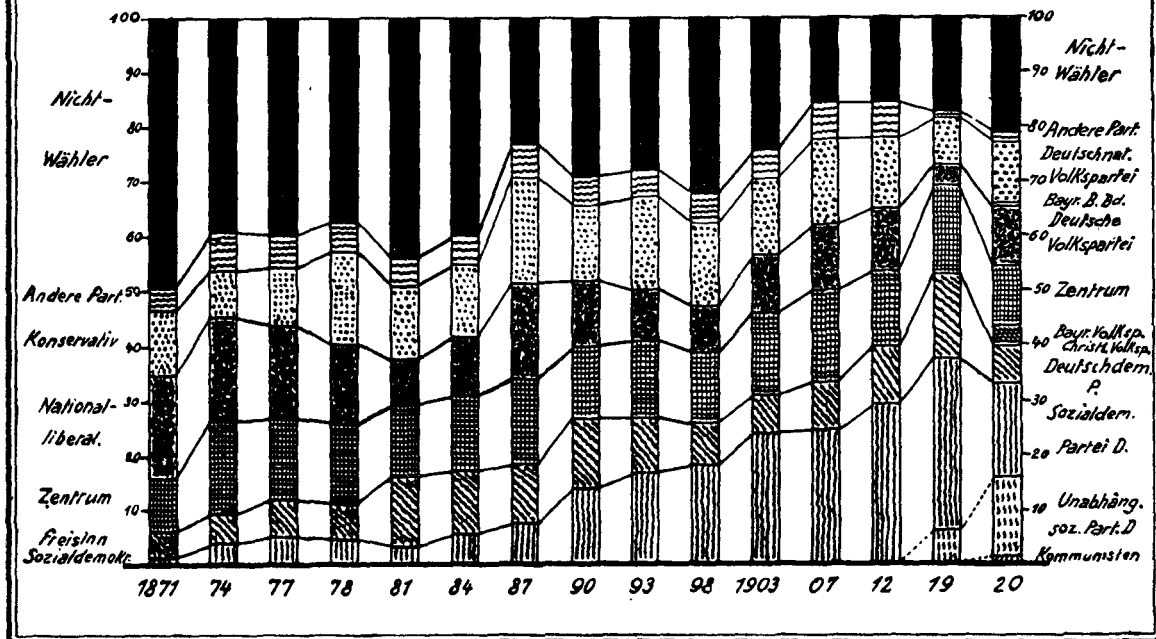
Das in nächster Zeit zur Ausgabe gelangende Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, 41. Jahrgang, 1920, bringt neben einer kartographischen Darstellung der in den einzelnen Wahlkreisen für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen die beiden nachstehend wiedergegebenen Bilder der Ergebnisse sämtlicher seit der Gründung des Deutschen Reichs stattgefundenen Reichstagswahlen. Eine ausführliche Bearbeitung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen wird im Band 291 der Statistik des Deutschen Reichs veröffentlicht, von dem die beiden ersten Hefte bereits erschienen sind,

während das dritte Heft nach Abschluß der Nachwahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein herauskommen soll.

Das erste der hier wiedergegebenen Bilder zeigt, wieviel von je 100 Wahlberechtigten sich bei den einzelnen Reichstagswahlen der Wahl enthalten haben und wieviel jeweils für die verschiedenen Parteien gestimmt haben. Das zweite Bild stellt für jede Wahl den Anteil der Parteien an je 100 abgegebenen gültigen Stimmen dar.

Die Zahl der Nichtwähler war bei der ersten Reichstagswahl im Jahre 1871 am größten. Sie be-

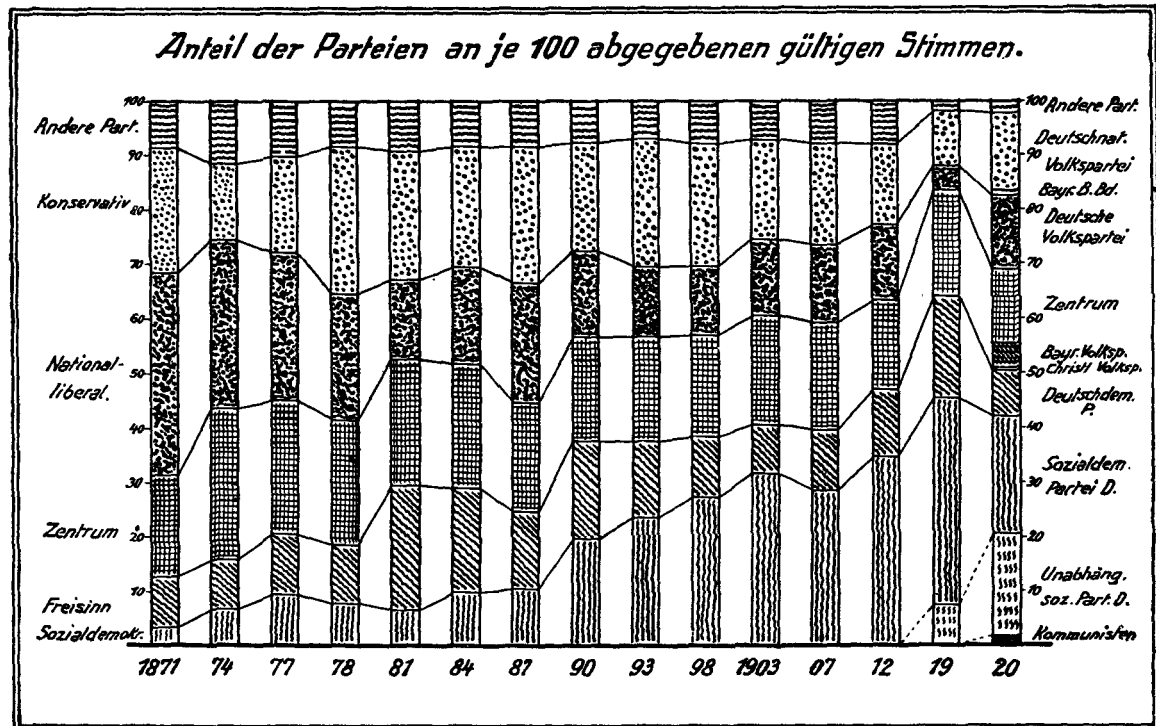
Die Wahlberechtigten nach der Wahlbeteiligung und den für die Parteien abgegebenen gültigen Stimmen (Auf je 100 Wahlberechtigte)



trug nahezu die Hälfte aller Wahlberechtigten. Dann verringerte sie sich bei den folgenden Wahlen mit teilweise erheblichen Schwankungen bis auf 15,5 v. H. der Wahlberechtigten bei der Wahl von

1912. Bei der nächstfolgenden Wahl zur Nationalversammlung im Jahre 1919 stieg die Zahl der Nichtwähler wieder auf 17,3 v. H. der Wahlberechtigten. Diese Zunahme der Nichtwähler und Ab-

Anteil der Parteien an je 100 abgegebenen gültigen Stimmen.



nahme der Wahlbeteiligung bei der noch ganz unter dem Eindruck der Revolutionsereignisse stehenden Wahl, bei der eine besonders starke Beteiligung zu erwarten gewesen wäre, ist in der Hauptsache auf die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und auf die jugendlichen Personen zurückzuführen. Denn die Wahlbeteiligung der nach dem alten Wahlgesetz wahlberechtigten Männer über 25 Jahre betrug bei dieser Wahl 84,8 v. H., so daß nur 15,2 v. H. Nichtwähler waren; dagegen war die Beteiligung der jugendlichen männlichen Personen ganz erheblich und die der weiblichen Personen etwas niedriger, so daß der Gesamtdurchschnitt auf 82,4 v. H.

herabgedrückt wurde. Bei der letzten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 war die Zahl der Nichtwähler gegenüber der vorhergegangenen Wahl weiter bis auf 21,2 v. H. der Wahlberechtigten gestiegen. Ob und welchen Einfluß hierbei die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen und jugendliche Personen ausgeübt hat, ist nicht festzustellen, da entsprechende Ermittlungen bei dieser Wahl leider nicht allgemein stattgefunden haben. Für die Kenntnis und eingehende Beurteilung der allgemeinen politischen Verhältnisse würde es von großem Werte sein, wenn bei künftigen allgemeinen Wahlen derartige Ermittlungen angestellt würden.

NEUERSCHEINUNGEN.

Die „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“

sind seit dem Juniheft 1914 nicht mehr erschienen. Ihre Veröffentlichung soll nun wieder erfolgen, und zwar wird in einem demnächst erscheinenden Heft der auswärtige Handel (Spezialhandel) im Juli, im August und im Jahresteil Januar/August 1920 dargestellt werden.

Die Hefte haben eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Die monatlichen Nachweise waren bisher ausschließlich auf dem Statistischen Warenverzeichnis aufgebaut, das mit seinen mehr als 1800 Nummern mehr den Bedürfnissen einer Zollstatistik als einer Handelsstatistik entspricht. Diese übergroße Unterteilung der Waren hatte eine Zersplitterung der Zahlen zur Folge, die die Übersichtlichkeit der Nachweisungen sehr beeinträchtigte. Auf Grund eingehender Beratungen mit dem Handelsstatistischen Beirat sind daher bei einer größeren Anzahl von Waren Zusammenziehungen zu größeren Gruppen vorgenommen worden. Da diese aus praktischen Rücksichten in der Ein- und Ausfuhr nicht durchweg übereinstimmen, mußte die Nebeneinanderstellung der Ein- und Ausfuhrzahlen fallen gelassen werden. Nach dem Vorgange ausländischer Handelsstatistiken, im besonderen der englischen und holländischen, wird daher die Einfuhr und Ausfuhr in besonderen Abschnitten dargestellt. Die Gegenüberstellung ist nur in den Hauptübersichten nach Warengruppen (in der Reihenfolge der Haupt- und Unterabschnitte des Zolltarifs), die dem Heft vorausgeschickt ist, aufrecht erhalten worden.

In den Angaben über die Einfuhr fehlen vorläufig die Wertangaben. Während für die Ausfuhr die Wertangabe allgemein vorgeschrieben ist, besteht bei der Einfuhr der Zwang zur Wertangabe nur für wenige Waren. Für die Hauptmasse der Einfuhr werden die Werte jährlich vom Handelsstatistischen Beirat geschätzt. Dieses System, das in Zeiten normaler Handels- und Valuta-Verhältnisse befriedigende Ergebnisse brachte, hat unter den ver-

änderten Verhältnissen vollständig versagt. Die vom Handelsstatistischen Beirat Anfang 1920 für das Jahr 1919 geschätzten Werte können den Berechnungen für das Jahr 1920 wegen der inzwischen eingetretenen Preisveränderungen und der Schwankungen der Valuta nicht zugrunde gelegt werden; die Bemühungen, die Ermittlung von Werten für 1920 auf anderem Wege durchzuführen, sind bei der Mehrzahl der Waren auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen und haben noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Sobald dies der Fall sein wird, werden auch die Einfuhrwerte mit zur Veröffentlichung gelangen.

Zur Erleichterung des Auffindens der Waren-gattungen wird dem Heft ein alphabetisches Warenverzeichnis beigegeben, das auch für die folgenden Hefte zu benutzen ist.

Da in den Nachweisen nur der reine Handelsverkehr zur Darstellung kommen soll, sind in der Einfuhr die Liebesgaben, in der Ausfuhr die auf Grund des Friedensvertrags ausgeführten Waren (sog. Reparations- und Restitutionswaren) im allgemeinen ausgeschlossen worden. Dies gilt insbesondere von den Kohlenlieferungen. Bezüglich der sonst in Frage kommenden Waren kann das Heft allerdings auf unbedingte Richtigkeit keinen Anspruch machen, da sich herausgestellt hat, daß die Aussteller der Ausfuhranmeldescheine in letzteren sehr häufig diesen Grund der Ausfuhr nicht angegeben haben und deshalb die betreffenden Mengen und Werte zunächst in die beim Statistischen Reichsamt geführten Übersichten Aufnahme gefunden haben. Es wird versucht, die in Frage kommenden Mengen und Werte zu ermitteln; die Berichtigung der betreffenden Zahlen wird sodann in den nächsten Heften erfolgen.

Der Verlag der Hefte ist der Firma Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin W 56, Französische Straße 28, übertragen worden; sie können vor dort oder im Wege des Buchhandels zum Preise von 6 M. für das Heft bezogen werden. Der vollständige Jahrgang (vom Januarheft 1921 ab) wird 60 M. kosten.